Nr. 242 — 165. Jahrgang

Lippische Landes-Zeitung

Detmold, Donnerstag, 15. Oktober 1931

Ältestes und verbreitetstes Blatt des Landes und der angrenzenden Bezirke

Die Lippische Landeszeitung mit den unentgeltlichen Beilagen „Die Frau im Heim und Beruf" „Gut Brand", „Vaterländische Blätter", „Kinder-Zeitung", „Der Handwerksmeister" u. „Der Landwirt" erscheint täglich morgens außer Montags. Monatl. Bezugspreis 2.20 ℳ im Postbezug 2.20 ℳ zuzügl. Bestellgeld. Im Falle höherer Gewalt, bei Streik Betriebsstörung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung oder auf Rückzahl. des Bezugspreises. — Herausgeber und Verleger: Hofrat Staercke. Verantwortl. für Politik und Feuilleton: Erich Meinhard: f. Lokales u. Sport: Ernst Rottmann: f. d. Anz.: Wilh. Brand: f. d. Bildbienst: H. Brenker. — Druck d. Meyerschen Hofbuchdruckerei sämtl. in Detmold. — Geschäftsstelle in Detmold: Paulinenstraße 14.

Anzeigenpreis: 15 G.-Pf., Familienanzeigen und Stellengesuche 12 G.-Pf., amtliche Anzeigen 25 G.-Pf. die Millimeterzeile oder deren Raum; Reklamen 50 G.-Pf. Schwieriger Satz mit 50% Aufschlag. Beilagengebühr: 1000 Stück 15 G.-M. bei Teilauflage höher. Platzvorschriften mit erhöhtem Zeilenpreis. Bei Wiederholungen und Abschlüssen Rabatt nach Tarif. Zahlungspflicht 8 Tage nach Rechnungserteilung. Anzeigenrabatt fällt als Kassenrabatt und kommt in Wegfall bei Ueberschreitung der Zahlungsfrist bei zwangsweiser Eintreibung durch Klage und außergerichtl. Vergleichen. Postscheckkonto: Hannover Nr. 7646. Telegramm-Adresse: Landeszeitung Detmold. Druckereigebäude in Detmold Paulinenstraße 14. Fernsprech-Nummer 2441. — Redaktionsruf nachts Nr. 2465.

Politische Aussprache im Reichstag

Der erste Tag der Debatte über die Regierungserklärung - Ein stürmischer Sitzungsschluß

vdz. **Berlin**, 14. Okt. Im Reichstage begann heute die große politische Aussprache über die Regierungserklärung. Das äußere Bild des Sitzungssaales war dadurch bestimmt, daß die Deutschnationalen und Nationalsozialisten auch heute nur ganz vollzählig im Saal erschienen, wenn ihre Redner sprachen, und sofort hinausströmten, wenn die Sprecher anderer Parteien die Rednertribüne betraten. Es war wohl kein Zufall, daß Reichskanzler Brüning, bei dessen gestriger Rede die Bänke der Rechtsopposition unbesetzt blieben, heute seinen Platz verließ, als die Redner der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen an der Reihe waren.

Der Aufmarsch der Fraktionsredner wurde eingeleitet durch den Abgeordneten Dr. Breitscheid, der als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion nach einer längeren kritischen Würdigung der Politik des Sommers die nicht überraschend wirkende Erklärung abgab, daß die Sozialdemokraten bei den Abstimmungen für die Regierung Brüning eintreten würden. Das dürfe aber nicht als ein Vertrauensvotum für das Kabinett Brüning gedeutet werden, sondern es sei die Bekundung des schärfsten Mißtrauens gegen das, was die Rechtsopposition nach einem Sturz von Brüning unternehmen würde. Die Sozialdemokratie wisse sehr wohl, daß durch die Tolerierung der Brüning-Politik ihr Parteiinteresse geschädigt werde, sie stelle aber in dieser Notzeit das Wohl der ganzen deutschen Nation über ihr Parteiinteresse.

Der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Frick verlas eine längere Erklärung seiner Fraktion, die eine entschiedene Ablehnung der Notverordnungen der Regierung und eine scharfe Kampfansage gegen das Kabinett Brüning darstellt. Er bezeichnete es als eine böswillige Verleumdung, daß die Nationalsozialisten die Herbeiführung einer neuen Inflation erstrebten. Sie wollten auch keine arbeiterfeindliche Politik, sondern die kommende, von den Nationalsozialisten geführte nationale Regierung werde jedem das gleiche Recht auf Schutz seiner Arbeit sichern. Mit lauten Hört-, hört-Rufen wurde von der Mehrheit die Erklärung aufgenommen, daß die Nationalsozialisten keinen Revanchekrieg wollten, sondern zu jeder Verständigung auch mit Frankreich bereit seien, wenn dabei den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes Rechnung getragen werde.

Nach einer Kriegserklärung des Kommunisten Remmele gegen die Regierung und die ganze bürgerliche Gesellschaft kam der Fraktionsführer der Deutsch-„nationalen, Abg. Dr. Oberfohren, zum Wort. Er sprach mit Genugtuung von der Harzburger Tagung, die eine imposante Heerschau der nationalen Opposition gewesen sei. In diesem Zusammenhang nahm er den früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht in Schutz gegen die Angriffe, die er wegen seiner bekannten Rede erfahren habe. Der Regierung warf er vor, daß sie der von Hugenberg geleiteten Telegraphen-Union die Verbreitung dieser Rede verboten habe. Ebenso wie Dr. Frick wies er den Vorwurf zurück, daß seine Freunde für eine neue Inflation seien. Angesichts der Teilnahme volksparteilicher Abgeordneten an der Harzburger Tagung, dürfte die Schärfe überraschen, mit der Dr. Oberfohren am Schluß seiner Ausführungen die Deutsche Volkspartei behandelte. Er sprach von den Parteien, die sich mit der nationalen Opposition verbinden wollen und denen man sagen müsse, die Zeit der parlamentarischen Klopffechterei sei vorbei; wenn sie nicht den richtigen Weg fänden, würden sie vernichtet. Es gebe jetzt nur noch die Entscheidung nationalistisch oder bolschewistisch. Zwischen diesen beiden Polen gibt es keine Möglichkeiten für liberalistisch-bürgerliche Ideologien mehr.

Nach dieser Rede verlassen die Deutschnationalen und Nationalsozialisten wieder den Saal.

Abg. Joos (Zentrum) weist den Anspruch der Rechtsopposition zurück, allein als national gesinnt zu gelten. In Harzburg sei der Gedanke der Volksgemeinschaft sofort dadurch gesprengt worden, daß man allen politisch anders denkenden Volksgenossen die nationale Gesinnung absprechen wollte. Harzburg liegt an dem Flüßchen Radau, das ist symbolisch. (Heiterkeit.) Wir haben die Berichte mit großer Ruhe gelesen, denn wir haben die Harzburger Tagung nicht als drohendes Gespenst betrachtet, auch nicht als Brockengespenst, sondern eher als Brockensammlung. (Große Heiterkeit.) So ringt man nicht um die Seele des Volkes, wie es Hugenberg mit seinen nationalsozialistischen Fremdenlegionären in Harzburg getan hat. Diese Kreise wenden sich jetzt gegen den Vorwurf, daß sie die Inflation wollten. Die Inflation ist allerdings das Schreckgespenst, hinter dem die Gefahr der Bolschewisierung droht. Sie ist die letzte Rettung leichtfertiger Schuldner. Die Harzer Roller, die dort munter ihr Liedchen pfiffen, sind schon in der Mauser. Wenn von der nationalen Opposition jetzt ein Plakat herausgegeben wurde, „Brüning regiert, Hitler marschiert!" so stimmt das schon: Bei Hitler sitzt es in den Beinen, bei Brüning im Kopf. (Sehr gut!) Das Manifest von Harzburg macht zwar eine Anleihe bei der Präambel der Weimarer Verfassung, aber es geht um die Wahrheit herum. Es müsse lauten: „Die nationale Front, einig in ihren Phrasen, uneins in ihrem Wollen und in ihren Parteigruppen, von dem Willen beseelt, Unordnung und Umsturz zu fördern und unfähig, auf den Trümmern ein neues Deutschland aufzubauen, fügt den alten Deklamationen keine neue hinzu, sondern begnügt sich damit, sie zu wiederholen." (Heiterkeit und Beifall im Zentrum.)

Abg. Baltrusch (Volksnationale Reichsvereinigung) tritt den Ausführungen der Abgeordneten Dr. Oberfohren und Dr. Frick scharf entgegen. Es sei eine ungeheuerliche Beleidigung, wenn die in Harzburg vereinten Gruppen alle anderen Deutschen als minder oder gar nicht national bezeichnen. Scharf zurückzuweisen sei auch der Klassenkampf von oben, der sich hinter den antimarxistischen Schlagworten verberge. Wer den Versuch machen wollte, ohne oder gar gegen die Arbeitnehmerschaft zu regieren, das Tarif- und Schlichtungswesen zu zerschlagen, der werde die gesamte Arbeitnehmerschaft in einer Einheitsfront gegen sich sehen.

Reichsfinanzminister Dietrich

bezeichnet es als das Kernproblem, den Arbeitslosen wieder Beschäftigung zu verschaffen. Das werde aber jetzt nicht mit dem Mittel städtischer Neubauten möglich sein, sondern es komme darauf an, die Städter aufs Land umzusiedeln. Es ist nicht wahr, daß die Regierung der Telegraphen-Union die Verbreitung der Harzburger Schachtrede verboten habe. (Rufe der Nat.-Sozialisten: „Diese Rede ist Ihnen sehr unangenehm!") Ja, sie ist mir sehr unangenehm im Interesse des deutschen Volkes. Die Telegraphen-Union hat mit der Pressestelle über die Schachtrede, die ihr schon vorlag, gesprochen und sie hat die schlimmsten Stellen der Rede gemildert. (Unruhe und Zurufe rechts.) Ja, ich erkläre, daß die Telegraphen-Union sich dadurch ein Verdienst um das deutsche Volk erworben hat. Ich kann die scharfen Worte, mit denen ich am Montag die Ausführungen von Dr. Schacht verurteilt habe, heute nur in vollem Umfange aufrechterhalten. Das Echo der Auslandspresse zeigt, in welche Gefahr Dr. Schacht das deutsche Volk gebracht hat. Viele ausländische Blätter trugen die Überschrift **„Die deutsche Reichsbank insolvent"**. Die Londoner „Times" schrieben: **„Die Rede von Dr. Schacht war darauf berechnet, zu zerstören, was noch an deutschem Kredit übrig geblieben ist."** (Lebhaftes Hört, hört! bei der Mehrheit.) Sie (nach rechts) können auf die Regierung schimpfen so viel Sie wollen, aber Sie dürfen nicht Dinge machen, die dem deutschen Volk die Wirtschaft zerschlagen!

Der Lärm auf der rechten Seite steigert sich so, daß der Minister trotz größten Stimmaufwandes kaum durchdringen kann. Er ruft der Rechten zu: „Mit Ihrer Politik der Partei bedrohen Sie die Politik des Staates!"

Gegen 5½ Uhr wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt.

Landvolk für Mißtrauensanträge

Im Reichstage dauerten am Mittwoch die Verhandlungen der kleineren Parteien über ihre Stellungnahme zum Kabinett Brüning an. Von den Führern der Christlich-Sozialen, des Landvolks und der Wirtschaftspartei wurden mehrfach noch Verhandlungen mit dem Reichskanzler gepflogen. Daneben haben auch Fühlungnahmen mit den Vertretern der „nationalen Opposition" stattgefunden. Nach der Plenarsitzung wurden dann erneut Fraktionssitzungen abgehalten, die bisher aber lediglich beim Landvolk zu einer endgültigen Entschließung geführt haben. **Das Landvolk hat beschlossen, für die Mißtrauensanträge gegen das Kabinett Brüning zu stimmen.** Dem Nachrichtenbüro des V. D. Z. wird versichert, daß die übergroße Mehrheit der Fraktion dieser Parole folgen werde. Man vermutet in parlamentarischen Kreisen, daß allerdings einige Mitglieder der Fraktion eine andere Haltung einnehmen und voraussichtlich an der Abstimmung gar nicht teilnehmen werden.

Die Wirtschaftspartei hat ihre Entscheidung auf Donnerstag vertagt. Auch bei den Christlich-Sozialen liegt die Stellung noch nicht fest. Ihre Vertreter haben beim Reichskanzler eine ganze Anzahl von Wünschen geäußert, die sich nicht nur auf Fragen der Reichspolitik, sondern auch auf die preußischen beziehen. Am Donnerstag soll eine neue Besprechung mit dem Reichskanzler stattfinden. Die für Brüning erwartete Mehrheit wird bei dieser Sachlage vielleicht von wenigen Stimmen abhängen.

Kabinettswechsel in Spanien

w. **Madrid**, 14. Okt. **Ministerpräsident Alcala Zamora hat demissioniert. Er hat seinen Entschluß, zurückzutreten, als unwiderruflich bezeichnet. Darauf ist die gesamte Regierung zurückgetreten.**

Der Rücktritt Zamoras ist darauf zurückzuführen, daß dem Paragraphen 24 des Verfassungsentwurfes, der die weiblichen Orden betrifft, eine verschärfte Form gegeben wurde, gegen die Zamora sich in seiner Kammerrede aus innen- und außenpolitischen Gründen gewehrt hatte, und die auch noch gestern im Verfassungsausschuß in einem dem Ministerpräsidenten genehmen Sinne abgeändert, jedoch auf Antrag der sozialistischen Parlamentarier wieder rückgängig gemacht ist.

Das neue Kabinett

w. **Paris**, 14. Okt. **Das neue spanische Kabinett ist gebildet. Das Ministerpräsidium und Kriegsministerium hat Azana, das Marineministerium Giralt übernommen, das Außenministerium behält Lerroux. Der einzige neue Mann im Kabinett Azana ist Marineminister Niralt, Rektor der Zentraluniversität von Madrid.**

Rathaussturm in Siegen

Schwere Ausschreitungen kommunistischer Demonstranten.

In Siegen ist es gestern nachmittag zu schweren kommunistischen Ausschreitungen gekommen. Etwa 200 Kommunisten gingen gegen das Rathaus vor. Die Beamten der im Rathaus stationierten Polizeiwache schritten sofort gegen die Demonstranten ein und griffen, als sie mit Steinwürfen und Schüssen empfangen wurden, selbst zur Schußwaffe. Anscheinend wurde niemand getroffen. Die Demonstranten verschwanden in die Seitenstraßen. Allem Anschein nach war der Rathaussturm von langer Hand vorbereitet. Wie festgestellt wurde, kam die Mehrzahl der Demonstranten von auswärts. Zwei der Teilnehmer konnten festgestellt werden.

Auf Grund der preußischen Notverordnung und nach vorausgegangenen Verhandlungen mit der Staatsaufsichtsbehörde über die Finanzlage der Stadt Essen hat sich der Oberbürgermeister gezwungen gesehen, die Bürgersteuer auf das Dreifache des Landessatzes zu erhöhen.

Im Preußischen Landtag wurde am Mittwoch zunächst die Wahl des dritten Vizepräsidenten, anstelle des bisherigen volksparteilichen Abgeordneten von Eynern, vorgenommen. Gewählt wurde mit großer Mehrheit der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Boehm.

Amerika im Völkerbundsrat?

Teilnahme an den Genfer Beratungen

wtb. **Genf**, 14. Okt. In der Besprechung, die der Vorsitzende des Völkerbundsrates, Briand, heute vormittag mit den Ratsmitgliedern mit Ausnahme der Vertreter Japans und Chinas hatte, wurde es als zweckmäßig und wünschenswert erklärt, die Vereinigten Staaten einzuladen, und zwar scheint festzustehen, daß ein Vertreter des amerikanischen Staatsdepartements mit beratender Stimme an den Arbeiten des Rates über den Konflikt in der Mandschurei teilnehmen soll. Briand hat sich nach der Besprechung mit den Ratsmitgliedern sofort mit den Vertretern Japans und Chinas in Verbindung gesetzt, um ihre Zustimmung zu erhalten. Wenn die Einladung nach Washington ergehen sollte, so wäre es das erste Mal, daß die Vereinigten Staaten direkt — und nicht nur durch Beobachter — an den Verhandlungen des Völkerbundsrates teilnehmen. Als Vertreter Washingtons scheint der Konsul in Genf, Gilbert, in Frage zu kommen, da der Gesandte der Vereinigten Staaten in Bern, Wilson, sich zur Zeit in Amerika aufhält.

Der Vertreter Chinas im Völkerbundsrat, Dr. Sze, hat Briand erklärt, daß er mit der Zuziehung der Vereinigten Staaten zu den Verhandlungen des Rates einverstanden sei. Wie verlautet, soll der Vertreter Japans, Yoshisawa, sich seine Entscheidung vorbehalten haben mit der Begründung, daß er erst Instruktionen seiner Regierung einholen müsse. Es ist möglich, daß die Angelegenheit dadurch eine Verzögerung erfährt.

Sachleistungen für Arbeitslose

Verbilligung des Lebensbedarfes für Arbeitslose und andere Hilfsbedürftige

Der Reichsarbeitsminister teilt in einem Rundschreiben das Ergebnis der Verhandlungen mit, die mit den beteiligten Kreisen über die Gewährung von Sachleistungen an Arbeitslose und über Verbilligungsmaßnahmen zugunsten Arbeitsloser und anderer Hilfsbedürftiger stattgefunden haben. Das Rundschreiben sieht von einer einheitlichen Regelung der Sachleistungsfrage wegen der Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse ab, stellt aber für die Behandlung der Frage durch die örtlichen Fürsorgeträger bestimmte Grundsätze auf. Danach soll die allgemeine Belieferung mit Sachleistungen anstelle von Barleistungen auf Brot und außerdem höchstens noch auf Kartoffeln und Brennstoff beschränkt werden. Bei der Durchführung soll der Handel eingeschaltet werden. Mit Rücksicht auf die Erfahrungen der Kriegswirtschaft werden die Fürsorgeträger nachdrücklich davor gewarnt, die Sachleistungen in eigene Regie zu übernehmen.

In Verhandlungen mit den Spitzenverbänden der Industrie und des Handels, dem Kohlensyndikat und dem Bäckergewerbe ist eine grundsätzliche Einigung darüber erzielt worden, daß Arbeitslosen Lebensmittel und Brennstoff verbilligt abgegeben werden sollen.

Das Rundschreiben befaßt sich auch damit, wie die Verbilligung praktisch durchgeführt werden kann und fordert die Fürsorgeträger auf, in Verhandlungen mit den örtlichen Organisationen der Wirtschaft die Maßnahmen für die Arbeitslosen und anderen Hilfsbedürftigen ihres Bezirks in einzelnen zu regeln und dabei eine möglichst umfassende Verbilligung anzustreben. Das Rundschreiben wird im Reichsarbeitsblatt vom 15. Okt. 1931 veröffentlicht werden.

Die Umgestaltung der Gewerkschaften

Die fortschreitende Radikalisierung des deutschen Volkes zeigt sich auch bei der Wahl zu den gewerkschaftlichen Vertretungen. In dieser Beziehung sind die Betriebsratswahlen bei der Berliner Verkehrsgesellschaft, die soeben durchgeführt wurden, außerordentlich lehrreich.

Die freigewerkschaftliche Liste, die in enger Anlehnung an die Sozialdemokratie aufgestellt worden ist, erlitt nicht unbeträchtliche Einbußen. Die Verluste sind fast durchweg der Liste der roten Gewerkschaftsopposition zugefallen, die unter kommunistischem Einfluß steht. Die Nationalsozialisten haben gegenüber den vorjährigen Wahlen nur geringfügig zugenommen. Auch im Gewerkschaftskampf kann man die Wahrnehmung machen, die längst schon in der Politik gemacht worden ist: daß die Hitlerbewegung ihren Zuzug fast ausschließlich aus dem mittelparteilichen (bürgerlichen) Lager erhält, während die eigentliche sozialistische Front dem Ansturm standhält. Die Betriebsratswahlen in Berlin sind nur ein weiterer Beleg für diese Behauptung.

Luther droht mit Kreditsperre

Die Reichsbank hat ein Rundschreiben an alle Banken und Girokunden erlassen, in dem scharfe Kreditmaßnahmen gegen solche Firmen angedroht werden, die gegen die Devisenvorschriften verstoßen, insbesondere gegen die Bestimmung, wonach Exportdevisen innerhalb von drei Tagen der Reichsbank zum Kauf anzubieten sind. Die Reichsbank behält sich das Recht vor, jeder ihren Kredit in Anspruch nehmenden Firma die Kreditgewährung rundweg zu verweigern, falls sich herausstellen sollte, daß diese Firma die Devisenvorschrift nicht befolgt. Die Reichsbank wird in solchen Fällen den direkten Diskont- und Lombardverkehr verweigern und auch den Ankauf von Wechseln ablehnen, auf denen eine Unterschrift einer solchen Firma, die die Devisenbestimmungen nicht eingehalten hat, vorkommt. Gleichzeitig hat die Reichsbank vorgeschrieben, daß bei von ihrer Kundschaft bestellten Devisen stets anzugeben ist der Name des Käufers, der Zweck der Devisenbeschaffung und die Stelle, die die Genehmigung erteilt hat. Die Banken dürfen infolge der Vorschrift über die dreitägige Devisenablieferung nunmehr Währungskonten nicht mehr führen. Die Weiterführung alter Währungskonten ist nicht mehr angängig und die Neueinrichtung verboten.

Der Ladenschluß am Weihnachtsheiligabend

Die Vorlage über den früheren Ladenschluß am Weihnachtsheiligabend, die auf der Tagesordnung der Donnerstagsitzung des Reichsrates steht, ist gestern von den Vereinigten Ausschüssen des Reichsrates in wesentlichen Punkten geändert worden. Die Gastwirtschaften, die nach der Vorlage um 7 Uhr ihre Betriebe schließen sollten, sollen nach dem Reichsratsbeschluß aus der Vorlage überhaupt herausgenommen werden, sodaß ihre Geschäftszeit keinen Beschränkungen unterliegt. Verstöße gegen die Vorlage sollen auch nicht als Vergehen, sondern nur als Uebertretungen betrachtet werden.

Schlange-Schöningen wird Osthilfekommissar

Wie verlautet, ist damit zu rechnen, daß der Reichstagsabgeordnete Schlange-Schöningen mit der Leitung der Osthilfe betraut wird. Schlange-Schöningen ist von Haus aus Landwirt; er ist einer der bekanntesten Mitglieder der Landvolkpartei. Die Leitung des Siedlungswerkes dürfte vorläufig in den Händen von Reichsminister Treviranus bleiben.

Infolge der neuen Bestimmungen über die Devisenbewirtschaftung sind mit sofortiger Wirkung Einschränkungen im Postanweisungs-, Nachnahme- und Postauftragsverkehr mit dem Ausland erlassen worden. Ohne die besondere Genehmigung eines Landesfinanzamtes dürfen Beträge über 200 RM. nicht nach dem Ausland überwiesen werden.

Der Prozeß um das Calmette-Präparat

w. **Lübeck**, 14. Okt. In dem Prozeß wegen des Lübecker Kindersterbens beantwortete Dr. Altstaedt heute morgen zu Beginn der Verhandlung die ihm gestern von Rechtsanwalt Dr. Frey gestellte Frage, weshalb er die Diphtherieschutzimpfung und die Calmette-Fütterung mit einander verglichen habe. Dr. Altstaedt erklärte u. a., daß die Anschauung, Diphtherieschutzimpfung sei ungefährlich B. C. G. sei indessen gefährlich, nur bedingt richtig sein könne. Nach seiner Ansicht sei das eine Präparat genau so gefährlich, wie das andere.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen erwähnte Dr. Altstaedt, daß er selbst sein im März geborenes Kind mit B. C. G. gefüttert habe; der Fütterungsstoff sei, so erklärte er auf eine Frage, vom Pasteur-Institut in Paris bezogen worden.

Die Sachverständigen stellten verschiedene Fragen an Dr. Altstaedt, der betonte, daß er, nachdem das Reichsgesundheitsamt 2½ Jahre lang geschwiegen habe, habe annehmen können, daß beim Reichsgesundheitsamt keine Bedenken beständen. Prof. Dr. Kollo fragte darauf, weshalb er sich nicht vor Einführung des Verfahrens entweder mit dem Reichsgesundheitsamt oder mit den Gegnern des B. C. G.-Verfahrens in Verbindung gesetzt habe. Dr. Altstaedt erklärte darauf, Prof. Dr. Deycke und andere Lübecker Mediziner hätten Autorität genug besessen, um darüber zu entscheiden, ob das B. C. G. schädlich oder unschädlich sei.

Am Schluß der Sitzung wurde der Antrag gestellt, Geheimrat Dr. Bielefeld zu laden, und ihn darüber vernehmen, ob er Dr. Altstaedt sagte, der Präsident des Reichsgesundheitsamtes, Dr. Hamel, habe ihm (Dr. Bielefeld) erklärt, der Weg für die Einführung des Calmetteverfahrens in Deutschland sei jetzt frei. Dr. Hamel bestreitet, eine derartige Aeußerung getan zu haben.

Das Gericht beschloß, den gestellten Beweisantrag zu genehmigen und Geheimrat Dr. Bielefeld, den ehemaligen Präsidenten der Landesversicherungsanstalt der Hansastädte, für morgen vormittag zu laden. — Die Verhandlung wurde darauf auf morgen vormittag vertagt.

Der Generaldirektor der Deutschen Reichseisenbahngesellschaft Dr. Dorpmüller wurde gestern nachmittag von der Völkerbundskommission, die sich mit der Frage der öffentlichen Arbeiten beschäftigt, einstimmig zum Vorsitzenden gewählt.

War Matuschka in Caputh?

In der Ortschaft Caputh bei Potsdam, die schon in den ersten Erörterungen über das Jüterboger



Attentat genannt wurde, und wo erst vor wenigen Tagen größere Sprengstoffmengen gefunden worden sind, hat sich ein dort wohnhafter Chauffeur, der als sehr zuverlässig gilt, beim Amtsvorsteher gemeldet und mitgeteilt, er erkenne in den veröffentlichten Bildern des Matuschka einen Mann, welcher ihn zwei Tage nach dem Jüterboger Anschlag in Caputh angesprochen und nach dem Wege nach Potsdam gefragt habe.

Deutscher Kriminalbeamter in Polen zu Zuchthaus verurteilt

Vor mehreren Monaten wurde der deutsche Kriminalbeamte Anton Preiß aus Namslau in Oberschlesien, der bei Glausche, Kreis Kempen, versehentlich die polnische Grenze überschritten hatte, von einem polnischen Grenzsoldaten entwaffnet und festgenommen. Vor dem Bezirksgericht in Ostrowo fand am Dienstag der Prozeß gegen Preiß statt, in dem die Oeffentlichkeit ausgeschlossen war. **Der Angeklagte, der sich seit nunmehr 5 Monaten in Untersuchungshaft befand, war gefaßt und sah sehr angegriffen aus. Nachmittags wurde das Urteil verkündet, das ihn zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die mildernden Umstände wurden ihm abgesprochen. Die Ehefrau des Angeklagten, die als Zeugin vernommen werden sollte, wurde vom Gericht nicht zugelassen.**

In dem Urteil stellte das Gericht fest, daß Preiß der Spionage überführt sei (?). Aus seinen bei ihm vorgefundenen Notizen gehe das deutlich hervor, daß er zu Spionagezwecken nach Polen gekommen sei, zumal er dem deutschen politischen Nachrichtendienst angehöre. Der Verteidiger hat gegen das Urteil sofort Berufung eingelegt.

Tagesspiegel

Der subventionierte Romflug.

Nachträglich werden allerlei interessante Einzelheiten über den Propagandaflug des antifaschistischen Fliegers Bosis über Rom bekannt. Die Enthüllungen können für die beiden Münchener Flieger Böhning und Rainer, von denen Bosis das Flugzeug erwarb, noch recht peinlich werden.

Es hat sich zunächst einmal herausgestellt, daß die Flugblätter, die der Antifaschist Bosis über Rom abwarf, in einer Münchener Druckerei hergestellt wurden. Das Flugzeug, das Bosis auf seinem Propagandaflug über Rom benutzte, soll aus den Bayerischen Flugzeugwerken Augsburg in Augsburg stammen und von den beiden deutschen Fliegern Böhning und Rainer für 8000 Mark an Bosis verkauft worden sein. Normalerweise aber kostet ein solches Flugzeug ab Werk 12 000 Mark. Es ist nun die Vermutung geäußert worden, daß bei dem Verkaufspreis bereits eine Subvention des Reichsverkehrsministeriums im Betrage von 4000 Mark angerechnet worden ist, die in der Regel immer dann gewährt wird, wenn der Käufer die Verpflichtung übernimmt, das Flugzeug innerhalb von zwei Jahren an keinen Ausländer zu verkaufen. In diesem Falle würde also die merkwürdige Tatsache vorliegen, daß der Propagandaflug des Antifaschisten Bosis über Rom mittelbar wenigstens mit Hilfe einer Reichssubvention unternommen worden ist. Ein unfreiwilliger und unzeitgemäßer Scherz, der hoffentlich nicht politische Weiterungen nach sich ziehen wird.

Es dürfte dem Deutschen Reiche nicht schwer sein, zu beweisen, daß es bei dieser unerquicklichen Geschichte in keiner Weise mitgewirkt hat.

*

Eine Stadt wird dem Rhein entrissen.

Die Stadt Neuwied am mittleren Rhein ist schon wiederholt durch den Strom schwer heimgesucht worden. Hochwasserfluten drangen alle Jahre in die niedriggelegene Stadt und vernichteten unersetzliche Werte. Schon vor längerer Zeit waren von der Stadtverwaltung Deichbauten begonnen worden, die Neuwied endgültig „trockenlegen" sollen.

Diese großzügigen Deichanlagen sind jetzt im wesentlichen fertiggestellt worden. Wenn nicht ungewöhnliche Umstände eintreten, dann kann Neuwied nicht mehr von Hochwasserfluten umspült werden. Die Deichanlagen haben einen Umfang von 7 Kilometer. 207 000 Kubikmeter Boden waren für die Aufschüttung der Erddeiche erforderlich. Insgesamt mußten Bodenbewegungen von 430 000 Kubikmeter vorgenommen werden. Man sah sich genötigt, Flüsse umzulegen und Häuser zu beseitigen. Die Baukosten für dieses Kulturwerk, das Jahrhunderte überdauern wird, betragen etwa 7,4 Millionen Mark. Hinzu kommen aber noch nicht in Rechnung gestellte kleinere Ausgaben. Bei den Trockenlegungsarbeiten fanden selbstverständlich längere Zeit zahlreiche Arbeiter eine lohnende Beschäftigung. Man hat bisher über 180 000 Notstandstagewerke geleistet. Die Entlastung des Arbeitsmarktes wurde von den Neuwiedern als sehr segensreich empfunden. Es handelte sich hier um eine Notstandsarbeit, deren Wert jedermann ohne weiteres einsah.

Die Bewohner von Neuwied atmen jetzt, nach jahrzehntelangen Heimsuchungen, befreit auf.

*

Ein Millionär kam an den Bettelstab.

Vor einiger Zeit meldeten Pariser Blätter, daß der bekannte und berüchtigte Bankier Oustric aus dem Untersuchungsgefängnis entlassen worden sei. Man hört kaum noch etwas von dem Mann, mit dem das Schicksal ganz besonders hart umgegangen ist.

Oustric, der die Freiheit wiedergewonnen hat, besitzt nicht die mindesten Mittel mehr. Der Bankier, der einst das hochfahrende Wort im Munde führte: „Ich muß es zur Milliarde bringen!", weiß buchstäblich nicht mehr, wovon er leben, womit er sich kleiden und wohin er sein Haupt legen soll. Sein Hab und Gut ist längst auf Gerichtsbeschluß verkauft und versteigert worden. Die guten Freunde der früheren Tage haben sich von ihm abgewandt. Nur das leere Gebäude der ehemaligen Oustric-Bank steht ihm noch zur Verfügung. Einfache Leute nehmen sich jetzt des einst mächtigen Bankiers an. Auch im Gefängnis konnte sich Oustric schon längst nicht mehr eine Sonderkost reichen lassen. Der Bankier, der noch vor einem Jahre gut aß und gut trank, hat sich im Gefängnis ein Magenleiden geholt, das sich in der letzten Zeit sehr verschlimmert hat. Wer weiß, ob er seinen Niedergang noch lange überdauern wird!

Diese Wendung des Schicksals entlockt selbst den hartherzigen Pariser Bürgern so etwas wie Mitleid.

Ein zweiter Hoover-Plan

Von Diplomaticus.

Die Zeitungen sprechen davon, daß ein zweiter Vorschlag Hoovers, des Präsidenten der Vereinigten Staaten, in Vorbereitung ist, ohne indes bestimmte Angaben über den Inhalt des Planes machen zu können. Wir lesen auch, daß in der Besprechung der Parteiführer, die der Präsident im Weißen Hause veranlaßt hat, verschiedene Ideen erörtert worden sind.

Die einen beziehen sich offensichtlich ausschließlich auf die innere Lage in den Vereinigten Staaten; man scheint ein Gesetz vorgeschlagen zu haben, das den Federal Reserve Banken gestattet, die Privatbanken in ausgedehnterem Maße zu beleihen, um den epidemischen Bankbrüchen, die seit einer gewissen Zeit das Land in Schrecken versetzen, ein Ende zu machen.

Neben dieser Stütze der kleinen Banken und der nationalen Wirtschaft durch die Großbanken ist die Rede von einer Verlängerung des Moratoriums für die internationalen Schulden um drei Jahre; das würde den Vorteil haben, die endgültige Entscheidung über die Schuldenfrage bis nach den Präsidentenwahlen zu verschieben. Endlich spricht man von einem Projekt, das allein die Bezeichnung eines „zweiten Hoover-Planes" beanspruchen könnte und über das die Fachleute in Europa seit einem Monat debattieren: die Berufung einer internationalen Währungs-Konferenz.

Das Rad der Zeit kehrt oft zu früheren Lagen zurück. Gleich nach dem Kriege war, im Verlauf einer Krise, von der man glaubte, daß sie ohne Vorgang sei und sich nie wiederholen würde, die erste Handlung des Völkerbundes, eine Finanzkonferenz zu berufen, die im Oktober 1920 in Brüssel stattfand. Die Arbeiten dieser Konferenz waren gewiß nicht nutzlos; ihren Zweck erfüllte sie nicht. Aber sie legte doch die Grundlage für die meisten späteren Stabilisierungen von Währungen.

Als die europäischen Staaten endlich das Gleichgewicht ihrer Münze wiedergefunden hatten, schien der Moment gekommen zu sein, um die Wirtschaft zu stabilisieren. Zu diesem Zweck fand im Frühjahr 1927 die große Wirtschaftskonferenz in Genf statt. Und jetzt, vier Jahre später, befinden wir uns fast genau auf dem Punkt, wo wir 1920 waren: die wirtschaftliche Stabilisation ist mißglückt, und die Stabilisierung der Währungen ist im Begriff hinweg zu schmelzen. Es ist darum logisch, auf die Lösungen von 1920 zurückzukommen und von neuem eine Finanzkonferenz zu berufen, um Ordnung in das Chaos der Währungen zu bringen, — wonach man dann wieder mit mehr oder weniger Nutzen von einer Stabilisierung oder richtiger: Zusammenstimmung der nationalen Wirtschaften sprechen mag.

Immerhin besteht zwischen heute und 1920 ein Unterschied. Die Welt hat in diesen zehn Jahren Erfahrungen gesammelt, schmerzliche Erfahrungen, die manchen übermütigen Wahnträumen ein Ende gemacht haben.

Damals hallte, im Vertrauen auf die wirtschaftspolitische Erbweisheit der Engländer, die Welt wider von dem Schlagwort: das erste, was geschehen müßte, wäre die Rückkehr zum Goldstand. Man hat diese Methode, teilweise sogar gewaltsam, allen Ländern auferlegt, von denen mehrere nur widerwillig folgten. Und plötzlich waren es die Engländer, die bemerkten, daß sie ihr Pfund Sterling zu hoch stabilisiert hatten. Kurz entschlossen warfen sie den Goldstand über Bord und sprachen zur übrigen Welt: Seht, was für einen Dienst wir euch leisten, man wird jetzt eine internationale Währung errichten müssen.

Was daran richtig ist, das ist dieses, daß der Sturz des Pfundes Sterling einen eindrucksvollen Beweis von der Solidarität der Staaten geliefert hat. Ueberall hat das Ereignis Verblüffung und Beunruhigung erzeugt. Einige Länder, wie die skandinavischen, sind sofort dem englischen Beispiel gefolgt, andere, wie Italien, haben drakonische Maßregeln ergreifen müssen, um ihre Währung zu verteidigen. Nirgends konnte man sagen, daß der Entschluß der englischen Regierung ein Land aber eine nationale Wirtschaft gleichgültig lassen könnte.

Diese Beobachtung ist es, die den Gedanken einer Konferenz geboren werden ließ. Während der Völkerbundstagung in Genf wurde von nichts anderem mehr als hiervon gesprochen. Titulesco, der Präsident der diesjährigen Versammlung, wollte sogar, daß der Völkerbund sich unter irgend einer Begründung in Permanenz erklärte. Anderen war es lieber, die Initiative den Vereinigten Staaten zu überlassen, ohne welche man auf diesem Gebiet keinen Schritt vorwärts machen kann. Alle Welt aber war darin einig, daß noch vor Ende des Jahres eine große Konferenz stattfinden müßte, die von der Völkerbundstagung zur Abrüstungskonferenz überleitete.

Der Umstand, daß alle Regierungen das Bedürfnis empfinden, sowie sich eine Schwierigkeit in der Welt erhebt, zusammen zu kommen, um sich zu verständigen, beleuchtet immer heller und heller den wahren Weg, den die Staaten in unserer Epoche, selbst wider ihren Willen, zu wandeln genötigt sind: den Weg zum internationalen Zusammenwirken; und die Tatsache, daß man von einer internationalen Währung heute nicht mehr als von einer Utopie, sondern als von einem Problem der praktischen Politik sprechen kann, zeigt, wie rapid die Entwicklung in den Köpfen der denkenden Menschen in den letzten zehn Jahren fortgeschritten ist.

Die Lage ist noch in einem andern Punkt heute verschieden von der des Jahres 1920: heute gibt es schon eine Internationale Bank; damals war der Gedanke, daß so ein Institut möglich wäre, noch in keinem Kopfe aufgegangen. Der Zweck, zu dem die Bank gegründet wurde, nämlich die Verwaltung der deutschen Reparationen, existiert heute — darüber soll sich niemand täuschen — nur noch als rechtliche Fiktion; dennoch glaubt niemand, daß die Bank zu Basel überflüssig geworden wäre. Ihre große internationale Rolle, nämlich die der Regularisierung der Währungen, fängt jetzt erst an. Man braucht den Glauben, der in Basel zu herrschen scheint, daß eine allgemeine Devalorisierung der Währungen notwendig sei, nicht zu teilen; man darf aber annehmen, daß der Sturz des Pfundes im Laufe der nächsten Monate den noch anderer Devisen nach sich ziehen wird, und daß infolgedessen Maßregeln zum Zwecke einer ausgleichenden Wertbeständigkeit sich aufdrängen werden; — und das kann nur durch das Mittel einer allgemeinen Währungskonferenz geschehen.

Es versteht sich von selbst, daß, für den Augenblick wenigstens, der Gedanke einer internationalen Münze nur ein Symbol ist. Es ist keineswegs notwendig, auf diesem Gebiet, wie auch auf den meisten sonstigen des öffentlichen Lebens, eine mechanische Vereinheitlichung aufzurichten. Das, worauf es ankommt, ist, daß die tatsächliche Solidarität der Währungen ihren rechtlichen Ausdruck findet, der hinreicht, um irgend eine Art gegenseitiger Kontrolle zu schaffen.

In sachverständigen Kreisen hört man, besonders in England, daß die ungleiche Verteilung des Goldes in der Welt den Sturz des Pfundes Sterling verschuldet habe. Ein Stück Wahrheit wird in dieser Meinung enthalten sein, doch kann eine so erstaunliche Erscheinung wie die Entwertung der Sterling-Währung nicht vollständig erklärt werden, ohne Zuhilfenahme wirtschaftlicher Gründe. Will man aber eine andere Verteilung des Goldes herbeiführen, so muß man darauf vorbereitet sein, daß diejenigen Länder, die einen übermäßigen Goldbestand haben, im Austausch gewisse Rechte und Garantien verlangen. Und wir haben ja auch gesehen, daß, wenn ein Land sich infolge fehlerhafter Finanzpolitik in finanziellen Schwierigkeiten befindet, diejenigen Länder, die zur Hilfe aufgerufen werden, nicht geneigt sind, dem Rufe zu folgen, ohne daß ihnen das Recht verliehen wird, in irgend einer Weise bei der finanziellen Neuordnung des notleidenden Staates mitzuwirken.

Alle diese Betrachtungen führen notwendigerweise zum Gedanken einer Finanzkonferenz mit dem Ziel einer Zusammenarbeit der Banken mit gegenseitiger Kontrolle. Damit würde abermals ein Teil der absoluten Souveränität den einzelnen Staaten entgleiten, und die internationale Solidarität einen Schritt vorwärts tun.

Es gibt kein Land, das den Gedanken der absoluten Souveränität höher stellte, als die Vereinigten Staaten von Amerika. Und daß gerade der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika durch den Zwang der Verhältnisse zu einem Akt gedrängt wird, der nur mit einer Beschneidung der Souveränität der einzelnen Länder und Regierungen enden kann, ist das, was Hegel die „List der Geschichte" nennt.

Zur Haarpflege nur Spezial-Mittel!

Eine Mißhandlung Ihres lebenden zarten Haares ist es, zu seiner Pflege Reinigungsmittel zu verwenden, die für tote Gegenstände bestimmt sind. Denn es fehlen die kosmetischen Zusätze, die den Aufbau des Haares fördern, seine Schönheit und vor allem Gesundheit erhalten! Also keine Experimente — dazu ist Ihr schönster Schmuck, das Haar, zu schade!

Schönes und gesundes Haar verbürgt Ihnen die regelmäßige Pflege mit Schwarzkopf-Extra, dem Haarglanz-Schampon, das Ihr Haar gesund und kräftig erhält und ihm einen wundervollen Glanz verleiht. Schwarzkopf-Extra, dem „Haarglanz" stets beiliegt, ist ein Spezial-Haarpflege-Mittel auf Grund 30jähriger Erfahrung.

Der Welteislehrer tot

Hanns Hörbigers vergebliches Ringen.

Nur einem verhältnismäßig kleinen Kreise war die Person, geschweige denn das Werk Hanns Hörbigers, bekannt, der jetzt in Wien im Alter von 71 Jahren gestorben ist. Als er im Jahre 1913 ein umfangreiches und höchst gelehrtes Werk unter dem Titel „Glacial-Cosmonogie" veröffentlichte, stieß er in Kreisen der zuständigen Fachgelehrten auf Hohn und Spott. Diese Glacial-Cosmonogie, eine Lehre von der Entstehung des Universums nicht aus dem hypothetischen Gasgemisch, von dem die meisten anderen Weltentstehungstheorien ausgehen, sondern aus Eiskristallmassen, mit denen das All nach Hörbigers Theorie auch jetzt noch teilweise erfüllt sein soll, war in der Tat unglaubhaft. Sie war es vielleicht nur wegen ihrer Ungewöhnlichkeit, die allem Schulwissen Hohn sprach. Hörbiger, der von Haus aus Maschineningenieur, sehr bald aber leidenschaftlicher Amateurastronom geworden war, konnte durch ungemein geschickte Entwicklungen seiner Theorie in der Tat gewisse Unklarheiten und Widersprüche (theoretisch) beseitigen, die die zünftige Astronomie bisher nicht hatte bewältigen können. Bis tief in die Nachkriegszeit hinein blieben er und sein Werk unbekannt oder doch auf einen ganz kleinen Kreis beschränkt. Langsam gewann er sich hier und da Anhänger und Jünger, die Teile seiner Theorien weiter entwickelten. Es ist vielmehr das tragischste Verhängnis in diesem an Forschertragik so erschütternd reichen Lebens, daß einem seiner Schüler, Fauth, die Entwicklung einer Erde-Mond-Theorie aus der Hörbiger'schen Welteistheorie gelang, durch die die Wissenschaft von der Entstehung der Erde nun ganz unzweifelhaft einen außerordentlichen Fortschritt machte. Hörbiger selbst ließ sich auf Herausnahme des einen oder anderen Teils aus seiner Theorie nicht ein. Er wollte alles oder nichts.

So kam es, daß er im Verborgenen blieb. Die Bewertung seiner Lehre ist noch längst nicht abgeschlossen. Weder im ganzen, noch in einzelnen Teilen. Hätte Hörbiger sich nicht mit dem verhängnisvollen Eigensinn des absoluten Gelehrten auf seine Theorie in ihrer Totalität verbissen, hätte er versucht, zunächst einmal das eine oder andere daraus zu propagieren und durchzusetzen, so hätten ihm wahrscheinlich große Erfolge nicht gefehlt. So blieb es möglich, ihn beinahe zu ignorieren, obwohl schließlich ein großer und sehr ernst zu nehmender Verlag (Vogtländer, Leipzig) sich für ihn und sein Werk einsetzte. Man darf und muß allerdings bei dieser Gelegenheit sagen, daß die zünftige Wissenschaft alles getan hat, um zu verhindern, daß Hörbiger die akademische Karriere einschlug. Hätte man hier über Absonderlichkeit eines fanatischen und von seiner Theorie besessenen Forschers hinweggesehen und hätte man gelten lassen, was Geltung beanspruchen dürfte, so wäre der Wissenschaft daraus erheblicher Gewinn, einem glühenden, fanatisch nach Erkenntnis schürfenden Menschen die Krönung seines Lebens daraus erwachsen.

Selbstmord vor Gericht

Vor dem Schöffengericht in Hirschberg erschoß sich Dienstag abend der Lehrer Nagel aus Mittgendorf (Kr. Landshut, Schlesien), der wegen Sittlichkeitsverbrechens, das er an seinen Schulkindern begangen haben sollte, zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden war. Nagel hatte jede Schuld bestritten.

Reichspräsident von Hindenburg empfing gestern den deutschen Botschafter in Rom, Dr. von Schubert. Ferner empfing der Herr Reichspräsident den zum Staatssekretär im Reichsjustizministerium ernannten Dr. Schlegelberger.

Eduscho

Trinkt KAFFEE mit Coffein 3 Gramm die Tasse, stört nicht das Herz u. schont die Kasse

aber aus 5—6 Gramm bereiten Sie **das köstliche Mocca-Getränk**

Zu beziehen nur direkt aus der Eduscho-Großrösterei, Bremen, Sicherheitshafen

Torben soll die Firma retten

Roman von Lola Stein

8

Manches ist anders geworden . . .

Die Studentin Senta Geest hat sich in eine kleine Stenotypistin verwandelt, die ihren täglichen harten Dienst eifrig verrichtet. Am 1. Aug. hat sich Senta diese Stellung geboten. Es traf sich günstig, weil die Universitätsferien begonnen hatten. Nun ist sie schon über fünf Wochen auf ihrem Posten.

Vor dem Portal des großen Geschäftshauses in der Friedrichstraße wartet Hans-Jürgen auf die Freundin. Eben hat es sieben geschlagen. Ihm ist seltsam zu Sinn. Immer fühlt er sich schuldbewußt, wenn er an Senta denkt. Und er denkt viel, beinahe ständig an sie.

Auch auf dieser wundervollen Reise, die ihn mit ihren gewaltigen Natureindrücken ganz erfüllte, ist sie nicht aus seinen Gedanken gekommen.

Sie hat inzwischen in dem heißen Berlin, in einem dunstigen, schwülen Kontor sitzen und arbeiten müssen. Kann sich keine Erholung gönnen. Muß Geld verdienen. Weil ihr Vater seine Stellung verloren hat.

Jochem Geest hat schon am 1. Juli das Bankhaus Sturm verlassen mit vorausbezahltem Gehalt für die nächsten drei Monate. Nun kann er sich in Ruhe einen neuen Posten suchen. Aber er selbst weiß, daß er keinen finden wird. Auch Michael Sturm, Senta und Hans-Jürgen wissen es. Man klammert sich an eine vage, armselige Hoffnung. Es könnte ja sein. Ein glücklicher Zufall. Ach, es gibt solche Zufälle wohl kaum im realen Leben.

Hans-Jürgen ist schuldlos an dieser Entlassung, unter der er leidet. Die Geschehnisse im Geschäft seines Vaters vollziehen sich ohne sein Zutun, ohne seinen Willen, seinen Einfluß. Er möchte Senta das schönste Los bereiten und kann nichts für sie tun.

Er ist nichts, hat nichts, kann nichts! Ein junger Student, der vier Semester ganz unnütz verbummelt hat. Wer konnte damals auch ahnen, daß . . .

Zwischen den vielen werktätigen Menschen, die tagein, tagaus zur Arbeit in dieses große Kontorhaus strömen, erscheint Senta zehn Minuten nach sieben.

Die Freunde drücken sich die Hand. Hans-Jürgen ist braun gebrannt von der Sonne des Hochgebirges, er sieht famos, gesund, frisch und elastisch aus. Sentas Gesichtchen ist schmaler geworden, es ist abgespannt und ein bißchen blaß. Aber Hans-Jürgen findet sie in dieser Veränderung vielleicht noch hübscher als früher.

Sie gehen nebeneinander her. Und tragen beide ein Glücksgefühl im Herzen, süßes Beschwingtsein im Blut.

„Wollen wir nach Wannsee oder Potsdam fahren und dort zusammen essen, Senta?"

„Es wäre schön!" Ein sehnsüchtiger Schimmer ist in den blauen Mädchenaugen, wie die lustige, forsche Senta ihn sonst niemals hatte. Solange es dem Vater gut ging, konnte sie sich alle kleinen Wünsche erfüllen. Heute würde ein Abend am Wannsee mit Hans-Jürgen ein jetzt unbekanntes Glück für sie bedeuten.

„Es geht nicht, Hans-Jürgen", erklärt sie mit ihrer alten Energie. „Denk doch nur, wie wenig ich jetzt daheim bin. Mutti ist viel allein, und wenn Papa zu Hause ist, ist er still und bedrückt. Die Abende müssen ihr gehören."

„Ganz ohne Ausnahme, Senta? Das geht doch nicht. Wann sollen wir uns denn in Zukunft sehen?"

„Ohne Ausnahme will ich nicht sagen", gibt sie zögernd zu. „Aber heute kann es nicht sein."

„Was machen wir also?"

„Wir fahren bis zur Gedächtniskirche und bummeln langsam über den Kurfürstendamm nach Hause. Dabei können wir uns alles erzählen."

„Aber nicht bei dieser Hitze im Bus oder in der Untergrundbahn. Das halte ich nicht aus! Du mußt schon erlauben, daß ich einen Wagen nehme."

Er sieht, daß sie mit einem kleinen erlösten Aufatmen in die Kissen sinkt.

Armes Mädel! denkt er. Armes, tapferes, kleines Mädel, du!

„Nun erzähle, Senta! Wie geht's in deiner Stellung?"

„Ich habe mich schon ganz gut eingearbeitet. Mein Chef scheint zufrieden."

„Und du?"

„Ich muß es doch sein. Für eine Anfängerin verdiene ich überraschend viel. Baldige Zulage ist mir auch versprochen. Wir leben jetzt unerhört sparsam. Einige tausend Mark hat Papa ja auch noch gerettet von seinem früheren Kapital, aber mehr ist es nicht. Was er verdiente in den letzten Jahren, ist verbraucht worden. Muttis Krankheit und ihre teuren Badereisen, Detels ewige Schulden, die bezahlt werden müssen, mein Studium! Und wir alle glaubten doch fest, daß Papas Gehalt bis an sein Lebensende weitergehen würde! An Zeiten, wie sie jetzt vor uns liegen, konnte ja niemand denken."

„Gewiß nicht! Und deine Mutter, Senta?"

„Versteht immer noch nicht, daß ich diese Stellung angenommen habe. Man kann Mutti nicht so leicht beschwindeln, wie wir uns das vorstellten. Sie zergrübelt sich den Kopf über meine Marotte, wie sie es nennt."

„Sie weiß immer noch nichts?"

„Nein, Papa geht jeden Morgen zur gewöhnlichen Stunde fort. Kommt mittags und abends nach Hause wie früher. Er läuft durch die Straßen und sucht Beschäftigung, die er nicht findet. Aber er hält die Zeiten ganz genau inne, um Mutti in dem Wahn zu lassen, daß alles noch so ist, wie es war."

Hans-Jürgen schluckt. „Das ist — das ist — furchtbar rührend finde ich es von ihm!"

„Ja, er ist ein besonders guter Mensch. Und so einen muß dieses unverdiente Schicksal treffen. Es war scheußlich, in dem heißen Berlin umherzulaufen. Und wird im Winter noch viel schlimmer sein. Wenn er bis dahin nichts Festes findet, will er es mit irgendwelchen Vertretungen versuchen."

„Erzähle mir noch von dir, Senta!"

„Da ist nicht viel zu berichten. Ich gehe früh fort, Bürozeit von halb neun bis eins und von drei bis sieben. Abends und Sonntags arbeite ich für mich."

„Das auch noch?"

„Ich will doch meinen Doktor machen, Hans-Jürgen, was denkst du von mir? Ich werde im Wintersemester auch wieder Vorlesungen hören. Dann strengt mich sicher die jetzt ungewohnte Arbeit auch nicht mehr so sehr an."

„Und Zerstreuungen, Senta? Deine Freundinnen?"

„Sehen ein, daß ich jetzt keine Zeit für sie und überflüssiges Zeug habe. Es sind doch alles vernünftige, sachlich denkende Mädels."

Sie sind am Kurfürstendamm angelangt und steigen aus.

Lichtkaskaden brechen vor ihnen auf. Blaues, rotes, grünes, goldenes Licht schreit Reklamen in die Luft. Laut, bunt, lustig, unerhört bewegt ist diese große, imposante Straße.

Mengen von Menschen genießen die sanfte Kühle, die der Abend allmählich bringt. Arbeitsmenschen, die Hunger nach Luft und Zerstreuung ins Freie lockt.

Senta und Hans-Jürgen gehen langsam zwischen dem Strom, sehr langsam, denn sie mögen beide nicht an die nahe Trennung denken.

„Nun erzähle du, Hans-Jürgen! Es war herrlich in der Schweiz?"

„Wundervoll! Ich habe dir ja von unterwegs schon berichtet." Er will ihr das Herz nicht schwer machen mit ausführlichen Schilderungen.

„Und was hast du gestern und heute angefangen?"

Er erzählt: Sport, Spiele, Wiedersehen mit ein paar Freunden. Heute Tennis und Tee bei Joan Williams.

„Also von ihr kamst du vorhin? Von dieser Frau mit dem aparten Namen? Ich will dir etwas sagen, Hans-Jürgen: Sie heißt ganz einfach Johanna und nennt sich, weil sie mit einem Amerikaner verheiratet war und weil es ihr hübscher erscheint, Joan!"

Hans-Jürgen lacht. „Ich habe über den Namen von Mrs. Williams wirklich noch nicht nachgedacht."

Sentas Ton ist ärgerlich, irgend etwas Neues schwingt darin, das den Mann aufhorchen läßt.

Ist Senta, die kluge, logische Senta, eifersüchtig wie ein Mädchen von vorgestern? Und er, — warum freut er, der doch die Kameradschaftlichkeit über alles stellt, sich so sehr über diese Regung, die eigentlich für die sachlich eingestellte Jugend von heute nicht mehr paßt? Er beginnt zu begreifen, daß Gefühle sich ewig gleich bleiben, daß Liebe und Liebesempfindung immer dieselbe ist, gestern und heute und in alle Ewigkeit . . .

Vor einem der vielen Cafés, aus denen Musik durch die geöffneten Türen in den Abend hinausklingt, zögert Senta.

„Hier macht Detel jetzt Jazzmusik!"

„Wahrhaftig? Seit wann?"

„Seit vierzehn Tagen. Ich glaube, der arme Junge fühlt sich todunglücklich dabei. Er hat natürlich an eine andere Karriere gedacht. Die aber verbaut er sich gründlich mit diesem Engagement. Wenn man erst in Vergnügungslokalen gespielt hat, kommt man so leicht nicht mehr für seriöse Musik in Betracht."

„Und doch?"

„Er will uns zeigen, daß er auch verdienen kann. Mein Beispiel, weißt du. Richtig genommen, ist Detel ja ein guter Junge, nur bodenlos leichtsinnig. Seine erste Wochengage hat er beinahe zur Hälfte verpumpt. Er behauptet, die Kollegen seien schrecklich arme Kerle, dagegen sei er ein Krösus. Und vergißt, daß wir doch auch nichts mehr haben, und daß er das Engagement nur nahm, um Vater und mich zu unterstützen. Wenn ihn jemand bittet, kann er nicht nein sagen. Das ist schlimm. Er behauptet, daß er das Geld zurückbekommt, es seien alles anständige Jungens. Mag sein, aber wenn sie nichts haben . . ."

Sie erzählt das alles halb lachend, halb traurig. Die Traurigkeit überwiegt. Aber sie will sie dem Freund nicht zeigen.

„Wollen wir einen Augenblick hineingehen, Senta? Oder geniert es Detel?"

„Das glaube ich nicht. Er ist vielleicht froh, ein bekanntes Gesicht zu sehen."

Es ist drückend heiß im Raum. Trotzdem überfüllt. Die Jugend will tanzen. Es ist zwar nur eine winzige Tanzfläche vorhanden, auf der die Paare sich drängen und stoßen und schieben. Aber man tanzt!

Die „Venezuela Boys", sieben blasse junge Männer in blauen Fräcken und ein schwarzgekleideter Neger, der hinter der großen Trommel sitzt, spielen mit Hingabe und Leidenschaft die Schlager dieses Sommers. Detel Geest, der über die beste Stimme verfügt, ist die Aufgabe zugefallen, die Refrains zu singen. Er legt sein Instrument neben sich, nimmt das Megaphon:

„Schöner Gigolo, armer Gigolo,
Denke nicht mehr an die Zeiten . . ."

Die Paare wiegen sich nach dem Rhythmus und tanzen mit Begeisterung.

(Fortsetzung folgt.)

Streiflichter .....

Akademische Arbeitslose

Unser Arbeitslosenheer im Reiche umfaßt Millionen. Es umfaßt weiterhin alle Berufsschichten und Stände. Kein Beruf ist verschont geblieben. Alle zahlen sie seit etlichen Jahren ihren Tribut der tückischen Krankheit, die unseren Volkskörper befallen hat: der Krise.

Hier sei ein Berufsstand herausgegriffen, der gleichfalls sehr zu leiden hat: der Akademiker. Leider geben unsere Statistiken die Gesamtzahl der arbeitslosen Akademiker, die ihr Studium beendet haben, nicht genau und teils auch unrichtig wieder. Der Grund ist sehr einleuchtend. Die meisten kommen von den Universitäten, den Hochschulen mit frischen Diplomen und einer Arbeitslust, das Gelernte nun praktisch zu verwerten. Jedoch vergebens suchen sie nach irgend einer Betätigungsmöglichkeit. Meistens umsonst versuchen sie irgendwo unterzukommen. Die Wirtschaft kann sie nicht aufnehmen, nicht gebrauchen. Ein hartes, aber leider wahres Wort. So erhalten unsere jungen Akademiker erst gar nicht die Berechtigung, sich an die zuständigen Arbeitsämter zu wenden. Sie haben sich diese Vergünstigung noch nicht verdient und nicht verdienen können. Daher werden all diese Arbeitsuchenden in keiner der vielen Listen unserer Arbeitsämter geführt.

Es wird so viel in den verschiedenen Kreisen darüber gesprochen, daß heute viel zu viel studieren. Tatsächlich sind unsere Universitäten und Hochschulen überfüllt. Ist das aber nicht eine Erscheinung der Krise? Ist dies Moment nicht umgekehrt erklärbar? Der junge Abiturient, der heute von dem Gymnasium oder einer ähnlichen höheren Lehranstalt kommt, steht oft vor einem Nichts. Was beginnen? Es bietet sich für ihn keine Möglichkeit, unterzukommen. Keine Lern- oder Verdienstmöglichkeit steht ihm in der Praxis offen. Sind nun die Vermögensverhältnisse der Eltern derart, daß sie — wenn auch unter großen Opfern und Kosten — den Sohn, die Tochter studieren lassen können, so legen sie sich diese Ausgaben auf, damit die Kinder wenigstens für Jahre eine Arbeit, einen Lebenszweck, eine Versorgung haben. Es studieren heute viele, die unter anderen Verhältnissen nie daran gedacht haben würden. Fragt einmal Hunderte, ob es sich nicht so verhält? Ein weiterer Gedanke der Betreffenden dabei ist, daß die Verhältnisse sich bis zur Beendigung des Studiums so weit gehoben haben werden, daß dann ein Unterkommen leicht fallen wird. Noch mehr ist hier zu sagen. Hat heute ein Student sein Examen bzw. sein Diplom in der Tasche und den festen Willen, jetzt praktisch zu arbeiten und endlich zu verdienen, so muß er beiseite stehen und von Weitem zusehen. Er muß erfahren, daß er nicht gebraucht wird, daß man seine Arbeitskraft nicht verwenden kann. In vielen Fällen bleiben diese, die keine Betätigungsmöglichkeit finden, weiter auf der Universität. Sie bereiten sich für dies oder jenes weitere Examen vor. So wird wieder Zeit gewonnen, und es vergehen Jahre mit einer Ausbildung, die nicht vorgesehen und oft vollkommen unnütz war. Geht man heute durch die Universitäten und sieht die Unzahl von Doktoranden, so zeigt diese Erscheinung die Wahrheit meiner Behauptung. Fragt einmal selbst nach!

Selbst jetzt bietet sich keine Möglichkeit, irgendwo — auch wenn noch so bescheiden — unterzuschlüpfen. Früher sprach man davon, daß ein Akademiker, zum mindesten, wenn er gute Zeugnisse und Fähigkeiten mitbrachte, seiner sozialen Stellung und Vorbildung nach entlohnt werden müßte, daß wenigstens sein Studium verzinst, evtl. auch seine hohe Kosten amortifiert werden müßten. Und heute? Ein großer Teil ist voll arbeitslos. Ich denke besonders an die Jahrgänge, die etwa seit 1922 studierten und in den Jahren 1926/28 fertig wurden. Wie wenige haben das gefunden, wofür sie sich oft unter großen Opfern und Entbehrungen vorbereitet haben. Andere haben Unterschlupf in Berufen gefunden, die mit ihrem Studium nichts gemein haben. Diese sind aber noch gut dran. Verschiedene arbeiten für ein Butterbrot, wie man landläufig sagt. Ein Monatsgehalt von 50 bis 70 RM. ist nichts ungewöhnliches mehr. Ja, etliche müssen sogar noch zubezahlen (auch, im Land Lippe), um überhaupt arbeiten zu dürfen. Sie sind oft noch froh darum, damit sie sich wenigstens praktische Kenntnisse aneignen können.

Noch ein anderes. Die jungen Akademiker, ich denke besonders an Dipl.-Ing., Dipl.-Kaufleute und Dipl.-Volkswirte teils mit, teils ohne Doktortitel, die sich in der Praxis um eine Stelle bewerben — es kann sich in den meisten Fällen nur um erste oder Anfängerstellen handeln — erhalten oft zur Antwort: Wir können Sie nicht gebrauchen, Sie sind im Beruf und Fach noch ein zu großer Anfänger. Wer will das den betreffenden Firmen verdenken? Sie bekommen heutzutage ohne großen Aufwand Kräfte, die durch jahrelange Praxis erfahren und versiert sind. Der Ueberschuß an äußerst tüchtigen Kräften ist zu groß. Sie brauchen keine jungen Akademiker, die sich erst in der Praxis ihre Sporen verdienen wollen und teilweise angelernt werden müssen. Dem jungen Akademiker wird es so unmöglich gemacht, erst einmal hereinzukommen.

Und wie wird es in einigen Jahren sein, wenn, wie wir alle hoffen, die Krisenzeiten überstanden sind? Ich denke dabei wieder an die oben genannten Jahrgänge, also diejenigen, die jetzt etwa 25—30 Jahre alt sind und als Stellungslose auf bessere Zeiten warten. Dann wird die Antwort der Firmen lauten: Für derartige Stellen seid ihr, ihr Jungakademiker, die ihr noch nirgends praktische Kenntnisse habt erwerben können, zu alt!

Wird es so werden? Werden diese Jahrgänge ganz ausfallen?

H. G. K.

Auf den Spuren des Eiszeitmenschen in Lippe

Auf dem Zufahrtswege des Hofes Hegerbeeke bei Hohenhausen wurde durch den Sekundaner Friedhelm Flöter in meiner Begleitung ein eigenartig geformtes Stück Stein aufgehoben: ein weißgebrannter Feuerstein von Spitzkeilform. Die Annahme, daß es sich um einen Werkzeugnachlaß des frühgeschichtlichen Menschen handele, und zwar aus der Micoquienstufe des Altpaläolithikums, ist durch die inzwischen von fachmännischer Seite her eingeholte Begutachtung bestätigt worden. Herr Müller-Brauel, Direktor des Museums „Vätterkunde" in Bremen, teilt mir mit, daß das Artefakt ein typisches Spitzfesselchen ist, das Otto Hausers sogen. Micoqien angehört, welche Stufe Herr Müller-Brauel für Deutschland mit dem Namen „Ostseekultur" bezeichnet hat. Diese Kultur ist aus dem Südosten Europas (der ursprüngliche Herkunftsweg ist einstweilen fraglich, Herr M.-Br. neigt zu Nordafrika) in unsere Heimat eingedrungen. Den Menschentyp dieser Kulturstufe sieht Häuser in dem bekannten Schädel von Predmost in Mähren, wo man seit 1571 neben menschlichen Gerippen Mammutknochen gefunden hat, die etwa 1000 verschiedenen Tieren angehört haben. In Norddeutschland hat Müller-Brauel den Kulturnachlaß an verschiedenen Stellen in Massen festgestellt, z. B. auf Rügen, in der Umgegend von Teterow, Oldesloh und am Schaalsee im Lauenburgischen. In einer Kiesgrube zu Güstrow in Mecklenburg wurde ein Herd dieses Urzeitmenschen entdeckt und damit der entscheidende Nachweis seiner Seßhaftigkeit in Norddeutschland erbracht. Herr M.-Br., der neben Dr. Schwantes-Hamburg als erster Kenner dieser Stufe gelten darf, hält den Träger dieser Ostseekultur für den ältesten Siedler im deutschen Nordwesten, und es war schon stets seine feste Ueberzeugung, daß sich diese Kultur über ganz Nordwestdeutschland verbreitet finden würde. (Siehe seine Arbeit „Das Micoquien" in Heft 1 Folge 2 der Zeitschrift „Germanien", Blätter für Freunde germanischer Vorgeschichte.)

Der Feuersteinabschlag von Hegerbeeke hat eine Kopfbreite von gut 4 cm. Wie mir mitgeteilt wird, ist inzwischen in der Kiesbeschotterung des Gartens von Herrn Dir. Teudt-Detmold durch Herrn Düsterfiek ein ähnliches Stück gefunden worden. Das Wichtige und Entscheidende bei dem Fund Hegerbeeke ist 1) daß das Stück gebrannt ist, was mit hoher Wahrscheinlichkeit auf einen Herd, also auf Seßhaftigkeit des Trägers schließen läßt, 2) daß sich feststellen läßt, woher die Kiesbeschotterung des Weges stammt. Die Kiesgrube befindet sich in nächster Nähe des Hofes, auf dem Westufer der Hegerbeeke. Eine eingehende geologische Untersuchung würde die Zeitfrage der Schichtenablagerung klären können. Dem Anschein nach handelt es sich um diluviale Schotter, die von der Hegerbeeke in Terrassenform an den Talflanken abgelagert sind. Auch einzelne Feuersteinabschläge (Lamellen) konnten in der Nachbarschaft im gleichen Material festgestellt werden.

Leider ist die Kiesgrube nur noch teilweise zugänglich, und es ist nicht ganz ausgeschlossen, daß die fraglichen Stellen bereits abgefahren sind. Auf jeden Fall ist die Besiedlung Lippes zur Eiszeit durch diese Funde nachgewiesen, da eine Einschleppung dieser Streufunde nach allem sehr unwahrscheinlich ist. Nachdem durch die Krebs-Schwanoldsche Erforschung der Bronzezeit die Besiedlungsgrenze der Heimat auf 200 v. Chr. hinausgeschoben worden ist, nachdem durch die Arbeiten Junkermanns und Dieckmanns diese Zeitziffer sich auf 5—7000 erhöhte, wird es nun Aufgabe der zukünftigen vorgeschichtlichen Forschung sein, ein wachsames Auge auf alle die Dinge zu werfen, die uns aus dem Nachlaß des Eiszeitmenschen geblieben sind und deren Herstellung einer Zeit angehört, die um etliche Jahrzehntausende vor unserer Zeit liegt und die nach Müller-Brauels gut begründeter Meinung die Zeit war, in der der Mensch zum ersten Male die jungfräuliche Erde unserer engeren lippischen Heimat betrat.

Nachzutragen ist hier noch zu dem Bericht über „Die Entdeckung eines Brandhügelgrabes" bei Langenholzhausen in Nr 199 dieser Zeitung, daß inzwischen 4 Urnenmenschen an drei verschiedenen Stellen des Abraumschuttes gefunden sind. Danach handelt es sich doch um eine Urnenbestattung. Für die zeitliche Orientierung des Grabes bedeutet das jedoch keine wesentliche Aenderung. Der eine Scherben ist ein Randstück. Der Typ ist ganz gleich den Urnen, die der Pflug vor einigen Jahren aus einem ähnlichen Grabhügel am Virborn, 1 Kilometer weiter westlich, im Pferdebruch, ans Tageslicht beförderte. Dieses Grab enthielt 3 grobgebrannte, sehr dickwandige Urnen. Ein Deckelstück zeigt 2 parallellaufende, flache Einkerbungen. An Beigaben konnte s. Zt. nichts festgestellt werden. Eine große Aehnlichkeit dieser beiden Gräberfunde, mit denen von Herrn Schulrat Schwanold im Halberg bei Langenholzhausen gehobenen ist augenscheinlich.

Nachzutragen ist ferner der Fund eines sog. Lederm esserns, etwa einen halben Meter tief unter der Grabsohle in der anstehenden Kiesschicht. Nach Müller-Brauel kommt dieser Werkzeugtyp im ausgehenden Paläolithikum, mehr noch im Mesolithikum, vor. Ob dieses Artefakt mit dem Grab, das einer viel späteren Periode angehört, im Zusammenhang steht, bleibt zweifelhaft. Es ist aber eine häufige Erscheinung, daß günstige Siedlungspläne von vielen Kulturen nacheinander besetzt worden sind. Der Platz am Schierensberg ist von gesteigerter Gunst für Siedlungszwecke, und die scheinbare Zufälligkeit unterläge somit allgemeinem Gesetz der Besiedlung.

Meier-Böke.

Handel und Industrie

wid. Berlin, 14. Okt. Die jüngsten Erklärungen des Reichskanzlers, in denen erneut auf die Stabilität der Währung sowie auf die Sicherstellung der Versorgung für das laufende Wirtschaftsjahr hingewiesen wurde, haben am Produktenmarkt zu einer weiteren Beruhigung geführt. Da andererseits das Mehlgeschäft sich weiter in sehr engen Grenzen hält, traten trotz des nach wie vor geringen Inlandangebotes von Brotgetreide Preisrückgänge ein, die im Promptgeschäft allerdings weniger stark waren als am handelsrechtlichen Lieferungsmarkt. Auf Basis der etwa 2 Mark niedrigeren Gebote waren die Verkäufer nur zögernd zu Abschlüssen bereit, so daß sich die Umsatztätigkeit wieder in engen Bahnen bewegte. Am Lieferungsmarkt setzte Weizen bis 3 Mk., Roggen 2 Mk. schwächer ein. Weizen- und Roggenmehle werden zu unveränderten Preisen angeboten, haben aber nur kleinstes Bedarfsgeschäft. Hafer bei mäßigem Angebot in guten Qualitäten im Einklang mit der Allgemeintendenz eher etwas schwächer. Der Lieferungsmarkt setzte bis 1.75 Mark niedriger ein. Gerste ruhig; für Futterqualitäten besteht einige Kauflust bei stetigen Preisen. Weizen- und Roggenexportscheine lagen etwas matter.

Produktennotierungen

Berlin, 14. Okt. Weizen 213—216, Okt. 226, Dez. 230—228,50, **Roggen** 186—188, Okt. 196—195,75, Dez. 197—196.0, **Braugerste** 159—173, Futter- und Industriegerste 151—158, Hafer 140—148, Dez. 154 Br., Weizenmehl 27.25—32.25, Roggenmehl 26.25 bis 28,75, Weizenkleie 10.20—10.40, Roggenkleie 9.15 bis 9.40, Viktoriaerbsen 20—27, Leinkuchen 13.20 bis 13.40, Sojabohnen 11—11.60.

Bremer Getreidenotierungen.

Bremen, 14. Okt. Weizen, Manitoba I, unverzollt 5.85, do. Hardwinter I, Okt.-Abldg. 5.00, Roggen, Russischer 3.90, Gerste, Donau, unverzollt 3.85, do. Russen, unverzollt 3.95, Weißhafer, Schleswig-Holstein neu, 54 Kg. 8.75, Mais, La Plata 10.25.

Hannoverscher Viehmarkt.

Hannover, 14. Okt. Auf dem heutigen hannoverschen Viehmarkt wurden aufgetrieben: 91 Ochsen, 118 Bullen, 252 Kühe, 112 Färsen, 479 Kälber, 154 Schafe und 2070 Schweine. Der Handel in Schafen war langsam, in sämtlichen übrigen Gattungen sehr schlecht. Es kosteten: Ochsen: a) 30—33, b) 25—29 (für Ochsen wurden am Montag 2 Pfg. mehr bezahlt). Bullen: a) 30—34, b) 25—29, c) 23 (Bullen, ausgesuchte höher; Großvieh und Schweine Ueberstand). Kühe: a) 26—30, b) 20—25, c) 15—19, d) 12—14. Färsen: a) 29—34, b) 25—28. Kälber: a) 48 bis 56, b) 35—45, c) 20—30. Schafe: a) 34—40, b) 25—28, c) 15—20. Schweine: a) 47—48. b) 45—47, c) 40—44, d) 35—39, Sauen 37—40.

(*)

387 Millionen RM. Ausfuhrüberschuß? Wie der „Börsenkurier" wissen will, soll die deutsche Handelsbilanz für September mit einem Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr von nicht weniger als 387 Millionen Mark abschließen. Gegenüber August betrage die Zunahme des Exportüberschusses 65 Millionen Mark.

Frauen und Mädchen sind von Natur aus schöpferisch veranlagt. Sie betonen bewußt ihre persönliche Note in ihrer Kleidung und im Schmucke ihres Heimes; sie suchen die neueste Mode weil sie nicht unmodern erscheinen wollen. Zweckmäßigkeit in Form Farbe und Material bedingen die neue Sachlichkeit, mit der sich auch die Mode, besonders in der Handarbeit, auseinandersetzen muß. In welcher Weise das geschehen kann, lehrt uns das Heft Nr. 164 des Bobach-Verlages, das sich „Entwürfe für kunstgewerbliche Frauenarbeiten" betitelt. Der Autor, Egon Lehnert, ein anerkannter Künstler und Zeichenmethodiker, zeigt hier auf 16 Tafeln, von denen 8 in vielfarbigem Druck wiedergegeben sind die Schönheit und die Vielgestaltigkeit der neuen Frauenhandarbeit. Er weist neue Wege zu Form und Farbe. Der Preis von 2,60 Mark kann mit Rücksicht auf die prachtvolle Ausstattung als niedrig bezeichnet werden. — Ein zweites Heft, das gleichfalls dem Handarbeits- und Werkunterricht dienlich gemacht werden kann, wobei die fertige Arbeit der praktischen Verwendung zugeführt werden soll, betitelt sich: „Der NWK-Bettrahmen und seine Verwendung" (95 Pf.)

Brief-Kasten

A. H. in B. Nr. 130. Wenn der Täter vorsätzlich oder fahrlässig die Gesundheit ihrer Frau verletzt hat, hat er die durch die Verletzung hervorgerufenen Kosten zu erstatten. Ihre Frau kann in angemessenem Rahmen Schmerzensgeld beanspruchen. Der Täter hat, solange Ihre Frau arbeitsunfähig ist, auch den hierdurch entstandenen und noch entstehenden Schaden zu ersetzen.

Vereins- und Versammlungskalender

Kleinkaliber-Schießsport. Gau Lippe. Sonntag 18. Okt., Bandes-Schluß-Schießen in Bielefeld am Schützbusch. Beginn 11 Uhr.

Jungdeutscher Orden. Ballei Lippe. Die Einheiten sind zum Hebräer Bestehen der Ordenskapelle Bielefeld herzlich eingeladen. Am 17. Okt. abds. 8,30 Uhr gemütliches Beisammensein in der „Erholung". Papenmarkt. Am 18. 10. finden um 4 Uhr nachm. und 8 Uhr abends 2 große Fretkonzerte auf dem Johannisberg statt.

Lage. Jungdeutscher Orden. Heute abend 8.30 Uhr Bruderabend im Ordenslokal.

Horn. Jungdeutscher Orden. Brüder- und Schwesternabend Freitag 8.15 Uhr bei Oppermann. Erscheinen Pflicht.

Wirtschaftskrise und ihre Ursachen

Kampf um den Zins

Wer sich unsere heutigen Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse etwas genauer ansieht, kann nicht im Unklaren darüber sein, daß doch irgend eine Ursache bestehen muß, die diese Verhältnisse geschaffen hat. Wäre es richtig, daß allein der Versailler Vertrag, die Tributzahlung die Ursache ist, dann müßte es zum mindesten den Empfängern dieser Zahlungen, den ehemals feindlichen Staaten, prachtvoll gehen. Wir sehen aber auch dort eine immer mehr wachsende Wirtschaftskrise, die in England jetzt zum Regierungswechsel, zum Notkabinett geführt hat. Und bei den Tributzahlungen übersehen wir nur zu leicht, daß von den 112 Milliarden, die uns auferlegt sind, allein 80 Milliarden auf Zinsen entfallen.

Der Zins, richtiger die Zinswirtschaft, ist es denn auch, die uns in die heutige Not gestürzt hat. Das Zinssystem ermöglichte es, den Geldbestand der Welt in die Hände verhältnismäßig weniger Menschen zu bringen, die sich nicht scheuen, das Instrument international anzuwenden. Diese Macht der Geldbeherrscher geht über die einzelnen Landesgrenzen hinaus, verbirgt sich aber geschickt. Die fortschreitende Geldverknappung bei uns, beschleunigt durch die Tributzahlungen, machte die Ware Geld seltener und begehrter, um so mehr konnten die Geldbeherrscher den Zins erhöhen. Ihnen tat es keinen Schaden, daß die Zinserhöhung nicht herauswirtschaftet, sondern nur durch immer neue Schuldenvermehrung getragen werden konnte. Um so mehr wurde ihre Ware Geld begehrt, um so höhere Forderungen Zins konnten sie stellen. In immer steigenderem Maße mußte die deutsche öffentliche und private Wirtschaft sich verschulden. Anfang 1924 ohne Auslandsschulden, genügten 6 Jahre, um eine Schuldenlast von 30 Milliarden zu schaffen. Damit lieferten wir uns dem jederzeitigen Zugriff des Auslandes aus.

Wenn wir die Erkenntnis haben, daß die Ursache allen Uebels der Zins ist, dann können wir uns nicht damit begnügen, uns nur gegen einen überhohen Zins zu wenden, sondern sollten folgerichtig überlegen, ob nicht der Zins überhaupt abzulehnen ist. Und er ist abzulehnen, wenn wir jemals zu anderen, gesünderen Verhältnissen kommen wollen. Natürlich können wir den Zins nicht ablehnen für die nun einmal bestehenden Verpflichtungen. Diese Verpflichtungen müssen wir erfüllen, ob wir wollen oder nicht. Aber wenn wir in unserer eigenen Arbeit den Zins ausschalten, im Inlandverkehr überhaupt diese Erschwernis unseres Lebens fortlassen, dann kommen wir auch so weit, daß wir aus den Ueberschüssen der Arbeit die noch bestehenden Verpflichtungen decken und abtragen können.

Den Zins bekämpfen können wir mit durchaus friedlichen, dennoch scharfen Waffen. Mit den Waffen unseres stahlharten, gemeinsamen Willens und Wollens. Wenn erst einmal weite Kreise die Notwendigkeit erkannt haben, dann ist dieser Wille auch da. Und wenn wir dann das Instrument Zinsfreiheit in größtem Umfange anwenden, dann werden wir auch bald die segensreichen Folgen verspüren. Zinsfreiheit ist Aufbau des Volksvermögens, Zinszahlung schwächt es und unterstützt den Geldverleiher in der Ausbeutung unseres Volkes.

Nötig ist dazu, daß wir den Kredit zinsfrei gestalten. Das können wir, wenn wir die bestehenden Postscheckeinrichtungen zur Postscheck-Bank, zur staatlichen Volksbank erweitern, die nicht nur Ein- und Auszahlungen vornimmt, sondern auch gegen die üblichen Sicherheiten zinsfreien Realkredit, und zwar langfristig, der deutschen Wirtschaft zur Verfügung stellt. Auch eine staatliche Einrichtung kann nicht umsonst arbeiten, ihre Kosten müssen getragen werden von denen, die ihre Dienste in Anspruch nehmen. Aber selbst wenn bis zu 2 Proz. Unkosten genommen würden, wäre immer noch der Kredit gegen die heutigen Verhältnisse fabelhaft billig. Billiger Kredit ist aber die Grundlage des Schaffens. Steht billiger Kredit zur Verfügung, dann kann wieder gebaut werden, die Mieten brauchten nicht höher sein als für bewirtschaftete Altwohnungen. Wird gebaut, dann haben auch die Industrien wieder zu tun, auch das Ziel des schaffenden Menschen, sich ein Eigenheim auf eigener Scholle zu errichten, wäre vielen wieder erreichbar. Und so greift ein Rad ins andere. Es ist nicht schwer, sich vorzustellen, daß die Arbeitslosigkeit dann wieder so herabgehen würde, wie wir es uns heute noch nicht vorstellen können. Mindern oder beseitigen wir gar die Arbeitslosigkeit, dann fällt auf der einen Seite die Notwendigkeit der Aufwendungen für Arbeitslose, Wohlfahrtserwerbslose, Krisenerwerbslose usw., auf der anderen Seite steigen die Staatseinnahmen durch die größere Anzahl Lohnsteuerzahler, vermehrte Steuerabführungen der Wirtschaft usw. Und damit kommen wir folgerichtig zu dem Punkt, wo wir durch Ueberschüsse auch die bestehenden Auslandsverpflichtungen in Form von Arbeitsleistung zu tilgen vermögen.

Darum ist die Postscheckbank, die staatliche Einrichtung für langfristigen zinsfreien Realkredit, zu fordern.

In unserer zinsfreien Bausparbewegung haben wir den hoffnungsvollen Anfang geschaffen. In der kurzen Zeit konnte eine einzelne Bausparkasse (Eigenheimbund Niedersachsen e. V., Hannover) bereits 25,5 Millionen zinsfreies Baugeld durch den gemeinsamen Willen der Mitglieder zusammentragen. Zinslos sparen, zinslos bauen, ist des Volkes Selbstvertrauen.

Wer den Weg zum Aufstieg mitgehen will, schließe sich an.

Ein Filmtitel wird gesucht

Die Nasa sucht für einen großen Skifilm einen geeigneten Titel und wendet sich an alle Filmfreunde mit der Bitte, ihr geeignete Titel in Vorschlag zu bringen. Es handelt sich um einen unter der Regie von Dr. Arnold Fanck hergestellten Film, in dem Leni Riesenstahl, Hannes Schneider, Gustze Lantschner, Walter Rimmel und der 8jährige Lothar Ebersberg mitwirken. Ferner wirken 50 der bedeutendsten Skiläufer mit. Der Film zeigt also an Kühnheit, Tempo, Schönheit und Gefährlichkeit der Leistungen das Tollste, was in diesem Sport vollbracht werden kann.

Der Charakter des Films ist entsprechend dem urigentlichen Wesen des Skilaufens: Fröhlich-harmlos lustig, dabei aber sportlich sensationell.

In der ganz aus dem Bewegungsrausch dieses Sportes selbst herausgewachsenen Handlung spielt die Liebe diesmal keine Rolle, es sei denn die Liebe zu den treuen Brettln oder zum unbeschwerten Austollen körperlicher Lebenslust in Licht, Sonne und Winterluft.

Vorgeschlagen werden folgende Titel: 1. „Das neue Wunder des Schneeschuhs". 2. „Der weiße Rausch". 3. „Wenn der Schnee stäubt". 4. „Das jubelnde Lied". 5. „Spiel im Schnee". 6. „Die weißen Teufel". 7. „Tempo". 8. „Ski Heil".

Jeder Bewerber möge einen dieser Titel auf eine Postkarte mit Absender schreiben und an Regisseur Dr. Arnold Fanck, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 33, senden. Von den Einsendern des am häufigsten vorgeschlagenen Titels erhalten 10 durch das Los zu Bestimmende je ein Exemplar des großen Stilbuchs „Das Wunder des Schneeschuhs", und zwar auch für den Fall, daß dieser Titel doch noch durch einen anderen ersetzt werden sollte. Eine große Zahl weiterer Trostpreise gelangt zur Verteilung.

Jeder Einsender möge aber außerdem noch einen von sich selbst erdachten Titel vorschlagen. Wird dieser Titel gewählt, so erhält der betreffende Einsender einen zweiwöchigen Aufenthalt mit Reise und Skiunterricht in der berühmten Skischule von Hannes Schneider in St. Anton am Arlbe gratis zu einem beliebigen Zeitpunkt des nächsten Winters. Sollte dabei dieser neue Titel von mehreren Einsendern gleichzeitig vorgeschlagen werden, so entscheidet das Los für den ausgesetzten Preis der Gratisreise nach St. Anton, während die anderen Einsender dieses gleichen Titels, und zwar die 10 ersten, als Trostpreis ebenfalls ein Exemplar des „Wunder des Schneeschuhs" erhalten. Schluß der Einsendung bis 25. Oktober 1931. Die Auslosung und Verteilung der Preise erfolgt durch das Preisrichterkollegium, das sich aus folgenden Personen zusammensetzt: Dr. Arnold Fanck, Harry Somal, Hannes Schneider, Paul Nippon (Direktor der Nasa-Film A.-G.), Willy Dittmann (Syndikus der Nasa-Film A.-G.). Die Entscheidung des Preisrichterkollegiums ergeht unter Ausschluß des ordentlichen Rechtsweges endgültig. Die Gewinnverteilung erfolgt unter Aufsicht des Notars Doktor Kurt Liebert.

Sport und Spiel

Westdeutscher Spielverband (Gau Lippe)

Amtliche Mitteilungen. (Nachdruck verboten.)

Liga-Reserven!

Es fehlen Spielberichte vom Spiel Salzkotten — Heidenoldendorf vom 4. 10.; Detmold — Leese vom 11. 10.; Heidenoldendorf — Lieme vom 11. 10. und Solzuflen — Oerlinghausen vom 11. 10. Wenn Berichte nicht bis zum 20. 10. in meinem Besitz sind, wird das Spiel für den Platzverein als verloren gewertet. — Lemgo — Lage neuer Termin auf 18. 12. unter dem gleichen Schirt angesetzt. — Spiel Lage — Bra"- vom 4. 10. kampflos für Lage gewonnen. — Die Spielberichte müssen bis spätestens Dienstag nach dem Spiel in meinem Besitz sein.

Hogrefe.

*

Keine Preiserhöhung für Heidenoldendorf — Detmold

Der Ballspielverein Heidenoldendorf schreibt uns:

Entgegen den umlaufenden Gerüchten, die von einer Erhöhung der Eintrittspreise für Sonntag berichten, teilen wir mit, daß der Eintrittspreis auch zu dem am kommenden Sonntag um 3½ Uhr stattfindenden Meisterschaftsspiel Heidenoldendorf 1 — Detmold 1, wie gewöhnlich, 50 Pfennig beträgt. Erwerbslose zahlen gegen Vorzeigung der Stempelkarte 30 Pfennig.

Der 1000. Göschenband erschien in diesen Tagen. Im Jahre 1889 begann der Verlag Göschen die Reihe dieser kleinen braunen Bändchen mit der Herausgabe von Klopstocks „Oden". Binnen kurzem erweiterte sich der Umfang des Unternehmens, welches in seinen Veröffentlichungen gleichermaßen Geistes- und Naturwissenschaften berücksichtigte.

Geschäftliches

Wenn das Kind schon eigenes Geld hat — — Das ist eine Freude, ein Stolz! Die Kinder interessieren sich deswegen mit Feuereifer für das neue (zweite) Sanella-Preisausschreiben, wo ihnen schöne Preise winken. Aber auch die Erwachsenen haben wenn sie die Aufgabe auf der Sanella-„Glückstüte" lösen. Ausdrücklich auf Preise. — sogar noch höhere als die Kinder. Insgesamt sind 50 000 Mark in bar und 40 000 Sachpreise zu gewinnen. Sanella-„Glückstüten" gibt es in jedem Lebensmittelgeschäft.

*

Kaffee Hag = höchste Auszeichnung. Die Hygiene-Ausstellung in Dresden, welche 2 Jahre dauerte, wurde am 20. September geschlossen. Der Kaffee-Handels-Aktiengesellschaft (Kaffee Hag) wurde für hervorragende Leistungen als höchste Auszeichnung der Ehrenpreis des Reichsministers des Innern verliehen.



Diese Eisenbahn soll verschenkt werden



Die Waldbahn Rupolding—Reit im Winkel,

eine kleine Lokalbahn an der österreichischen Grenze, soll — wie die Bayrische Regierung erklären ließ — verschenkt werden. Der Empfänger soll sogar noch 10 000 Mark dazubekommen, wenn er den Bahnbetrieb weiter aufrecht erhält. Die 23 Klm. lange Bahnstrecke hat sich nämlich, obwohl ihre Tarife das Dreifache der gewöhnlichen Fahrtarife ausmachen, als unrentabel erwiesen.

Der Deutsche Schriftsteller-Verband begeht vom 8. bis 11. Oktober in Wiesbaden, Mainz und Frankfurt a. M. seine 52. Verbandstagung. Prof. Paul Lindenberg spricht am „Abend der Arbeit" über Notgemeinschaften und literarische Stiftungen. Im Stadttheater von Mainz wird eine Gedächtnisfeier für Walter Harlan abgehalten werden.

Das Daheim beginnt seinen 68. Jahrgang. Es ist in der langen Zeit seines Bestehens sich selbst immer treu geblieben: ein wahrer Freund des Volkes, ein aufrechter Kämpfer für das Deutschtum im Reich und außerhalb der Grenzen, ein froher und allezeit hilfsbereiter Sonntagsgast der guten Familie. Dabei hat sich die Zeitschrift jung erhalten, ist immer aufs neue anregend, vielseitig unterhaltsam, frisch fesselnd und farbenfroh. In der ersten Nummer des neuen Jahrgangs beginnt der spannende, abenteuerliche Zeitroman „Minister in Torri" von Hans Winand. Der Verfasser plaudert in einem selbständigen illustrierten Aufsatz über das Ufer des Gardasees, den Schauplatz seines Romans. Auch der übrige Inhalt des Heftes wird dem Daheim zu seiner großen Lesergemeinde viele neue Freunde gewinnen.

Weber's!

Das echte blau-weiße



Generalleutnant Edwin von Stülpnagel,

der bisherige Kommandeur des Wehrkreiskommandos 4 (Sachsen) tritt mit Wirkung vom 31. Oktober in den Ruhestand.

Allgemeiner Reichs-, Historien- und Haushaltungskalender auf das Jahr 1932. Verlag von Gebr. Gerstenberg, Hildesheim 104 Seiten. 50 Pf. — Der im 171. Jahrgang soeben erschienene Gerstenbergsche Kalender zeichnet sich wieder durch seinen abwechslungsreichen und vor allem auch in dem erzählenden Teil unterhaltenden und lehrreichen Text aus, und so empfiehlt sich der weitverbreitete Kalender aufs beste.

Zur Kurzschriftfrage

Detmold, 18. Okt.

Unser Artikel „Nationalstenographie oder Einheitskurzschrift" hat nicht nur einem Herrn K. als auch von dem am gleichen Tage erschienenen „Verein für Deutsche Kurzschrift (Einheitsstenographie)" mit einer Entgegnung beehrt worden. Obwohl die wesentlichsten unserer Behauptungen in diesen Erwiderungen kaum berührt, geschweige denn widerlegt worden sind, möchten wir doch — um Irreführungen vorzubeugen — noch einmal kurz auf die besprochenen Fragen eingehen.

Wir beginnen mit der Entgegnung des Herrn K., der leider seine Nationalstenographie nicht anders zu verteidigen weiß, als daß er die Anhänger der Einheitskurzschrift moralisch herabsetzt. Nach seiner Behauptung gibt es nämlich bei seinen Systemfreunden „nur Idealismus", dagegen spielt bei den Einheitsstenographen „der materielle Vorteil eine große Rolle!"

In unserem aufklärenden Aufsatz halten wir die Beteiligung bei der Tagung der Einheitskurzschriftler 1930 in Berlin mit der der Nationalstenographen 1931 in Detmold verglichen. Als Gegenargument weist Herr K. auf die schlechte Wirtschaftslage hin. Selbst wenn dieser Einwand in diesem Falle stichhaltig wäre, würde er nicht die ungeheuren Größenverhältnisse (weit über 4000 Einheitsstenographen in Berlin, doch nur 10 Nationalstenographen in Detmold!) verwischen. Wenn diese Wettschreiber, wie nun behauptet wird, zumeist nur Mitglieder des Detmolder Vereins gewesen sind, dann ist das ein schlechtes Zeichen für den vielgepriesenen Idealismus der Nationalstenographen. Bei den Einheitsstenographen verkürzt die Entwicklung trotz der schlechten Wirtschaftslage umgekehrt. Es sei z. B. nur darauf hingewiesen, daß sich an der Tagung der Einheitsstenographen der Provinz Hannover im vorigen Jahre etwa 800 Wettschreiber beteiligten, trotz der Verschlimmerung unserer wirtschaftlichen Lage waren es aber bei der diesjährigen Tagung über 1300 Teilnehmer! Dem entspricht natürlich die Entwicklung der einheitskurzschriftlichen Organisationen. Auch der Detmolder Verein für Einheitskurzschrift hat selbstverständlich nicht, wie in einer der Entgegnungen behauptet wird, über Mitgliederschwund zu klagen.

Man muß den Mut bewundern, mit dem dieser Vertreter der Nationalstenographie auf unsere Bemerkungen über die Handelskammerprüfungen eingeht. Er schreibt, daß der Beteiligung der Einheitsstenographen an den amtlichen Handelskammerprüfungen müsse im Verhältnis zu deren großer Mitgliederzahl weit stärker sein. Wenn Sie schon, werter Herr K., die Zahl von 2405 Einheitskurzschriftlern, die im ersten Halbjahr 1931 mit Erfolg die Prüfung bestanden haben, für zu gering halten, wie denken Sie denn dann über die Riesenzahl von elf Atmündern der sog. Deutschen Kurzschrift, die im selben Zeitraum geprüft wurden? Läßt diese geringe Zahl von Prüflingen nicht niederschmetternde Schlußfolgerungen über Ihre Mitgliederzahlen zu?

In der Erwiderung des „Verein für Deutsche Kurzschrift" sucht man dieses Mißverhältnis dadurch zu vertuschen, daß man nach der Zahl derjenigen fragt, welche bei diesen Prüfungen durchgefallen sind. Man behauptet — ohne natürlich auch nur die Spur eines Beweises geben zu können —, daß 60 Proz. der Einheitsstenographen bei diesen Prüfungen nicht bestünden. Das ist eine Behauptung, deren Unrichtigkeit von jeder Handelskammer bestätigt werden wird! Außerdem wird in dieser Entgegnung, die gleiche falsche Behauptung aufgestellt, ¾ aller Einheitsstenographen kamen über die Anfänge des Lernens nicht hinaus; auch für diese Phantasien bleiben aber die Verfasser jeden Schein eines Beweises schuldig.

Auf die langen Ausführungen über die angeblich schwierige Erlernung der Einheitskurzschrift wollen wir hier nicht weiter eingehen. Die Aufstellungen über sog. „Gedächtnisseinheiten" der Einheitskurzschrift und der Nationalstenographie sind nichts als theoretische Spielereien, die für die Praxis des Unterrichts und für die Beurteilung einer Kurzschrift vollkommen wertlos sind. Wenn man tatsächlich die Nationalstenographie in 5—6 Stunden erlernen könnte — wie dort behauptet wird — und damit ein praktischer Stenograph wäre, würde doch kein vernünftiger Mensch sich anderen Systemen zuwenden. Hoffnungsfreudig schreiben die Vertreter der Nationalstenographen, daß ihnen an einem Zeitungskrieg nichts gelegen sei, da sich ihre Ideen trotzdem siegreich durchsetzen würden. Ein gesunder Optimismus ist ja etwas sehr schönes, aber bei diesen Zeilen wird jeder Kenner der kurzschriftlichen Verhältnisse Deutschlands ein Schmunzeln doch nicht unterdrücken können. Seit 1896 bemühen sich die Nationalstenographen um diese Durchsetzung ihrer Ideen — und sie haben diese Ideen immer noch nicht über den Kreis einer kleinen Sekte hinaustragen können. Die deutsche Einheitskurzschrift dagegen ist erst 1924 geschaffen worden und wird trotzdem schon heute von vielen Hunderttausenden benutzt und ist die in Deutschland allein maßgebliche Kurzschrift geworden.

Und damit kommen wir zu unserer wesentlichsten Behauptung. Wir schrieben — um die Bedeutungslosigkeit der Nationalstenographen zu kennzeichnen —, daß den etwa 200 000 organisierten Einheitsstenographen eine Mitgliederzahl der Nationalstenographen gegenüberstände, die mit 6000 sicher noch viel zu hoch gegriffen sei. Da sowohl der entgegnungsfreudige Herr K. wie auch der „Verein für Nationalstenographie" darauf mit keiner Silbe eingegangen sind, können wir diese Zahl wohl als der Wirklichkeit entsprechend betrachten. Und damit erübrigt sich jede Diskussion, erübrigt sich auch jeder Vergleichskurs, der so mutig gefordert wird. Alle theoretischen Erwägungen und methodischen Experimente wie Vergleichskurse usw. sind heute überflüssig, da die Kurzschriftfrage in Deutschland längst gelöst ist. Auf 100 Deutsche welche heute die Einheitskurzschrift erlernen, kommt vielleicht einer, der sich zu seinem Schaden hat verführen lassen, eines der älteren Systeme zu erlernen. Wir widmen unsere Arbeit der Fortbildung seiner 99, die zu uns kamen und nicht dem einen verirrten Schäflein.

Kurzschrift lernen, das heißt heute: Deutsche Einheitskurzschrift erlernen!

Verein für Einheitskurzschrift Detmold.

Schellfisch, 2—4 Pfd., ohne Kopf Pfd. 24 Pf., Grüne Heringe Pfd. 17 Pf.
Filet, fertig zum Braten, Pfd. 38 Pf., Frische Fettbückinge Pfd. 25 Pf.
Vollheringe Stück 5 Pf., 10 Stück 48 Pf.

Clemens Gutberlet

Detmold, Lange Str. 8, Paulinenstr. 21, Fernruf 3281 Lemgo, Mittelstraße 4, Blomberg, Neuetorstraße 11, Steinheim, Marktstr. 10, Schieder 59, Lage, Bergstraße 10, Horn, Mittelstraße 15, Schlangen, Detmolder Straße 276, Bad Salzuflen, Markt 10

Morgen Besuch? Vorher den Boden wachsen mit „Loba" Da werden alle staunen!

Mit Wertmarken!

Zu haben bei: (10044
Fa. Carl Bruns, Lange Str. 76
Fa. Karl Köhler, Drogerie, am Markt
Fa. F. Niederfriedrich, Lange Str. 62

LANDESTHEATER-LICHTSPIELE

Achtung! PREISAUSSCHREIBEN

Wir suchen einen Filmtitel für einen GROSSEN SKI-FILM

Regie: Dr. Arnold Fanck

mit Leni Riefenstahl · Hannes Schneider Gustl Lantschner · Walter Rimmel Rudi Matt · und dem 8jährigen Lothar Ebersberg

Näheres erfahren Sie vom 15. bis 24. 10. In unserem Theater und beachten Sie den Artikel in der heutigen Ausgabe

Anzeigen die nicht tags zuvor bis 2 Uhr nachm. für die am nächsten Morgen erscheinende Ausgabe bei uns eingehen, müssen für die nächstfolg. Ausgabe zurückgestellt werden.

Eigenheimbund Niedersachsen

Große öffentl. Kundgebung

am Sonnabend 8 Uhr im „Neuen Krug"

Bundesleiter M. Schneider spricht über

Rettung durch Erschließung der Kreditenergien der Postscheckbank

Landespräsidium, Behörden, Körperschaften, Gewerkschaften, Verbände u. Vereine sind dazu eingeladen



Sonder-Verkauf

von Donnerstag, den 15. bis einschließl. Montag, den 19. Oktober:

1 Pfd. Kakao stark entölt und 1 hochfeine Kakao-Kanne mit vernickeltem Deckel zusammen nur 1.50 Mk.

Thams & Garfs

Detmold Lange Str. 7, Ruf 2181 — Horn Mittelstr. 53

Bahnhof Schötmar, Freitag von 7½ Uhr ab, Bahnhof Lage, Sonnabend von 9½ Uhr ab
dicke Futterkartoffeln
je Zentner 1,80 Mk. Von 1 Uhr ab außerdem
Saatkartoffeln
in Qualit. u. Sortierung nicht zu übertreffende anerkannte 1. Absaat Modroms Industrie, Odenwälder, Julinieren, Tafel-Königin, Atlanta und Holländ. Erstlinge. (10026
Boat, Detmold, Fernruf 2007

Sie laufen wie ein Wiesel

wenn Sie Ihre Hühneraugen durch 'LEBEWOHL' vertreiben

Hühneraugen-Lebewohl Blechd. (8 Pflaster) 75 Pfg., in Apotheken und Drogerien. Sicher zu haben: Hof-Drogerie R. Heinemann Nachf., K. Windel, Markt-Drog. C. Köhler; in Lage: W. Borsdorf, Kreuz-Drogerie, Lange Str. 92.

Zum Schulbeginn:

Schulbücher
Hefte u. Kladden
Zeichen- und Schreibmaterial
Die beliebten
Schüler-Füllhalter
2.—, 3.—, 3.50 Mk.
Bücherstube der Meyerschen Hofbuchhandlung, Lange Str. 12

Fisch billiger!

Durch Kauf im Spezialgeschäft haben Sie die Gewähr für prima, einwandfreie Qualität und Frische der Ware. Fisch ist kein Lockartikel für Kolonialware!

Schellfisch, ohne Kopf, Pfund 24 Pfg.
Grüne Heringe .... Pfund 18 Pfg.
Filet ..... Pfund 38 Pfg.

Alle anderen Sorten zu den billigsten Tagespreisen. Täglich frische Räucherware aus eigener Räucherung

Fisch-Jürgens Wesermünde-Fischereihafen
Filiale: Detmold, Bruchstr. 31, Ruf 2008

Landestheater

Freitag, 19.45 Uhr
Lustspiel-Neuheit
Das verfl... Geld
von Carl Rößler

Diese Woche extrafeinem
Rinderwurst
Pfund 50 Pf.
Karl Herbst, Bruchstr.

Wer verkauft
Wohn- od. Geschäftsh. Villa, Landwirtschaft, Gasthof u. Baugelände. Sofortige Angebote an P. Melle, Bremen, Göttinghofstraße 30

Ich warne jeden, die beleidigenden Gerüchte über mich weiter zu verbreiten. (10011
Tischler Sommer Herxen

Konfitüren

sowie Pralinen jeder Preislage, Bonbons, Schokoladen, Kekse, lose u. in Geschenkpackungen empfiehlt

Anna Eikermann

Detmold, Paulinenstraße 27a gegenüber der Reform. Stadtkirche.

Beerdigungen

Leichenüberführungen von und nach auswärts. Besorgungen prompt. (2063
Gebr. Fischer, Detmold, Fernruf 2343
am Hermannsweg. — Beerdigungs-Institut und Sarglager

Todesanzeige

Dienstagabend 7 Uhr verschied nach längerem Leiden unsere liebe, stets treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerin und Tante

Witwe
Sophie Heißenberg
geb. Koch

im vollendeten 73. Lebensjahre.

In tiefer Trauer:
Fritz Heißenberg und Frau Johanne geb. Märtens
Karl Heißenberg und Frau Auguste geb. Graf
Sophie Heißenberg und 3 Enkelkinder

Heidenoldendorf, 14. 10. 31.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 17. Okt. 1931, nachmittags 3¼ Uhr, vom Trauerhause, Heidenoldendorf 64, aus statt.

Danksagung

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen sagen wir hierdurch unsern herzlichsten Dank.

Im Namen aller Hinterbliebenen:
Frau Wilhelmine Pivit geb. Brinkmann.

Bad Salzuflen, 14. Okt. 1931.

Lose

zur Preußisch-Süddeutschen Klassen-Lotterie in allen Abschnitten zu haben

A. Reuter, Staatl. Lotterie-Einnahme Detmold, Lange Strasse 87

Steuerzahlung in der Stadt Detmold.

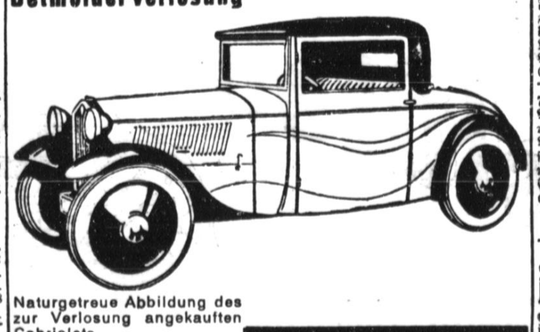
Die Entschuldungssteuerrate für den Monat September ist bis zum 15. d. M. an die Kasse der Stadtkämmerei zu entrichten. Für verspätet eingehende Beträge sind Verzugszuschläge in Höhe von 5 v. H. des Rückstandes für jeden angefangenen halben Monat zu zahlen. Die Anforderung der bereits entstandenen Verzugszuschläge erfolgt schriftlich.

Wir ersuchen die Bürgerschaft hiermit dringend um pünktliche Einzahlung der fälligen Beträge und beschleunigte Erledigung etwaiger Reste. Die äußerst schwierige Finanzlage von Staat und Gemeinden bedingt verschärfte Maßnahmen in der Beitreibung der Rückstände. Stundungsanträgen kann nur bei nachgewiesener Notlage entsprochen werden.

Detmold, den 12. Oktober 1931. (10557
Der Stadtrat.

Ein Auto für zwei Mark

können Sie gewinnen in der am 16. Oktober stattfindenden Ziehung der Detmolder Verlosung



Naturgetreue Abbildung des zur Verlosung angekauften Cabriolets

LOSE das Stück 2 RM. sind zu haben in der Geschäftsstelle der Landes-Zeitung

Tüchtige Leute gesucht

f. den Freistaat Lippe-Detmold zum Vertr. v. leichtverkäufl. Produkt. f. Landwirte, Viehzüchter u. Tierhalter usw. Für einzel. Vertr. bef. zu empfehl. Hoher Verdienst! Schr. Off. unt. Nr. 10624 mit näherer Personalangabe an die Geschäft. der Landesztg.

75 ℳ Gehalt u. 40 % Prov. Best. eingef. Privatverkäufer(in) für d. Vertr. von 2 Vill. Massenartikeln welche nachweisbar 10fache tägl. Ersparn. ein. Werles einbr. gef. (10012
W. Köhler, Ortrand Postfach

Suche f. sof. od. 1. 11. ein tücht., ordentliches
jung. Mädchen
welch. nicht unerfahren in der Küche ist. (10020
Frau Fritz Burre
Konditorei u. Bäckerei Hermannstr. 29

Stütze

zum 1. Nov. d. J. von einem Geschäftshaush. gesucht welche selbständig nähen u. kochen k. Schriftl. Bewerb. mit Gehaltsanspr. unt. Nr. 10614 an d. Geschäft. d. Landeszeitung erbeten

Wirtschaft

mit Kolonialwaren, 1 Scheffel. Garten, gute Gebäude zum Preise von 24 Mille bei 6000 b. 8000 M. Anz. (Rest zu 6%) weg. Krankh. sofort zu verkaufen u. zu übernehmen durch
Pankoke (10016
Leopoldshöhe i. L.

In Detmold am Markt
Laden
nebst Kontor od. Lagerraum zu vermiet. Schr. Off. unt. Nr. 10628 an die Geschäft. der Ldsztg. erb.

Schlafzimmer (eiche gestr.) mit 1 od. 2 Betten, wenig gebr., zu verkaufen oder gegen fettes Schwein einzutauschen gesucht. Dat. Prismenfeldstecher (Busch 8×) preiswert abzugeben. Schr. Off. unter Nr. 10617 an die Geschäft. der Ldsztg. erb.

Vertreter,
welche regelmäßig
Möbelfabriken
(Küchen, Speise-, Herrenzimmer) besuchen u. provisionsweis Verkauf uns. Erzeugn. gesucht. Elberfelder Glas- und Spiegel-Manufaktur Meyerhoff & Denk Wuppertal-Elberfeld

Laden

mit geräum. Werkstatt sofort zu vermieten. Zu erfragen (10144
Krumme Straße 13 prt.

Wohnung

in guter Lage, 3 Zim., Küche, Bad, Balkon u. Zubeh., zum 1. 11. zu vermieten. Schr. Anfr. unter Nr. 10610 an die Geschäft. der Landesztg.

1 oder 2 gut möbl. Zimmer mit Heiz., u. fließ. Wasser sofort zu vermieten. Schriftl. Anfrag. unt. Nr. 10609 an d. Geschäft d. Ldsztg.

2 Zimmer

möbl. od. unmöbliert, zu vermieten. Daselbst 500 RM. geg. Sicherh. zu leihen gesucht. Schr. Angeb. unt. Nr. 10618 an d. Geschäft d. Ldsztg.

Wohnung

3 Zimmer u. Küche v. Ehepaar in den 30er Jahren zu mieten ges. Mögl. Mitte der Stadt. Schr. Angeb. mit Preis unter Nr. 10606 an die Geschäft. der Landesztg.

3000 RM.

auf 1. Hypothek gesucht. Schriftl. Angeb. unter Nr. 10606 an d. Geschäft. der Landeszeitung.

Kunstgemeinde Bad Salzuflen-Schötmar

Montag, 19. Okt., abds. 8 Uhr im Kurtheater

1. Veranstaltung

Gastspiel des Lippischen Landestheaters

„Judith"

Schauspiel in 7 Bild. v. Friedr. Hebbel. Karten für Nichtmitgl. zu M. 2.50, 2.00 u. 1.50 am Spieltage a. d. Theaterkasse

Die Mitglieder werden gebeten, die gezeichneten Platzkarten am Freitag oder Sonnabend während der üblichen Kassenstunden an der Theaterkasse in Empfang zu nehmen.

Bad Salzuflen-Schötmar

Inseraten-Annahme: Geschäftsstelle: Bad Salzuflen, Markt 17 Geschäftsstelle: Schötmar, Markt 4

Ortssatzung

über die Zwangsbeitreibung von Forderungen privatrechtlicher Natur

§ 1.

Auf Grund des § 80 des Gem.V.G. vom 1. Dezember 1927 und des § 1, Absatz 2, des Gesetzes vom 31. März 1931 über die Zulässigkeit des Verwaltungszwangsverfahrens zur Beitreibung von Geldforderungen wird gemäß den Beschlüssen der städtischen Körperschaften bestimmt, daß die Zwangsvollstreckung nachstehender Forderung der Stadtgemeinde Bad Salzuflen, deren Schuldgrund privatrechtlicher Natur ist, nach den Vorschriften der Verordnung vom 25. September 1922 über das Verwaltungszwangsverfahren zur Beitreibung von Geldforderungen und der dazu ergangenen oder noch ergehenden Abänderungen erfolgt:

1. Anerkennungsgebühren;
2. Beträge für Gas und Wasser, Verkauf von Gaskoks und Gaswerbrauchsgegenständen, Kosten für Ausführung von Installationen;
3. Standgeld von Wochen-, Jahr- und Viehmärkten, sowie andere Standgelder;
4. Beträge für geliefertes bzw. gekauftes Brenn- und Nutzholz und sonstige Holzarten, sowie Beträge aus sonstigen städtischen Verkäufen;
5. Mieten und Pachten und sonstiges Entgelt für die Benutzung städtischer Gebäude, Grundstücke, Gewässer und Einrichtungen aller Art, sowie für die seitens der Stadt verpachteten staatlichen Ländereien;
6. Zinsen für städtische Hypotheken einschl. Kaufgeldrest-Hypotheken, Erbbauzinsen, Zinsen für Baudarlehen und aufgewertete Gemeindedarlehen.

§ 2.

Der ordentliche Rechtsweg ist nicht ausgeschlossen.

In jedem Falle, in dem gegenüber der Anforderung von Beträgen im Verwaltungswege der ordentliche Rechtsweg (Feststellungsklage usw.) beschritten wird, ist das Verwaltungszwangsverfahren vorläufig einzustellen.

§ 3

Diese Ortssatzung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung vom 10. 3. 1925 nebst Nachtrag außer Kraft.

Bad Salzuflen, den 12. September 1931.
Der Stadtrat: gez. Breimann, Bürgermeister

Veröffentlicht!
Bad Salzuflen, den 14. Oktober 1931.
Der Stadtrat.

Demnächst erscheint in Volksausgabe für Mk. 8.50
HANS GRIMM
Volk ohne Raum
Bestellungen nimmt entgegen
Georg Schades Buchhandlung
Bad Salzuflen, am Markt

Kochkessel
150—200 Lit., m. Mant. zu kaufen gesucht.
H. Freibergner
Bad Salzuflen
Schlachterei Dirks
Brüderstr. Fernr. 2414

Darlehen
erhalten Sie risikolos u. reell auch ohne Hypotheken b. 8% Proz. Auszahlg. bei 6—8% Proz. Zinsen durch
Aug. Wiegand
Bad Salzuflen
Moltkestraße 11b
Fernruf 3106
Sprechzeit: 9—1 Uhr (auch Sonntags)

Töchterheim Becker
Marburg (Lahn)
Neuerbt. Villa, Hausw. u. gesellschaftl. Ausbild. Bei Anfr. Rückp. erb.

Die Verwaltungsreform in Lippe

Neueinteilung des Landes in zwei Kreise – Nur Detmold, Lemgo und Bad Salzuflen bleiben kreisfrei – Zusammenschluß von Schötmar und Salzuflen – Kompromiß in der Namensfrage – Bestellung von Amtmännern in Blomberg und Schötmar – Nur noch zwei Bezirksfürsorgeverbände – Das Landespräsidium wird zur Landesregierung – Sparmaßnahmen bei der Justiz, aber keine Aufhebung der kleinen Amtsgerichte – Abbau von 20 Lehrkräften – Aenderung des Besoldungs- und Pensionsgesetzes – Uebertragung der Steuerverwaltung auf das Reich

Das Lippische Landespräsidium hat folgende Verordnung erlassen:

Verordnung vom 14. Oktober 1931 zur Sicherung des Landeshaushalts und der Haushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Haushalte von Ländern und Gemeinden vom 24. August 1931 (RGBl. I S. 453) und der dritten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen usw. vom 6. Oktober 1931 (RGBl. I S. 537) wird verordnet:

Erster Teil.

Landes- und Gemeindeverwaltung

Kapitel I.

Aemter (Kreise), Stadtgemeinden.

§ 1.

(1) Es werden vereinigt:

die Aemter Detmold und Blomberg unter Einbeziehung der Städte Lage, Blomberg, Horn und Schwalenberg zum Kreise Detmold mit dem Sitze in Detmold,

die Aemter Brake und Schötmar unter Einbeziehung der Städte Oerlinghausen und Barntrup zum Kreise Lemgo mit dem Sitze in Brake,

die Stadtgemeinde Schötmar mit der Stadtgemeinde Bad Salzuflen. Die neue Stadtgemeinde führt den Namen Bad Salzuflen, der Stadtteil der bisherigen Stadtgemeinde Schötmar die Bezeichnung Bad Salzuflen-Schötmar.

(2) Die Landratsämter in Blomberg und Schötmar sowie die Stadtverwaltung in Schötmar werden als solche aufgehoben.

§ 2.

Die Kreise sind öffentlich-rechtliche Körperschaften zur Verwaltung der ihnen gesetzlich zugewiesenen oder freiwillig von ihnen übernommenen eigenen Angelegenheiten (Selbstverwaltungsangelegenheiten) und der ihnen auf Grund der Gesetze zur Ausführung übertragenen Angelegenheiten des Reichs, des Landes oder anderer öffentlich-rechtlicher Stellen (Auftragsangelegenheiten).

§ 3.

Für die Verwaltungsbezirke der bisherigen Aemter Blomberg und Schötmar wird je ein Amtmann mit dem Sitze in der Stadt Blomberg und der bisherigen Stadt Schötmar bestellt.

Mit den gleichen Aufgaben kann für die Verwaltungsbezirke der bisherigen Aemter Detmold und Brake je ein Beamter bei den Landratsämtern Detmold und Brake beauftragt werden.

Kapitel II.

Bezirksfürsorgeverbände.

(1) Die bisherige Einteilung des Landes in 14 Bezirksfürsorgeverbände wird aufgehoben.

(2) Bezirksfürsorgeverbände sind fortan der Kreis Detmold unter Einbeziehung der Stadt Detmold und der Kreis Lemgo unter Einbeziehung der Städte Lemgo und Bad Salzuflen.

(3) Beide Bezirksfürsorgeverbände bilden fortan den Landesfürsorgeverband Lippe.

Kapitel III.

Bauverwaltung.

Ein Landesbauamt wird aufgehoben.

Kapitel IV.

Landespräsidium (Landesregierung), Regierung.

Das Landespräsidium führt fortan die Bezeichnung „Landesregierung". Die Regierung als obere Verwaltungsbehörde wird aufgehoben. Die Aufgaben der Regierung gehen, soweit sie bestehen bleiben, auf die Landesregierung über.

Soweit durch vorstehende Regelung Bestimmungen der Landesverfassung geändert werden, wird ihre neue Fassung in einer besonderen Verordnung festgelegt.

Kapitel V.

Allgemein.

§ 1.

Die näheren Einzelheiten zur Durchführung der in den vorstehenden Kapiteln enthaltenen Vorschriften, insbesondere auch die Regelung der Zuständigkeiten der Behörden und des Rechtsmittelzuges mit Einschluß des Verwaltungsstreitverfahrens, sowie die Aenderung des Finanzausgleichs bleiben besonderen Verordnungen vorbehalten.

§ 2.

Die Vorschriften dieses Teiles treten mit Wirkung vom 1. April 1932 an in Kraft. Soweit vorbereitende Maßnahmen erforderlich sind, können die Durchführungsbestimmungen (§ 1) schon vorher in Kraft gesetzt werden.

Zweiter Teil.

Gerichtswesen

Kapitel I.

Aenderung des Ausführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz.

§ 1.

In das Ausführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetze vom 24. März 1879 (LV. Bd. 17 S. 574) wird hinter § 5 folgende Vorschrift als § 5a eingefügt:

Mit der zeitweiligen Wahrnehmung richterlicher Geschäfte können außer den Referendaren (§ 2), den Gerichtsassessoren (§§ 3 ff.) und den planmäßigen Richtern auch Richter im Ruhestande beauftragt werden.

§ 2.

Die vorstehende Vorschrift tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 1932 außer Kraft.

Kapitel II.

Sonstige Maßnahmen.

Es werden eingespart

1. beim Landgerichte:
   a) die Stelle des 2. Landgerichtsdirektors als solche,
   b) die Stelle eines Hilfsrichters zum 1. 1. 1932,
   c) die Stelle eines weiteren Hilfsrichters zum 1. 4. 1932;
2. beim Amtsgerichte in Blomberg vom 1. 12. 1931 an das Gehalt einer Richterstelle durch gleichzeitige Uebertragung der Richterstelle beim Amtsgerichte in Horn auf einen der Richter des Amtsgerichts Blomberg (dienstlicher Wohnsitz: Horn).

Dritter Teil.

Schulwesen

Kapitel I.

Volksschule.

Das Lehrpersonal der öffentlichen Volksschulen ist im Laufe des Winterhalbjahres 1931/32 planmäßig zu vermindern mit dem Ziel, bis zum 31. März 1932 die Besoldung für mindestens 20 Lehrkräfte gegenüber dem Stande des Haushaltsjahres 1930 einzusparen.

Zur Durchführung dieser Personalverminderung können Volksschulen ganz oder teilweise zusammengelegt, Schulgemeinden aufgehoben oder anders abgegrenzt werden.

Kapitel II.

Berufsschulen.

§ 1.

Kleinere Berufsschulen sind zur Einsparung von Lehrkräften aufzuheben, soweit die unterrichtliche Versorgung der Schüler durch benachbarte Berufsschulen möglich ist.

§ 2.

Der Lastenausgleich in den Sachkosten der Berufsschulen erfolgt durch besondere Verordnung.

Kapitel III.

Die Vorschriften dieses Teiles treten mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Vierter Teil.

Beamte und Angestellte

Kapitel I.

Besoldung.

§ 1.

Das Besoldungsgesetz vom 10. März 1928 (LV. Bd. 30 S. 507) wird wie folgt geändert:

1. Im § 14 Abs. 4 Ziffer 2 und Abs. 5 ist statt „vierzig Reichsmark" zu setzen: „dreißig Reichsmark".
2. § 19 Absatz 3 wird gestrichen.
3. In der Anlage 3 treten an die Stelle der bisherigen folgende Dienstbezüge der nichtplanmäßigen Beamten:

Beamte, die ihre erste planmäßige Anstellung finden in Besoldungsgruppe	Im 1. und 2. Anwärterdienstjahr, Versorgungsanwärter im 1. Anwärterdienstjahr jährlich RM.	Im 3. und 4. Anwärterdienstjahr, Versorgungsanwärt. im 2. u. 3. Anwärterdienstjahr jährlich RM.	Im 5. Anwärterdienstjahr, Versorgungsanwärter im 4. Anwärterdienstjahr jährlich RM.
A 3a	3400	3950	4400
A 4a u. 4b	2500	2900	3300
A 6	2000	2300	2600
A 7 u. 8	1700	1950	2160
A 9	1500	1680	1850
A 10	1300	1400	1500
A 11	1250	1330	1400

§ 2.

Für die Festsetzung des Vergütungs-Dienstalters sowie des Besoldungsdienstalters der Beamten der Besoldungsgruppe 3a findet § 2 des Kapitels IV vom dritten Teil der 3. Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen usw. vom 6. Oktober 1931 (RGBl. I S. 537) Anwendung.

§ 3.

Die durch die 1. und 2. Gehaltskürzungsverordnung sowie durch die Verordnung des Landespräsidiums vom 14. September 1931 vorgeschriebenen Kürzungen der Bezüge der nichtplanmäßigen Beamten sind an den durch § 1 Nr. 3 und § 2 gesenkten Bezügen vorzunehmen.

§ 4.

Die ledigen Beamten, Lehrpersonen und Angestellten erhalten 70 v. H. des vollen Wohnungsgeldzuschusses.

Die Bezüge der ledigen Wartegeld- und Ruhegehaltsempfänger sind entsprechend neu festzusetzen.

Die Kürzungen nach der 1. und 2. Gehaltskürzungsverordnung sowie der Verordnung des Landespräsidiums vom 14. September 1931 bleiben unberührt; sie sind an dem herabgesetzten Wohnungsgeldzuschuß vorzunehmen.

§ 5.

Die Vorschrift des § 4 gilt auch für die Beamten, Lehrpersonen und Angestellten der Gemeinden (Gemeindeverbände). Die Gemeinden (Gemeindeverbände) sind verpflichtet, mit Wirkung von dem in § 7a und b genannten Zeitpunkte an ihre Besoldungsvorschriften auch mit den übrigen Bestimmungen dieses Kapitels in Uebereinstimmung zu bringen, soweit sie nicht kraft ortsgesetzlicher Vorschriften ohne weiteres erfolgt.

§ 6.

Die in Kapitel V des dritten Teiles der 3. Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen usw. vom 6. Oktober 1931 (RGBl. I S. 537) verordnete Pensionskürzung gilt nicht als Kürzung im Sinne des § 3 Abs. 2 der Verordnung des Landespräsidiums über Gehaltskürzung vom 14. September 1931 (LV. Bd. 31 S. 382). Die Sonderkürzung des Landes bleibt neben der Pensionskürzung bestehen.

§ 7.

Von den Vorschriften dieses Kapitels treten in Kraft:

a) § 1 Nr. 1 und 3 sowie §§ 2 und 3 mit Wirkung vom 1. November 1931 an,
b) § 1 Nr. 2 mit Wirkung vom 1. Oktober 1927 an,
c) § 4 und § 5 Satz 1 mit Wirkung vom 1. November 1931 an,
d) § 5 Satz 2 und § 6 mit dem Tage der Verkündung dieser Verordnung.

Kapitel II.

Sonstige Vorschriften beamtenrechtlicher Art.

§ 1.

§ 6 des Beamtenruhegehaltsgesetzes vom 31. März 1924 (LV. Bd. 28 S. 531) erhält folgende Fassung:

Das Wartegeld der in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamten beträgt 80 v. H. des bei Berechnung des Ruhegehalts zugrunde zu legenden Diensteinkommens. Hat der Beamte zur Zeit seiner einstweiligen Versetzung in den Ruhestand eine ruhegehaltsfähige Dienstzeit von 25 Jahren noch nicht zurückgelegt, so wird das Wartegeld für jedes volle oder angefangene Jahr, das dem Beamten an der Dienstzeit fehlt, um je 2 v. H. des ruhegehaltsfähigen Diensteinkommens geringer bemessen. Das Wartegeld beträgt jedoch wenigstens 50 v. H. dieses Diensteinkommens.

§ 2.

Das Beamtenverhältnis im Staate, in einer Gemeinde (einem Gemeindeverbande) oder einer sonstigen Körperschaft des öffentlichen Rechts wird nur durch Aushändigung einer Urkunde begründet, in der die Worte „unter Berufung in das Beamtenverhältnis" enthalten sind. Die Wirksamkeit der bisher ausgehändigten Anstellungsurkunden wird hierdurch nicht berührt. Die tatsächliche Uebertragung einer mit obrigkeitlichen Funktionen verbundenen Tätigkeit allein begründet die Beamteneigenschaft nicht.

§ 3.

Die Beamten mit Ausnahme der richterlichen Beamten und die Lehrpersonen sind verpflichtet, sofern ihre Planstelle in Wegfall kommt, jedes Amt, das ihrer Vorbildung entspricht, wahrzunehmen, auch wenn es mit einem geringeren Diensteinkommen verbunden ist. Ob im einzelnen Falle die Voraussetzungen zutreffen, entscheidet das Landespräsidium. Die Beamten und Lehrpersonen behalten ihre Amtsbezeichnung und das Diensteinkommen, das sie bezogen hätten, wenn sie in ihrer bisherigen Planstelle verblieben wären. Eine etwa mit der bisherigen Stelle verbundene Aufwands- oder Dienstaufwandentschädigung fällt fort.

§ 4.

Die Vorschriften dieses Kapitels treten mit Wirkung vom 1. November 1931 an in Kraft.

Kapitel III.

Ausführungsbestimmungen.

Der Erlaß von Ausführungsbestimmungen zu den Vorschriften dieses Teiles bleibt vorbehalten.

Fünfter Teil.

Aenderung des Gesetzes über die Ruhelohnkasse und des Spielplatzgesetzes

§ 1.

§ 8 des Gesetzes vom 7. Dezember 1929 über die Ruhelohnkasse des Landes Lippe (LV. Bd. 31 S. 99) erhält den folgenden zweiten Absatz:

Die Leistungen der „Pensions- u. Unterstützungskasse der Lippischen Saline und des Bades Salzuflens" werden auf den Ruhelohn insoweit angerechnet, als dieser zuzüglich jener Leistungen und der auf Grund der Reichsversicherungsordnung bezogenen Rente anderenfalls den tatsächlichen vollen Arbeitsverdienst übersteigen würde.

§ 2.

Die im § 2 des Spielplatzgesetzes vom 28. November 1922 (LV. Bd. 27 S. 906) für die Beschaffung und Einrichtung der Spielplätze bestimmte Frist wird bis zum 31. März 1935 verlängert.

§ 3.

Die Vorschriften dieses Teiles treten mit Wirkung vom 1. November 1931 an in Kraft.

Sechster Teil.

Haushalt und Finanzen

§ 1

Die Verordnung vom 30. Juli 1931 zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden und Gemeindeverbände (LV. Bd. 31 S. 371) wird mit Wirkung vom 1. Juli 1931 an aufgehoben.

§ 2.

Der dem Gesetz vom 15. April 1931 über die Feststellung des Staatshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1931 (LV. Bd. 31 S. 303) beigefügte Staatshaushaltsplan wird, wie aus der Anlage ersichtlich, abgeändert.

Die neuen Beträge für das Rechnungsjahr 1931 erfassen sowohl die bisherigen Istzahlen ab 1. April 1931 wie die für den Rest des Rechnungsjahres geschätzten Einnahmen, desgleichen die nach der augenblicklichen Finanzlage noch zugelassenen Ausgaben.

§ 3.

Die Verwaltung der Grundwert- und der Entschuldungssteuer einschließlich der Zuschläge und Anteile der Gemeinden, Gemeindeverbände und Schulgemeinden soll gemäß § 18 RAO. mit Wirkung vom 1. 4. 1932 den Behörden der Reichsfinanzverwaltung übertragen werden.

§ 4

Die nach Art. 53 der Landesverfassung durch den Landtag abzunehmenden Rechnungen über die Einnahmen und Ausgaben des Landes sollen mit Wirkung vom Rechnungsjahre 1930 der preußischen Oberrechnungskammer in Potsdam zur Prüfung zugeleitet werden.

Die Festlegung der näheren Bestimmungen über die Zuständigkeit der Oberrechnungskammer, das Verfahren sowie den Umfang des vorzulegenden Rechnungsmaterials bleibt einem besonderen Staatsvertrag vorbehalten.

§ 5.

Die Vorschriften dieses Teiles treten, soweit nichts anderes bestimmt ist, mit der Verkündung, § 2 jedoch mit Wirkung vom 1. April 1931 an in Kraft.

Detmold, den 14. Oktober 1931.

Lippisches Landespräsidium.

Drake. Theopold. Dr. Petri.

Staatshaushaltsplan 1931 — Anlage

Ordentlicher Haushalt

Titel	Einnahme	Bisheriger Betrag für das Rechnungsjahr 1931 RM	Neuer Betrag für das Rechnungsjahr 1931 RM
I	Finanzverwaltung	7 930 537	6 740 734
II	Landtag und Allgemeine Verwaltung	255 693	246 383
III	Justizverwaltung	1 047 000	1 047 000
IV	Verwaltung der öffentlichen Arbeiten, Landwirtschaft, Handel und Gewerbe	60 050	54 050
V	Verwaltung der Unterrichts-, Kunstwissenschaftl., Medizinal- und Fürsorge-Angelegenheiten	414 927	412 927
		9 708 207	8 501 094
	Außerdem an Ergänzungsüberweisungen aus § 35 F.A.G. (Nettolandesant.)	535 800	400 000
	Gesamteinnahme	10 244 007	8 901 094
	Ausgabe		
I	Finanzverwaltung	4 101 349	3 522 445
II	Landtag und Allgemeine Verwaltung	1 383 753	1 287 095
III	Justizverwaltung	1 128 128	1 044 104
IV	Verwaltung der öffentlichen Arbeiten, Landwirtschaft, Handel und Gewerbe	696 155	538 469
V	Verwaltung der Unterrichts-, Kunstwissenschaftl., Medizinal- und Fürsorge-Angelegenheiten	3 447 507	3 124 028
	Gesamtausgabe	10 756 892	9 516 141

Die Notverordnung

Eigentlich war das Landespräsidium Anfang September, als die Vorlage über die Verwaltungsreform an den Landtag gelangte — infolge des deutschnationalen Widerstandes kam sie nicht zur parlamentarischen Erledigung — ebenso weit als heute. Im Ersten Teil, Kapitel I, bringt die Notverordnung die Bildung von zwei Kreisen. Dasselbe hatte die September-Vorlage bereits vorgesehen; sie hatte auch die Vereinigung von Schötmar und Salzuflen enthalten. Nicht vorgesehen war die jetzt verordnete Institution von Amtmannern in Schötmar und Blomberg; ihre Einrichtung, wahrscheinlich in besserer Form, wäre aber auf dem leider unmöglich gemachten Wege der Landtagserledigung auch beschlossen worden. Der gesunde Gedanke, die Amtmanns-Aufgaben mit den Verwaltungseinrichtungen der lippischen Städte zu verbinden, Stadt und Land in engere Beziehung zu bringen, ist nicht verwirklicht worden. Vielleicht ist er für eine lange Zeit, vielleicht sogar für immer, begraben. Die aus rein parteipolitischen Gründen betriebene Ausschaltung des Landes ist also auch in diesem Punkt schädlich gewesen.

Mit der Septembervorlage comform geht die Bildung von zwei Bezirksfürsorgeverbänden (statt bislang 14). Neu ist die Bestimmung, daß beide Bezirksfürsorgeverbände fortan den Landesfürsorgeverband bilden.

Auch die Aufhebung eines Landesbauamtes entspricht dem Wortlaut der Septembervorlage. Der Landtag ist leider behindert worden, auf den Sitz der zukünftigen Landesbauämter Einfluß zu nehmen. Ob Blomberg sein Bauamt behalten und dafür ein anderes eingezogen wird, ist eine offene Frage. Man wird die deutschnational-bauernparteiliche Landtagsausschaltung jedenfalls auch in diesem Punkt bedauern müssen.

Das Landespräsidium soll fortan Landesregierung heißen. Mit der Umbenennung treten aber bedeutende politische und Verwaltungsänderungen ein. Denn die Regierung wird als obere Verwaltungsbehörde aufgehoben, und ihre Aufgaben gehen auf das Landespräsidium über. Ueber die verfassungsrechtlichen Bedenken setzt sich die Verordnung mit dem Hinweis auf eine neue Verordnung, der wohl die Aufgabe der Anpassung zufallen wird, hinweg. Wir haben uns seit dem Bestehen der Landesverfassung für ein auf die politischen Zentralaufgaben beschränktes Landespräsidium eingesetzt und gleichzeitig dafür, daß für die Verwaltungsaufgaben eine möglichst selbständige Regierung gebildet werden möchte. Jetzt sollen alle bisherigen Regierungsaufgaben, soweit sie nicht auf die Landräte übergehen, von der Landesregierung, also dem bisherigen Landespräsidium erledigt werden. Die Landesregierung wird sich dabei wahrscheinlich die bisherigen Abteilungsleiter der Regierung als Referenten oder Dezernenten dienstbar machen. Aber der Einfluß und die Verantwortlichkeit der Herren muß, so sehen wir die Dinge, wahrscheinlich zurücktreten. Ob dabei eine Entpolitisierung der Verwaltung erreicht wird, erscheint mindestens zweifelhaft. Auch hier hat sich die Ausschaltung des Landtages als nachteilig erwiesen. Mag sein, daß Zeitennöte und praktische Regierungserfahrungen der Neuregelung einen vernünftigen Inhalt geben. Aber Bedenken vermögen wir nicht zu unterdrücken.

Die Verordnungen über das Gerichtswesen mit immerhin bedeutsamen Einsparungen sind außerordentlich erfreulich. Nicht weniger, daß die fiskalisch-politischen Erwägungen doch dazu geführt haben, die Amtsgerichte in Hohenhausen, Horn und Oerlinghausen am Leben zu erhalten. Der Streit darüber wird ja nun wohl für immer verstummt sein.

Die Verordnung über das Schulwesen bringt keine besondere Aenderungen, und was das Kapitel der Beamten und Angestellten anlangt, so wird darüber von beamten- und besoldungsrechtlich kundiger Seite demnächst das Notwendige gesagt werden.

Im übrigen sei auf den an anderer Stelle abgedruckten Wortlaut der Notverordnung verwiesen.

Das Geld muß rollen!

Nur ein Teil der Abhebungen von Spareinlagen in den letzten Monaten ist durch die wirtschaftliche Krisenlage verursacht; beträchtliche Abhebungen sind ohne wirkliches Bedürfnis erfolgt. Die Verminderung der Einzahlungen vor allem ist nicht Folge der Arbeitslosigkeit und Einkommensverminderung, sondern hauptsächlich einer unbegründeten Psychose. Das Ueberwiegen der Abhebungen über die Einzahlungen ist unerfreulich, weil es die wirtschaftlichen Verhältnisse unnötig kompliziert und erschwert. Hält diese Entwicklung an, so werden die Sparkassen zu einer ausgedehnten Rückziehung der von ihnen gewährten Kredite gezwungen, wodurch gerade die breiten Schichten des wirtschaftlichen Klein- und Mittelstandes betroffen und Arbeits- und Erwerbslosigkeit vermehrt würden. Die Unterstützung durch die Reichsbank kann naturgemäß nur vorübergehend sein.

Die Sparkassen haben die Zahlungskrise des Juli nicht verschuldet, die Sicherheit ihrer Einlagen ist völlig gewährleistet. Inzwischen sind weitere Maßnahmen getroffen worden, freiwillige, wie auf Grund der Notverordnungen, die auch psychologisch das Vertrauen zu den Sparkassen zu fördern geeignet sind. Insbesondere ist eine noch schärfere Trennung der Sparkassen und ihres Vermögens von den öffentlichen Finanzen (der Gemeinden usw.) vorgenommen worden, was um so erfreulicher ist, weil dadurch ein wichtiger Beunruhigungsfaktor mancher Sparerkreise beseitigt worden ist. Gerüchte von einer teilweisen Beschlagnahme von Spareinlagen sind natürlich reiner Unsinn. Noch immer wird auch Unruhe in manche Sparerkreise hineingetragen durch Inflationsfurcht. Die tatsächlichen Verhältnisse beweisen demgegenüber nicht einen Geldüberfluß, sondern eher einen Geldmangel; außerdem ist von den verantwortlichen Stellen in Politik und Wirtschaft wiederholt klar und energisch jede, auch die kleinste Inflation abgelehnt worden. Wie stabil die deutsche Mark ist, zeigt übrigens die Tatsache, daß sie seit der Stabilisierung durch alle Krisen hindurch, auch die letzte, fest geblieben ist — im Gegensatz zu wichtigen, früher nie angezweifelten ausländischen Währungen.

Zu einem guten Teil hängt das Schicksal der deutschen Wirtschaft von der Einsicht und Vernunft der Sparer selbst ab, davon, ob sie durch unnötige Abhebungen und zurückgehaltene Einzahlungen den gesunden Kreislauf des Geldes in der Wirtschaft stören und so Not und Arbeitslosigkeit für alle, auch für sie selbst, vergrößern wollen, oder ob sie wieder in der alten normalen Weise ihr verfügbares Geld einzahlen und nur bei wirtschaftlichem Bedarf abheben. Angst und Panik sind noch nie gute Lehrmeister gewesen. Steigen die Einzahlungen wieder über die Auszahlungen — in vielen Gegenden ist das erfreulicherweise wieder Normalzustand —, so ist jegliche Gefährdung des Zahlungsverkehrs bei den Geldinstituten ausgeschlossen und der entscheidende Schritt im Kampf gegen die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit getan.



Landtagsmehrheit beschließt Dörentrup-Sanierung

Annahme des Ausschußantrages mit 12 gegen 9 Stimmen in namentlicher Abstimmung

Landtagssitzung vom Mittwoch

Präsident Mellies gibt nach Eröffnung der Sitzung verschiedene Eingänge bekannt. Die vom Landespräsidium übersandte Jahresrechnung der Regierung Domänenabteilung für das Jahr 1929 wird dem Rechnungsausschuß überwiesen. Eine Eingabe der Gemeindevorsteher von Erder, Stemmen und Varenholz, betr. Erhaltung des Amtsgerichts Hohenhausen, wird zur Kenntnis genommen, da die Aufhebung dieses Amtsgerichts nicht mehr in Frage kommt. Eine Eingabe des Lippischen Wirteverbandes, betr. Konzessionierung des Flaschenbierhandels, geht an den Hauptausschuß. Die von der Protestversammlung in Schötmar am vergangenen Sonnabend gefaßte und in der Presse bereits veröffentlichte Entschließung wird durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt. Ebenso wird auch eine Eingabe der N.S.D.A.P., betr. Auflösung des Landtages, vom Landtag zur Kenntnis genommen.

Auf der Tagesordnung steht sodann als erster Punkt die Beschlußfassung über Maßnahmen für das Werk Dörentrup. Der Hauptausschuß hat hierzu folgende Anträge vorgelegt:

Der Landtag wolle beschließen:

das Landespräsidium zu ermächtigen, die Hälfte der zur Zeit in staatlichem Besitz befindlichen Anteile an der Dörentrup G. m. b. H. diesem Unternehmen kostenlos zur Verfügung zu stellen;

das Landespräsidium weiter zu ermächtigen, in Erfüllung eines Teiles der früher übernommenen Bürgschaftsverpflichtungen die Bankschulden des Unternehmens in Höhe eines Teilbetrages von 500 000 RM. abzulösen. Die damit entstehende Forderung an das Unternehmen soll zur Rückerwerbung von Anteilen zu pari verwandt werden;

das Landespräsidium ferner zu ermächtigen, bis zu 116 500 RM. Anteile zum Nennwert zurückzuerwerben mit der Auflage, daß die dem Unternehmen damit zufließenden Mittel zur technischen Reorganisation der Betriebsanlagen verwandt werden.

Dem Landtag ist spätestens Ende März 1932 ein Bericht über die Entwicklung des Unternehmens zu erstatten.

Eine zur Erfüllung dieser finanziellen Verpflichtungen erforderliche Anleihe bedarf der Genehmigung des Landtages.

*

Der Landtag wolle erklären:

a) Das Landespräsidium möge seinen Einfluß dahin geltend machen, daß unter sorgfältiger Beobachtung der Marktlage und der technischen Bedingungen des Klinkerwerkes eine Wiederinbetriebnahme dieser Anlage nur dann erfolgt, wenn unter Zugrundelegung der investierten Beträge ein wirtschaftlicher Nutzen verbleibt.

b) Das Landespräsidium möge dahin wirken, daß eine Ergänzung des Aufsichtsrats durch weitere erfahrene Persönlichkeiten stattfindet und für die Verwaltung, den Betrieb und die Einrichtungen der Gesellschaft eine ausschließlich wirtschaftliche Geschäftsleitung gewährleistet bleibt.

c) Mit Rücksicht auf die angespannte Finanzlage des Landes und mit Rücksicht darauf, daß es wünschenswert erscheint, die an den Erzeugnissen des Unternehmens interessierten Kreise weitestgehend an dem Werk zu beteiligen, möge das Landespräsidium zu gegebener Zeit prüfen, ob nicht die Herbeiführung des früher bestandenen Paritätsverhältnisses der augenblicklichen Beteiligungshöhe des Staates vorzuziehen ist.

Abg. Staercke (als Berichterstatter): In einem an den Landtag gerichteten Schreiben des Landespräsidiums vom 5. Oktober d. J. ist der Herr Landtagspräsident um die Einberufung des Landtages zu einer vertraulichen Beratung und Beschlußfassung über die für die Dörentruper Sand- und Thonwerke in Aussicht genommenen Sanierungsmaßnahmen ersucht worden. Es ist in diesem Schreiben zum Ausdruck gebracht, daß sich der Aufsichtsrat des Werkes darüber klar geworden sei, und zwar schon seit längerer Zeit, daß angesichts der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse eine Sanierung des Unternehmens nicht zu umgehen sei, zumal da es nicht gelungen ist, die seinerzeit aufgenommenen schwebenden Kredite in eine feste langfristige Anleihe umzuwandeln.

Der Landtag hat zu diesem Schreiben des Landespräsidiums in drei vertraulichen Sitzungen Stellung genommen. Schließlich ist das fragliche Schreiben des Landespräsidiums dem Hauptausschuß zur weiteren Beratung und zur Fassung eines Beschlusses überwiesen worden. Auf diesen Beschluß des Hauptausschusses, den der Herr Präsident vorhin bekannt gegeben hat, komme ich noch zurück. Daß sich der Landtag als Kommission, also in vertraulicher Beratung, mit den in Rede stehenden Vorgängen beschäftigt hat, erklärt sich aus der Natur der Sache. Die Dörentruper Sand- und Thonwerke, an denen der Staat mit rund 62 Proz. der Anteile beteiligt ist, stellen in diesem Wirtschaftszweig unserer Nationalwirtschaft ein Werk neben vielen anderen dar. Es ist schlechterdings ausgeschlossen, über die finanziellen, wirtschaftlichen und technischen Einzelheiten dieses einen Werkes, über die Interna seiner Sorgen, Schwierigkeiten und Hoffnungen, über seinen Kundenstamm und seine Verkaufsorganisation, über die Absichten der Geschäftsleitung usw. vor den Augen der Werkkonkurrenz zu sprechen, noch mehr, sich über die tatsächlichen oder vermeintlichen Fehler der früheren oder jüngeren Vergangenheit vor dieser Oeffentlichkeit zu verbreiten. Die Tatsache, daß sich der Landtag in drei Sitzungen mit der Materie befaßt hat, mag für das Land ein Beweis dafür sein, daß mit jeder nur wünschenswerten Gründlichkeit alle in Betracht kommenden Fragen beleuchtet sind und die weitere Tatsache, daß sich für den schließlich gefundenen Beschluß eine große Mehrheit des Hauses zusammenzufinden scheint, läßt die Hoffnung begründet erscheinen, daß der Ihnen vom Hauptausschuß vorgeschlagene Beschluß dem Werk zum Vorteil gereichen wird.

Im einzelnen habe ich das folgende zu bemerken:

Die von dem Aufsichtsrat des Werkes vorgeschlagene Sanierung, der übrigens die Gesellschaftsversammlung des Unternehmens einmütig zugestimmt hat, geht nicht zuletzt auf die ungenügende Finanzierung des im Jahre 1927 vom Landtag einstimmig beschlossenen Errichtung des sogenannten Klinkerwerkes zurück. Die verfassungsmäßigen Instanzen haben damals geglaubt, einen Teil der Kosten der Neuerrichtung auf dem Wege der Hereinnahme eines damals gern gegebenen Bankkredits beschaffen zu können. Dieser Kredit wäre nicht sonderlich zu beanstanden gewesen, wenn nicht in der Folgezeit ungünstige Entwicklungen besonderer und allgemeiner Art eingetreten wären. In die Kategorie der ersteren gehörte die bedauerliche Kostenüberschreitung bei dem Bau der Klinkeranlage, in die Kategorie der letzteren, der allgemeinen Entwicklungen, die schon im Jahre 1930 einsetzende und in diesem Jahre sich fast katastrophal fortsetzende welt- und deutschwirtschaftliche Krisis. Wie alle deutschen Unternehmungen, so ist auch Dörentrup nicht davon verschont geblieben. Darüber, wie sehr sich diese allgemeine Ungunst der deutschen und der weltwirtschaftlichen Ereignisse gerade auch auf Dörentrup ungünstig ausgewirkt hat, wurden in den von mir erwähnten Beratungen des Landtages in der Tat gravierende Zahlen angeführt. Ich nenne hier z. B. die deutsche Gießerei-Industrie, für die auch Dörentrup mit seinem ausgezeichneten Material feuerfester Produkte als Lieferantin in Frage kommt. Von etwa 90 000 Beschäftigten in der Gießerei-Industrie waren im Sommer d. J. nur noch 40 000 beschäftigt und in der jüngsten Zeit hat diese Zahl sogar noch um weitere 12 000 Personen nachgelassen. Dieser Rückgang der Industrie hat naturgemäß auf den Absatz der feuerfesten Produkte eingewirkt. Die Glasindustrie, alles, was auf die auch heute noch konkurrenzfreien erstklassigen Quarzsandvorkommen der Dörentruper Werke angewiesen ist, leidet unter der wirtschaftlichen Ungunst der Verhältnisse. Absatzstockungen sind auch auf diesem Gebiet zu verzeichnen. Das Klinkerwerk vor allem fiel in die schwerste Krisenzeit. Seine hochwertigen und im Preise entsprechend liegenden Erzeugnisse fanden, von erfreulichen Absatzerscheinungen der letzten Zeit abgesehen, einen fast zum Erliegen gekommenen Baumarkt; sie stehen vor allem vor der Tatsache der Baubeschränkungen der öffentlichen Hand und der großen Unternehmungen, die in früheren Jahren gerade das hochwertige Dörentruper Klinker- und Plattenmaterial bevorzugt haben.

Ueber alle diese Dinge ist nun in den Beratungen des Landtages freimütig und offen gesprochen worden, und da sie Allgemeinerscheinungen der deutschen Wirtschaft darstellen, durfte ich sie auch in meinem Bericht anführen. Namens des Ausschusses hebe ich sie um deswillen hervor, weil wir jeden Anschein vermeiden wollen, als ob es sich bei den in Rede stehenden Maßnahmen nur um eine Ungunst handeln könnte, die allein das Dörentruper Werk auszuhalten habe. Das ist, wie bemerkt, nicht der Fall. Es ist allerdings in den Landtagsverhandlungen auch nach der technischen und finanzwirtschaftlichen Seite des Dörentruper Werkes hin Kritik geübt worden. Darauf ausführlicher einzugehen, muß ich mir aber aus naheliegenden Gründen versagen, weil auch die kritisch eingestellte Seite des Hauses erklärt hat, daß ihr unbeschadet des grundsätzlichen Standpunktes, der in der Richtung liegt, daß staatswirtschaftliche Beteiligungen an privatwirtschaftlichen Unternehmungen vermieden werden sollten, nichts unerwünschter sei als eine Kritik, die den geschäftlichen und wirtschaftlichen Werksinteressen abträglich sein könne. Auf die grundsätzliche Seite gehe ich noch im anderen Zusammenhange ein.

Die in den Jahren 1927 und 1928 gehegte Hoffnung der Geschäftsleitung, aus den früheren, ich kann fast sagen jahrzehntelang üblich gewesenen Jahreserträgnissen, die Kreditverpflichtungen abdecken zu können, ist aus diesen allgemeinen wirtschaftlichen Krisenentwicklungen heraus nicht in Erfüllung gegangen. Statt der früheren Ueberschüsse schloß das Werk, wie schon in der Oeffentlichkeit bekannt geworden, im Jahre 1930 mit einem erheblichen Fehlbetrag ab. Auch das erste Halbjahr wird mit einem ähnlichen entsprechenden Fehlbetrag abschließen. Was vor 3 Jahren wünschenswert war, ist nunmehr zur dringlichen Notwendigkeit geworden.

Die aus der Erbauung und Kostenüberschreitung des Klinkerwerkes resultierenden Bankverpflichtungen müssen, wenigstens zum größten Teil, abgedeckt werden. Um so dringlicher ist die Sanierung, weil die geldgebenden Kreditinstitute ihrerseits aus der bekannten Lage des Geldmarktes heraus auf eine Zurückführung der Kredite drängen. **Aufsichtsrat und Gesellschaftsversammlung des Werkes haben also entsprechend den hervorgetretenen Notwendigkeiten beschlossen, die Hälfte ihrer Anteile dem Unternehmen kostenlos zur Verfügung zu stellen. Damit werden die Passiva des Unternehmens um rund 1 Million RM. vermindert. Die dem Werk zur Verfügung gestellten hälftigen Anteile sollen aber von den derzeitigen Gesellschaftern zu pari zurückerworben werden können. Würde das im vollen Umfange der dem Werk zur Verfügung gestellten Anteile geschehen, dann würden dem Unternehmen ca. 1 Million RM. zufließen. Von dieser Million RM. würde der größere Teil zur Abdeckung der bestehenden Bankverpflichtungen benutzt werden, ein kleinerer Teil zur unumgänglich notwendigen Verbesserung der Betriebsanlage. Soweit der Staat als Gesellschafter in Frage kommt, würde er dem Unternehmen zunächst 616 000 RM. seiner Anteile kostenlos überlassen und gegen Hergabe derselben Summe diese Anteile dann zurückerwerben.** Das Landespräsidium ist hierzu bereit, ein entsprechender Vorschlag ist an den Landtag gelangt und im Hauptausschuß laut dem vorliegenden Antrag beschlossen worden. Die Privatgesellschafter haben sich dem Beschluß auf kostenlose Zurverfügungstellung der Hälfte der in ihrem Besitz befindlichen Anteile angeschlossen; nur eine geringfügige bislang noch nicht zu erreichen gewesene Zahl von Privatanteilen hat hierzu keine Erklärung abzugeben vermocht. Die Privatgesellschafter, die sich zur kostenlosen Uebereignung der Hälfte ihrer Anteile bereit erklärten, haben jedoch, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, erklärt, daß sie sich bis auf weiteres nicht in der Lage sähen, die für die Rückerwerbung ihrer dem Unternehmen kostenlos zur Verfügung gestellten Anteile erforderlichen Mittel aufzubringen. Das Land ist materiell im Augenblick hierzu auch nicht in der Lage. Bare Geldmittel des Staates für die Rückerwerbung stehen nicht zur Verfügung, und ob sich demnächst eine Anleihe für diese Transaktion herbeiführen läßt, ist ungewiß, sie soll aber versucht werden. Statusmäßig tritt aber eine Entlastung des Unternehmens ein. Der grundsätzliche Beschluß des Landtages auf Rückerwerbung der Anteile wird das Vertrauen der Geldgeber stärken. Das Werk erfährt dadurch kreditmäßig eine Entlastung. Es scheint keinem Zweifel zu unterliegen, daß die Kreditgeber zu dem Unternehmen weiteres Vertrauen gewinnen, um so mehr, weil auch die neue Betriebsleitung dieses Vertrauen gestärkt hat.

Landtag und Hauptausschuß haben mit dem nunmehrigen Leiter des Unternehmens über die zukünftige Handhabung der Geschäfte, über die technischen und kaufmännischen Seiten der Geschäftsführung, eingehende Verhandlungen gepflogen. Nach der einen wie nach der anderen Seite hin haben wir Vertrauen. Wenn nicht in Deutschland und in der Welt alles drunter und drüber geht, wird es auch Dörentrup schaffen. Daß sich der Landtag und der Hauptausschuß eingehend und ernst mit den Dingen beschäftigt haben, geht aus den Beschlüssen der Hauptausschußerklärung hervor. Zunächst ist bezüglich des Klinkerwerkes die Willenserklärung des Hauptausschusses dahin festgelegt, daß eine Wiederinbetriebnahme dieser Anlage nur dann erfolgt, wenn unter Zugrundelegung der investierten Beträge ein wirtschaftlicher Nutzen verbleibt. Dabei hat der Hauptausschuß im Auge, daß eine Wiederingangsetzung des Klinkerwerkes dann unterbleiben soll, wenn unter Zugrundelegung der entstehenden Betriebs- und Handlungsunkosten keine Rente verbleibt. Von diesen Handlungsunkosten würde gegebenenfalls der Betrag der Verzinsung für die Anlage abzusetzen sein. Der Hauptausschuß hat dem Landespräsidium und der Geschäftsleitung dringend empfohlen, trotz aller bestehenden technischen Schwierigkeiten für die einzelnen Abteilungen des Werkes eine Betriebsbuchführung und Erfolgsrechnung dieser verschiedenen Abteilungen durchzuführen. Die Betriebsleitung ihrerseits hat diesen Standpunkt zu dem ihrigen gemacht; sie hat hinzugefügt, daß sich in Sonderheit die Klinkeranlage auf gängige Sorten spezialisieren werde und daß auch die Verkaufsorganisation der Pflege auch der kleinen Bauvorhaben anzupassen sei. Der Hauptausschuß glaubt jedenfalls gewährleistet zu sehen, daß zukünftig auch bezüglich des Klinkerwerkes alles geschehen wird, was weitere Verluste vermeidet.

Daß dem Aufsichtsrat des Unternehmens in den mehrtägigen Verhandlungen Vorwürfe gemacht worden sind, liegt auf der Hand. Ich kann es mir aber versagen, darauf im einzelnen einzugehen. Der Beschluß des Hauptausschusses, daß eine Ergänzung des Aufsichtsrates durch weitere erfahrene Persönlichkeiten stattfindet, und daß für die Verwaltung, den Betrieb und die Einrichtungen der Gesellschaft eine ausschließlich wirtschaftliche Geschäftsleitung gewährleistet bleibt, ist auf diesen Teil der eingehenden Beratungen zurückzuführen; er deckt sich allerdings mit dem in gleicher Richtung gehenden, schon früher erwogenen Plan der beteiligten Stellen, Landespräsidium und Geschäftsleitung.

Der weitere Beschluß, daß das Landespräsidium zu gegebener Zeit prüfen möge, ob nicht die Herbeiführung des früher bestandenen Paritätsverhältnisses der augenblicklichen Beteiligungshöhe des Staates vorzuziehen ist, liegt in der Richtung des staatlichen Zurücktretens aus dem Dörentruper Engagement. Es wurde für wünschenswert gehalten, die an den Erzeugnissen des Unternehmens interessierten Kreise weitestgehend an dem Werk zu beteiligen, auch mit Rücksicht darauf, daß die angespannte Finanzlage des Landes es erfordert. Wenn sich also privatwirtschaftliche Kreise finden, die zu dem Werk und seiner gesicherten Rente Vertrauen haben, dann sollen ihnen die Tore geöffnet werden. Dörentrup stellt in dem Kreise des Quarzsandgeschäfts, des Geschäfts der feuerfesten Produkte und schließlich der Klinker- und Plattenherstellung einen Faktor dar, den die auf diesen Gebieten vorhandenen Industrie ernst zu nehmen hat und der bei Preisbildungen nicht übergangen werden kann.

Der Hauptausschuß hat bei seinen Erklärungen grundsätzliche Betrachtungen zurückgestellt, er hat sich vornehmlich von wirtschaftlichen Gedankengängen und von der Frage, wie dem für das Land wirtschaftlich so bedeutsamen Werk zu helfen sei, leiten lassen. Die wirtschaftliche Bedeutung des Werkes beruht ja nicht in erster Linie auf dem Dividendennutzen des Staates. Dieser Nutzen ist gewiß von Bedeutung und die für das Landesvermögen verantwortlichen Stellen achten ihn nicht gering. Das haben auch Landtag und Hauptausschuß nicht getan. Die wirtschaftliche Bedeutung des Werkes geht aber auch noch nach anderen Richtungen hin. In den Landtagsverhandlungen wurden über die in den Jahren 1924—1931 geleisteten Reichs- und Landessteuern bezeichnende Mitteilungen gemacht. Diese Leistungen erreichten einen Betrag von zirka 625 000 RM. An Gemeindesteuern hat das Werk in diesem Zeitabschnitt über 85 000 RM. aufgebracht und an Gewerbesteuern nahezu 80 000 RM. Die gezahlten Gehälter und Löhne stellen in diesem Zeitabschnitt Millionen-Beträge dar. Daß eine größere Zahl von Gemeinden aus diesen Löhnen und Gehältern starken wirtschaftlichen Nutzen gezogen hat, daß ihr Wohlergehen zum Teil auf diesen Gehältern und Löhnen beruht, steht außer Zweifel.

Bei den ausführlichen Erörterungen sind die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten darüber, ob sich die öffentliche Hand an solchen privatwirtschaftlichen Unternehmungen überhaupt oder in solcher Höhe zu beteiligen hat, natürlich auseinandergeplatzt. Die Minderheit des Landtages ist neben der Kritik im einzelnen, neben der Kritik an den früheren Geschäftsleitungen und an dem Aufsichtsrat, der dem Unternehmen vorsteht, davon ausgegangen, daß sich der Staat besser an solchen Unternehmungen nicht beteilige. Es wurde hervorgehoben, daß sich jede privatwirtschaftliche Unternehmung mit starker öffentlichen Beteiligung bei den nun einmal in Deutschland gegebenen parlamentarischen Einrichtungen jederzeit in der Kritik befinde und daß sich Betrachtungen auch aus parteipolitischen Erwägungen heraus nicht vermeiden ließen. Andererseits wurde hervorgehoben, daß diese staatswirtschaftliche Beteiligung an Dörentrup schon lange vor dem Kriege in der Form des damaligen Domanialbesitzes bestanden habe, daß der Staat dieses Erbe erhalten und ausbauen mußte und daß sich die gegenwärtige Zeit, insonderheit die jetzige Lage des Unternehmens, nicht dazu eigne, theoretische oder grundsätzliche Fragen auszutragen. Jetzt komme es darauf an, dem Werk Sicherheit und Ruhe zu verschaffen.

Der Hauptausschuß hat sich demgemäß darauf beschränkt, die finanziellen Transaktionen zur finanziellen Sanierung des Werkes gut zu heißen und im übrigen darauf, eine wirtschaftliche Geschäftsführung zu wünschen.

Im Auftrage des Hauptausschusses habe ich den Landtag zu bitten, den vorgeschlagenen Entschließungen zuzustimmen.

Abg. Meyer bezweifelt, ob es richtig gewesen sei, die Angelegenheit zunächst unter Ausschluß der Oeffentlichkeit zu verhandeln, denn es handle sich um Gelder sämtlicher Steuerzahler in Lippe, so daß jeder Staatsbürger das Recht haben sollte, über die Verhältnisse in Dörentrup einen Rechenschaftsbericht zu bekommen. Was den Antrag des Hauptausschusses anbelange, so sei zu sagen, daß sich das Werk Dörentrup in einer gewissen Krise befinde. Wer auf dem Standpunkt stehe, daß dem Werk geholfen werden müsse, der müsse auch die Mittel und Wege in den Vordergrund schieben, wie dem Werke zu helfen sei. Dies geschehe aber mit dem vorgelegten Beschluß nicht. Die Kapitalherabsetzung gebe dem Werke nicht die Entlastung. In absehbarer Zeit müsse als nächster Schritt die Wiederaufnahme der Anteile durch die Gesellschafter vor sich gehen. Das Landespräsidium müsse für den Anteil, den der Staat zu übernehmen hat, rechtzeitig den Weg angeben, auf welche Weise die erforderlich werdenden 618 000 Mark zu beschaffen sind. Das sei nicht geschehen. Wenn der Landtag jetzt dem Ausschußantrag zustimme, so werde er in Zukunft nicht mehr frei beschließen können, ob die aufzunehmende Anleihe günstige Bedingungen enthalte, ob der Zinssatz tragbar und die Amortisationsquote richtig bemessen sei, sondern er werde sich in absehbarer Zeit in die Lage versetzt sehen, die erforderlichen Mittel bereitzustellen. Insofern handle der Landtag unter einem gewissen Druck, der heute beschlossen werden solle. Wenn man schon den Weg gehen wolle, den das Landespräsidium vorschlage, dann solle man heute auch dem Landespräsidium die Vollmacht geben, im entscheidenden Augenblick zu handeln. Nach seiner Ansicht werde es kaum möglich sein, daß die Privatgesellschafter ihre Verpflichtungen aushalten könnten. Der Staat werde sich dann wieder in der Notwendigkeit befinden, die Kapitalsbeteiligung auch für den Rest des notwendigen Betrages zu übernehmen. Die Konsequenz des heutigen Beschlusses würde sein, daß das Land einen prozentualen Anteil am Gesellschaftskapital von ca. 80 v. H. in die Hand bekäme. Nach Auffassung seiner politischen Freunde sei dies ein grundsätzlich verkehrter Weg. Ueber die Art der notwendigen Neuinvestierungen seien keine Angaben gemacht worden. Wenn die Geschäftsleitung Anlaß zur Kritik gegeben habe, dann müsse man auch darüber offen sprechen können. Wer im Konkurrenzkampf stehe, müsse wissen, daß er von der Konkurrenz Angriffe auszuhalten habe. Zu dem Ausschußbericht wolle er bemerken, daß die Situation in Dörentrup nicht dadurch entstanden sei, daß ungenügende Mittel zur Verfügung gestellt worden seien, sondern weil über das Maß dessen, was zur Verfügung gestellt wurde, weitere Mittel benötigt wurden. Daß es hierzu habe kommen müssen, sei die Schuld derjenigen, die die Kostenanschläge nicht richtig aufgestellt hätten. Es sei also nur bedingt richtig, wenn man sage, daß die wirtschaftliche Lage den Niedergang von Dörentrup verschuldet habe. Natürlich leide auch Dörentrup unter der allgemeinen wirtschaftlichen Not, man solle aber die allgemeine Wirtschaftslage nicht für alle begangenen Fehler verantwortlich machen, sondern man solle der Wahrheit die Ehre geben. Der dem Landtag vorgelegte Beschluß setze voraus, daß man zu den verantwortlichen Instanzen das nötige Vertrauen habe. Seine Freunde ständen auf dem Standpunkt, daß das erste Erfordernis für eine solche starke Inanspruchnahme des Staates ein Wechsel im Aufsichtsrat sei. Dieses Vertrauen könne seine Partei nicht haben. Wenn das Landespräsidium mit seinen Freunden über alle diese Dinge verhandeln wolle, so wäre das mindeste gewesen, daß die Aufsichtsratsmitglieder ihre Aemter zur Verfügung gestellt hätten. Er glaube auch nicht an die Entwicklung des Werkes, wie sie der Berichterstatter habe durchklingen lassen. Nach seiner Meinung müsse die Sanierung aus dem Werke selbst heraus erfolgen, indem man versuche, einzelne Teile abzustoßen und nur die Teile zu behalten, die, für sich betrachtet, eine gewisse Rente abwerfen. Erst wenn dieser Versuch gemacht sei, hätte das Landespräsidium ein Recht, den Landtag um die Bewilligung weiterer Geldmittel zu ersuchen, wenn sich dann herausstellen sollte, daß die Veräußerung dieser Teile des Werkes unmöglich sei. Man habe von vornherein nicht alle Möglichkeiten für die Sanierung ins Auge gefaßt, sondern nur eine ganz bestimmte Lage als möglich hingestellt. Gegen die Festlegung des Landtages in der Richtung, wie sie das Landespräsidium durch diese Vorlage vornehme, habe er persönlich große Bedenken, daß er den Beschluß unmöglich machen würde, wenn es ihm möglich sei. Er warne aber vor der Beschlußfassung und sei davon überzeugt, daß das Landespräsidium in einem halben Jahr mit neuen Forderungen an den Landtag herantreten werde. Woher die Mittel dann genommen werden sollten, wisse man nicht.

Abg. Scholz ist im Gegensatz zu der Auffassung des Vorredners der Ansicht, daß durch den Beschluß, den der Landtag fassen solle, eine stärkere Beteiligung des Privatkapitals herbeigeführt werde. Wenn er bisher den Maßnahmen des Landespräsidiums bezüglich Dörentrup seine Zustimmung gegeben habe, so sei ihm dies dadurch erleichtert worden, infolge der besonderen Verhältnisse in Dörentrup. Heute hätten sich aber die Dinge geändert und Dörentrup unterscheide sich jetzt in keiner Weise mehr von den sonstigen Betrieben. Der Versuch, eine staatskapitalistische Oase zu schaffen, sei gescheitert. Die Sanierung solle in erster Linie unter dem Grundgedanken der Erhaltung der Rentabilität erfolgen, d. h. also durch Herabsetzung der Lohnsumme. Eine Sanierung auf Kosten der Belegschaft könne er jedoch nicht mitmachen, und aus diesem Grunde werde er gegen den Antrag stimmen.

Mitglied des Landespräsidiums Drake entgegnet sodann auf die Ausführungen der Vorredner und legt im einzelnen die Notwendigkeit zu den zu treffenden Maßnahmen dar. Wenn sich die Möglichkeit bieten sollte, einzelne Teile des Werkes zu veräußern, so würde man dagegen nichts einzuwenden haben, aber angesichts der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse sei die Möglichkeit hierzu vorerst nicht vorhanden. Auch dagegen würde das Landespräsidium nichts einzuwenden haben, wenn ihm eine Vollmacht gegeben werde, nach seiner Verantwortlichkeit zu handeln. Er glaube aber, daß es zweckmäßig sei, die gewählte Formulierung beizubehalten. Er verdenke es keinem Abgeordneten, wenn er glaube, dem Landespräsidium sein Vertrauen nicht schenken zu können, und vielleicht würde er im gleichen Falle ebenso handeln. Eine Kritik sei selbstverständlich gestattet, und dagegen habe niemand etwas einzuwenden gehabt. Das Landespräsidium habe sich nur dagegen gewandt, daß in der Oeffentlichkeit auf die Einzelheiten der Betriebsweise eingegangen worden sei und daß Bemängelungen ausgesprochen worden seien, von denen nicht feststehe, daß sie das Richtige treffen. Eine Fessel für die Zukunft bestehe für den Landtag nicht, ausdrücklich sei in dem Beschluß hineingearbeitet worden, daß es der Wunsch des Hauptausschusses und des Landtages sei, bezüglich der Anleihe seine besondere Genehmigung einzuholen. Dörentrup leide unter der allgemeinen Ungunst der Verhältnisse. Auf die angeblichen oder tatsächlichen Fehler der Vergangenheit wolle er nicht weiter eingehen, er müsse aber betonen, daß die Gesellschafterversammlung und der Aufsichtsrat sich in der ausgiebigsten Weise mit den Dingen beschäftigt hätten und daß einstimmig Entlastung erteilt worden sei. Die Notwendigkeit zu einem Rücktritt des Aufsichtsrates liege in keiner Weise vor.

Abg. Staercke: Meine Ausführungen über die Vorlage des Landespräsidiums habe ich als Berichterstatter gemacht. Ich fühle mich aber veranlaßt, auch noch meinen persönlichen, sachlichen und politischen Standpunkt zu der Angelegenheit zu begründen. Die heutige Situation ist diese, daß alle noch bestehenden Unternehmungen erhalten werden sollten, daß Kreditinstitute, Reich und Land das Aeußerste tun müssen, damit die Produktionsstätten des deutschen Volkes erhalten werden. Diesen Standpunkt mache ich mir zu eigen, ich lehne deshalb auch die Angriffe gegen die im Sommer dieses Jahres verordneten Maßnahmen der Reichsregierung zur Stützung der deutschen Wirtschaft ab. Diesen Standpunkt nehme ich allerdings auch Dörentrup gegenüber ein. Ich habe in den letzten Jahren mancherlei Maßnahmen, die sich um Dörentrup drehten, scharf bekämpft. Ich nehme von diesen Worten nichts zurück. Heute handelt es sich aber in keiner Weise um das, was uns in der Vergangenheit bewegt hat. Heute, wo sich das Werk in Not befindet, verlasse ich es nicht. In tatsächlicher Beziehung ist der heutigen Beschlußfassung des Landtages unterstellt, daß ein Teil der vom Staate gewährten Bürgschaften in feste Kapitalhergaben zur Sanierung des Unternehmens umgewandelt werden sollen. Es handelt sich also in keiner Weise um weitere zusätzliche Kreditverpflichtungen. Würde der Landtag diese Umwandlung heute ablehnen, so setzte er dem äußersten Fall das in Dörentrup festgelegte Landesvermögen schwerer Verlustgefahr aus. Das lehne ich ab. Zweitens handelt es sich für mich darum, daß eine Gewährleistung wirtschaftlicher Grundsätze durch die heutige Landtagsentschließung garantiert wird. Schließlich handelt es sich um die Herbeiführung einer Atmosphäre, in der Dörentrup leben kann und die irgendeiner Konkurrenz die Hoffnung nimmt, daß über das Werk in absehbarer Zeit a tous pri verfügt werden kann. Zuletzt wird meine persönliche Stellung als Abgeordneter von der Erhaltung des Unternehmens diktiert und von der Verantwortlichkeit, wie ich sie dem Landesvermögen gegenüber empfinde. Dabei gebe ich meine grundsätzliche Stellungnahme, die sich in dem vollem Umfange mit den Grundanschauungen meiner Partei deckt, nicht auf. Die Schwäche der parlamentarischen Position in allen privatwirtschaftlichen Betrieben mit mehr oder weniger großer öffentlich-rechtlicher Beteiligung, ist unverkennbar. Das Parlament aller Seiten kennt die Einzelheiten der geschäftlichen Leitung nicht, es vermag keinen bestimmenden Einfluß auszuüben, es ist nicht in der Lage, wie der Privatindustrielle in jedem Augenblick einzugreifen. Ueber Mittel des Staates verfügen Organe, die dem Landtag oder der öffentlich-rechtlichen Stelle nur bedingt verantwortlich sind. Für die Geschäftsleitung solcher Werke besteht die Gefahr, daß sie parteipolitischen Strömungen ausgesetzt ist, daß Konzessionen gemacht werden müssen, die unter strengen Gesichtspunkten privatwirtschaftlich geleiteter Unternehmungen nicht gemacht werden, die sich zu meinem Bedauern in Dörentrup nicht haben vermeiden lassen. Dazu tritt die Gefahr der Kritik solcher Werke in den Parlamenten, die die wirtschaftliche Entwicklung stört. Diese Kritik braucht nicht einmal tendenziös zu sein, sie ist parlamentarisch vielleicht auch notwendig, mindert aber in keiner Weise die damit für das Werk verbundenen Nachteile. Schließlich bin ich der Meinung, daß sich der Staat auf die Verwaltung beschränken soll und daß er die Wirtschaft seinen Bürgern überläßt. Daß mögen Selbstverständlichkeiten sein, aber ich spreche sie auch in diesem Zusammenhange mit Nachdruck aus.

Vizepräs. Meßmann: Nachdem in den Kommissionsberatungen sachlich wohl alles zur Sprache gekommen ist, beschränke ich mich heute auf eine kurze Erklärung zu meiner Abstimmung.

Mit der unentgeltlichen Abtretung der Hälfte der Geschäftsanteile erkläre ich mich einverstanden. Die Realwerte, besonders bei Industrieunternehmungen, sind gesunken und es können daher Abschreibungen der Buchwerte erfolgen.

Gegen die Bereitstellung von 618 000 RM. in der in dem Sanierungsvorschlage vorgesehenen Form habe ich Bedenken, und zwar:

1. Die notwendigen Feststellungen über die zukünftige Rentabilität der einzelnen Betriebsabteilungen des Werkes haben bei der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit von der neuen Geschäftsleitung nicht so eingehend und stichhaltig erfolgen können, wie solches für eine so weitgreifende Vorlage als diese mir notwendig erscheint.

2. Die durch den Staat zunächst zu erwerbenden Neuanteile mit ihren Genußscheinen mindern die Anteile der Privatgesellschafter, die keine Mittel zur Neuerwerbung besitzen, im wirklichen Wert und im Stimmwert auf ein Minimum herab.

3. ist die langjährige Forderung der DVP., diesen Betrieb nach rein privatwirtschaftlichen Einstellungen durchzuführen, auch in Zukunft nicht ganz sichergestellt, wenngleich auch einige Zusagen in dieser Hinsicht in der Vorlage gemacht worden sind.

Bei allem guten Wollen für die Weiterentwicklung des Werkes kann ich aus vorstehenden Gründen für die Vorlage in dieser Form nicht stimmen. Ich habe die Ermächtigung, die gleiche Erklärung auch für meinen Fraktionskollegen Blübaum abzugeben.

Abg. Helms hebt hervor, daß seine Partei von dem Wert der in Dörentrup erzeugten Produkte nach wie vor überzeugt sei und daß von ihnen eine Schädigung des Werkes in keiner Weise beabsichtigt gewesen sei. Wenn sie aber zu scharfen kritischen Betrachtungen gezwungen gewesen wären, so sei es darauf zurückzuführen, daß sie zu den verantwortlichen Instanzen des Werkes, vor allem zum Aufsichtsrat, kein Vertrauen aufbringen könnten. Ueber den Weg könne man verschiedener Meinung sein, aber über das Ziel, dem Werke zu helfen, sei man sich einig. Es handle sich dabei aber um eine Frage des Vertrauens, und dieses Vertrauen könnten sie eben nicht aufbringen. Ob der Staat in der Lage sein werde, eine Anleihe für Dörentrup aufzunehmen, müsse bezweifelt werden. Die Personalunion zwischen der Staatsregierung und dem Aufsichtsrat müsse beseitigt werden. Aus allen diesen Gründen sei seine Partei nicht in der Lage, der Vorlage zuzustimmen. Der Redner beantragt namentliche Abstimmung, damit man nicht diejenigen, die nicht namentlich ihre Zustimmung geben, später für eine Vorlage verantwortlich machen könne, deren Auswirkungen sich noch nicht übersehen ließen.

Nach einer kurzen Erwiderung des Herrn Drake wird die Debatte geschlossen.

Der Antrag des Hauptausschusses wird in namentlicher Abstimmung mit 12 gegen 9 Stimmen angenommen.

Präsident Mellies berichtet sodann noch, daß der Landtag in einer Kommissionstagung die Darlegungen des Landespräsidiums über den gegenwärtigen Stand des Domanialprozesses entgegengenommen habe. Besondere Beschlüsse seien nicht gefaßt und besondere Anträge auch nicht gestellt worden. Damit hat die Sitzung um 11.30 Uhr ihr Ende erreicht. Ein Zeitpunkt für die Wiedereinberufung des Landtages ist noch nicht festgesetzt.

Dörentrup

Wenn in Lippe in den letzten Jahren ein Wort die streitbaren Gemüter aufrüttelte, dann ist es der Name Dörentrup gewesen. Drei Silben nur, aber inhaltschwer und faszinierend! Gestern nun sollte unter die Bilanz ein Schlußstrich gezogen werden. Keine angenehme Aufgabe, wahrhaftig nicht! Aber es mußte geschehen, um Schlimmeres zu verhüten. Auch eine Gläubigerversammlung muß mit dem Mut der Verantwortung beseelt sein. Da aber alle Schärfen dieses heiklen Themas in vertraulichen Sitzungen abgeschleift und auch die politischen Feuerchen mächtig angeblasen waren, so blieb dem Plenum die Sensation erspart. Ueber trockenes Zeug wurde trocken geredet. Investierung, Abschreibung, Aktionäre, Genußscheine — das war für Laien ohne Handelswörterbuch keine delikate Kost. Herr Dr. Fuhrmann, der mit einem Dutzend braunen Jünglingen die erste Zuhörerbank besetzt hielt, langweilte sich entsetzlich. Sie waren wegen anderer Dinge in bunter Uniform erschienen. Die Nationalsozialisten haben nämlich in einem offenen Brief Herrn Drake aufgefordert, endlich vom lippischen Thron zu verschwinden. Auch dem Landtag wurde die seidene Schnur überreicht. Aber er scheint trotz wiederholter Aufforderungen und freundlicher Mahnbriefe absolut keine Neigung dazu zu haben. Der Landtagspräsident war sogar so unhöflich, das Sendschreiben der lippischen Braunhemden nicht einmal zu verlesen. Man hätte doch zu gern Heil und Bravo gerufen! Aber so ganz ohne wollten die uniformierten Zuhörer das hohe Haus doch nicht verlassen. Beim Abgang brüllten 12 muntere Kehlen „Deutschland erwache!", und entgegen allen Schallgesetzen echote es wider „Hitler verrecke!" Eine sonderbare Welt und kurios ihre Bewohner! Was den sachlichen Verlauf der Sitzung anlangt, so ist nichts Sonderliches zu registrieren. Daß Eduard Meyer und Helms nicht mitmachen würden, war vorauszusehen. Daß sich der Kommunist ihnen anschloß, mag Herrn Staercke die Zustimmung erleichtert haben. Gegen das Wirtschaftsunternehmen Dörentrup hatte auch Herr Helms nichts einzuwenden. Im Gegenteil, er ist von der vorzüglichen Qualität seiner Produktion überzeugt. Aber der Kampf gegen Herrn Drake, gegen das politische System, war für ihn ausschlaggebend. Dem Aufsichtsratsvorsitzenden wollte er sein tiefgefühltes Mißtrauen bekunden. Und damit man ihn, Helms, nie wieder anzapfen könne, dokumentierte er dieses Mißtrauen mit einem kräftigen Nein. Nein und Ja erscholl es rechts und links, einmal lauter, dann wieder gedämpfter. Die Neinsager aber blieben in der Minderheit. Dörentrup ist der Weg wieder geebnet. Möge er nun zum Erfolg führen!

mp.

Die Zukunft der lippischen Sparkassen

Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 6. Oktober 1931 enthält im 5. Teil Bestimmungen über Spar- und Girokassen, kommunale Kreditinstitute und Giroverbände sowie Girozentralen, die auch für das lippische Sparkassenwesen von großer Bedeutung sind. Das Landespräsidium hatte die Absicht, die sich aus dieser Notverordnung ergebenden Folgerungen schon jetzt zu ziehen und diese Vorschriften in die lippische Notverordnung einzuarbeiten, um damit zugleich dem Artikel 5 der Notverordnung des Reichspräsidenten zu genügen, wonach die Landesregierungen bis zum 31. März 1932 ermächtigt sind, über die Vorschriften des Artikels 1 hinaus bei den Spar- und Girokassen, den kommunalen Kreditinstituten und Giroverbänden sowie bei den Girozentralen die zu einer zweckmäßigen Gestaltung der Organisation erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Es können hierzu bestehende Satzungen geändert oder neue Satzungen eingeführt werden. Es können ferner Einrichtungen und Anstalten aufgehoben, zusammengelegt und neue gegründet werden. Das Landespräsidium ist dabei an das bestehende Landesrecht nicht gebunden.

Die eingehenden Verhandlungen der letzten Tage mit den Vertretern der Sparkassen und der Gemeinden haben bisher ein allseits befriedigendes Ergebnis nicht gehabt, obgleich man auf allen Seiten eingesehen hat, daß die zur Zeit bestehenden Verhältnisse wesentliche Aenderungen erfahren müssen, damit im Sinne der Reichsnotverordnung und zur Herbeiführung einer einfachen, sparsamen Organisation dieses Kassenwesens nichts unterbleibt, was nunmehr der Erledigung harrt. Das Landespräsidium wird die Verhandlungen baldigst weiterführen und versuchen, sie zum Abschluß zu bringen.

Lipper Land

Schwerer Verkehrsunfall bei Salzuflen

Zwei Personen ins Hoffmannsstift eingeliefert.

Gestern abend gegen 10 Uhr ereignete sich auf der Landstraße Bad Salzuflen — Wüsten ein schwerer Verkehrsunfall. Der 22jährige Metzger Karl Strehle aus Bad Salzuflen, der mit seinem Motorrade vorschriftsmäßig die rechte Straßenseite benutzte, fuhr in der Nähe des Restaurants Moritz ein junges Mädchen an, das sich mit einem jungen Manne auf dem Heimweg nach Bad Salzuflen befand. Bei dem Sturz wurde der Motorradfahrer so schwer verletzt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Er erlitt einen doppelten Schädelbruch. Das junge Mädchen blieb mit einem Beckenbruch auf der Straße liegen. Die sofort herbeigerufenen Aerzte Dr. Brauns und Dr. Roschke ordneten die Ueberführung der Verletzten in das Hoffmannsstift an. Eine einwandfreie Klärung der Schuldfrage war bis Redaktionsschluß noch nicht erfolgt.

Bevorstehende Herbstmärkte des lippischen Südostens

Rischenau, 14. Oktober.

Seit etwa 50 Jahren hat einer der Hauptorte dieses Gebietes, Rischenau, regelmäßig seinen traditionellen Herbstmarkt mit Verlosung durchgeführt, der sich aus den angrenzenden Orten eines regen Besuches erfreute und sich zu einem „Wilbasen" des lippischen Südostens entwickelte. Er findet in diesem Jahre am Donnerstag, dem 22. Oktober, statt. Der landwirtschaftliche Verein dieses Bezirkes hatte beschlossen, auch dieses Jahr eine Verlosung von 3000 Losen zu vertreiben, doch hat man leider wegen der wirtschaftlichen Lage dieses Jahr davon abgesehen. Doch finden die übrigen Veranstaltungen belustigender Art im „Gasthaus zur Post" wie früher statt. Zu diesem Markt hat sich in den letzten Jahren infolge der zielbewußten Bestrebungen seiner Bevölkerung auch der Elbrinxer Herbstmarkt hinzugesellt, der Anfang November stattfindet. Elbrinxen hat es sich nicht nehmen lassen, auch in diesem Jahre eine Verlosung mit dem Markt zu veranstalten, wovon der größte Teil der Lose schon vergeben ist. Da die Hauptherbstarbeiten der Landbevölkerung erledigt sind und beide Märkte Kauf- und Verkaufstage der Bevölkerung, Treffpunkte der Viehhändler und der Landwirte sind, dürften auch diesmal die Märkte ihre bekannte Anziehungskraft nicht verlieren. (19

Erinnerungsschießen der 16. Kompagnie J.-R. 18

(Traditions-Kompagnie des J.-R. 15)

Am letzten Sonnabend veranstaltete die Traditionskompagnie zum ersten Male ein Erinnerungsschießen. Sämtliche Unteroffiziere und Stammannschaften der 16. Komp. hatten sich um 2 Uhr auf dem Hiddeser Bent eingefunden. Der Hauptmann, Freiherr von Luisenthal und Oberfähnrich Lorenz hatten es sich nicht nehmen lassen, ebenfalls an diesem Schießen teilzunehmen. Von den ehemaligen 15ern war der Bundesvorsitzende, Freiherr von Blomberg, und einige Herren aus Bielefeld und Detmold anwesend. Der Bund ehemaliger 15er hatte eine goldene Herrenuhr, 1 Seitengewehr und einige andere wertvolle Preise gestiftet. Den ersten Preis errang mit 123 Ringen der Unteroffizier Lübkemann, den 2. Preis der Gefreite Teigelkamp. Auch die ehemaligen 15er, an der Spitze Oberstleutnant von Blomberg, haben auf einer Ehrenscheibe ihr Schießglück wieder versucht. Die Ehrenscheibe haben ein Bielefelder Herr und Kamerad Lohrmann aus Detmold bekommen.

Am Abend fand in der Kaserne 2 ein gemütliches Beisammensein statt. Zu dieser Feier waren erschienen Herr Oberstleutnant Vetter, Herr Hauptmann von Luisenthal und der Adjutant des Bataillons, Herr Oberleutnant Rolte. Herr Freiherr von Blomberg nahm die Preisverteilung vor. Herr Hauptmann von Luisenthal dankte im Namen der Traditionskompagnie für die der Kompagnie gestifteten Geschenke. Er hoffte, daß im nächsten Jahre sich noch mehr ehemalige 15er an diesem Preisschießen beteiligen würden. Im Namen der Gäste dankte Kamerad Cremer für die freundliche Einladung. Er betonte in seiner Ansprache, daß derartige Veranstaltungen die Brücke schlugen zwischen der alten Armee und der neuen Reichswehr. Wenn sich auch viel geändert hätte, eins ist dasselbe geblieben, und das ist die Kameradschaft und die Liebe zu unserem Vaterlande. Sein Hoch galt der 16. Komp. J.-R. 18. Musikalische und sonstige Darbietungen verschönerten die schöne und schlichte Feier.

— **Zeichnungen** auf die 4½prozentige, auf Feingold gestellte, steuerfreie Reichsbahnanteile 1931 nehmen außer den Banken und Reichsbahn-Hauptkassen auch Reichsbahn-Stationskassen größerer Orte, u. a. die in Detmold, entgegen.

„Drei Mann in einem Boot"

Mit dieser schönen Ueberschrift hatte die „Tageszeitung" in ihrer Sonnabend-Ausgabe heftige Angriffe insbesondere gegen die Wirtschaftspolitik des Landespräsidiums gerichtet. Wir haben bereits am Sonntag ausführlich dazu Stellung genommen. Gestern nun veröffentlicht jenes Blatt eine Gegenerklärung des Landespräsidiums, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Es heißt darin:

Unter der Ueberschrift „Drei Mann in einem Boot" wird in der Tages-Zeitung eine Fülle von unrichtigen Behauptungen aufgestellt, denen nur in folgenden Punkten entgegengetreten werden soll:

1. Es wird behauptet, die regierende Landtagsmehrheit habe dank einer ungemein kurzsichtigen Wirtschaft und Staatspolitik den Staat illiquide gemacht. Der Staat habe sich mit großen Mitteln an Wesertal beteiligt, er habe die Extertalbahn mitgebaut, er habe mehr als 2 Millionen in Bad Salzuflen, ähnliche Beträge in Bad Meinberg investiert, er habe sein Grundvermögen auch sonst vergrößert (Schwaghof, Altendonop), vom Steinbruch in Vallentrup, von der Holzverkohlung und von ähnlichen erst recht verfehlten Experimenten ganz zu schweigen.

Wahr ist demgegenüber, daß nicht die „regierende Mehrheit", sondern der Landtag in seiner Gesamtheit mit Einschluß der deutschnationalen Fraktion folgenden Investierungen und Beteiligungen zugestimmt hat:

a) der Beteiligung an der Wesertal G. m. b. H.;
b) der Begründung der Extertalbahn A.-G. mit einer lippischen Beteiligung von rund 900 000 Reichsmark;
c) dem Ausbau des Bades Salzuflen;
d) dem Ausbau des Bades Meinberg;
e) dem Ankauf des Rittergutes Altendonop;
f) dem Ankauf des Schwaghofes;
g) der Beteiligung an dem Basaltwerk Niedersachsen zu Adelebsen;
h) der Beteiligung von rund 400 000 RM. Landesanteil für das Klinkerwerk in Dörentrup;
i) der Bewilligung von 15 000 RM. zum Ausbau der Silbermühle;
k) dem Ankauf von Pesag-Aktien im Betrage von 100 000 RM.;
l) dem Ankauf von Grundstücken im Bad Meinberg;
m) der Erbauung der Wandelhallen in Bad Salzuflen und Meinberg, wobei der Landtag einstimmig die Anforderung des Landespräsidiums um 40 000 RM. erhöht hat;
n) der Bereitstellung von 3 Millionen RM. für Notstandsarbeiten und die Ausgabe von Schatzanweisungen;
o) den Erweiterungsbauten des Landkrankenhauses und dem Grunderwerb dazu (Piderit);
p) den außerordentlichen Aufwendungen für die Landesstraßen;
q) der Bereitstellung von 300 000 RM. zu einer außerordentlichen Förderung des Wohnungsbaues;
r) dem Ankauf des Gutes Niederhaus in Spork;
s) dem Ankauf von 90 000 RM. Aktien des Bades Meinberg

und so weiter. In einer Reihe dieser Fälle hat die deutschnationale Fraktion des Landtages ihrer Zustimmung außer durch die Abstimmung noch durch besondere Erklärungen Ausdruck gegeben, so auch beim Extertalbahnbau, wo die Verbesserung der Vorlage ausdrücklich anerkannt wurde, und beim Ankauf des Hotels Fürstenhof in Bad Salzuflen, wo der deutschnationale Berichterstatter wie in einigen anderen Fällen die Zustimmung unter Hinweis auf den einstimmigen Beschluß des Hauptausschusses empfahl.

Diese einstimmigen Bewilligungen reichen bis ins Jahr 1929 und 1930. Von da an hat das Landespräsidium aus Rücksicht auf die Finanzlage selber größte Zurückhaltung geübt und den außerordentlichen Haushalt fast ganz gestrichen.

2. Die sogenannten Fehlinvestierungen, die fast ausnahmslos die Zustimmung der deutschnationalen Landtagsfraktion gefunden haben, haben die Staatskasse nicht illiquide gemacht. Die Schwierigkeiten in der Kassenlage bestehen leider in Lippe ebenso wie in den andern deutschen Ländern. Sie sind zurückzuführen darauf, daß die Reichssteuern in diesem Jahre fast 1¼ Million RM. weniger erbringen, Landessteuern und Betriebseinnahmen ebenfalls rund 200 000 bis 300 000 RM. weniger, und darauf, daß kurzfristige Kredite, die der Landesbank von außerhalb gegeben waren, zurückgezogen wurden. Der größte Teil der direkten und indirekten Landesschulden ist durch Geld gedeckt, das die Landesbank nicht aufgebracht hat. Die Zinsenlast beträgt nicht das Vielfache der Abstriche an den Beamtengehältern, sondern nur einen geringen Bruchteil dieser Abstrichsumme.

3. Es ist unrichtig, daß das Landespräsidium nichts getan habe, der Schwierigkeiten rechtzeitig Herr zu werden. Seit zwei Jahren sind fortgesetzt Einsparungen verfügt worden, seit einem Jahre in einem Maße, das von andern Ländern nicht übertroffen ist. Außerdem sind durch die Bemühungen des Landespräsidiums 2 Millionen RM. feste langfristige Kredite erst vor vier Monaten, also gerade vor Toresschluß, hereingebracht worden.

4. Die Behauptung, daß der Landesbank ihre Hauptaufgabe der Kreditgewährung an Private entzogen worden sei und die daran geknüpften Folgerungen müssen besonders scharf zurückgewiesen werden. Nach der Satzung der im Jahre 1915 unter der Fürstlichen Regierung begründeten Landesbank hat sie in erster, zweiter, dritter und vierter Linie, also zunächst, Darlehns- und Kreditgeschäfte mit dem Staat und den Gemeinden zu machen. Diese Aufgabe hat sie immer in erster Linie wahrgenommen. Wenn die Landesbank heute Privatkapitalien kündigen muß, so hängt das mit der allgemeinen Wirtschaftslage und mit den ihr gegenüber ausgesprochenen Kündigungen zusammen. Dem Staat, der in weitem Maße sogar auf die Hilfe der Landesbank verzichtet hat, kann man ebensowenig eine Schuld beimessen, wie etwa der Privatkundschaft.

Die Bemerkung, daß der Staat durch seine Maßnahmen die Landesbank in die Zwangslage gebracht habe, den Kredit an Private einzuschränken, und daß sich die Geschäftsleute dafür beim Landespräsidium bedanken möchten, richtet sich selbst.

Aus dieser Richtigstellung ziehen die Deutschnationalen für sich die Konsequenz, daß sie es sich überlegen **werden, „ob es für die Zukunft nicht richtiger ist, auch den kleinsten Antrag des Landespräsidiums um Bereitstellung von Mitteln grundsätzlich abzulehnen, um** später nicht Gefahr zu **laufen, daß ihre Zustimmung** zu diesen oder jenen **Beträgen ausgenutzt wird**, die Regierungspolitik **des Landespräsidiums zu decken**".

Diese Konsequenz mag, mit deutschnationalen Augen gesehen, durchaus richtig sein. **Die Tatsache der Mitverantwortung für die oben angeführten Investierungen und Beteiligungen aber kann nicht aus der Welt geschafft werden.**

Detmold

— **Ihren 85. Geburtstag** feiert heute eine der ältesten Leserinnen der „Landes-Zeitung", Frau Wwe. Hellwig, Bahlhauser Straße 55. Der noch sehr rüstigen Greisin unsere herzlichsten Glückwünsche!

— **Die Einwohnerschaft soll entscheiden.** Das Städt. Verkehrsamt hat in dem Schaufenster des Photographen Beckmann im Rosental drei Plakatentwürfe ausgestellt, und zwar ein Detmold-Plakat und zwei Teutoburger Wald-Plakate. Die drei Plakate sind unter Verwendung von Photographien des Photographen Beckmann von dem Künstler Herbert Bayer der internationalen Reklamegesellschaft Dorland, Berlin, hergestellt woden; es besteht die Absicht, das eine oder andere Plakat für Zwecke der Förderung des Fremdenverkehrs zu verwenden. Kleinere Momente, die in den Skizzen noch nicht gelöst sind, würden bei der Ausführung der Plakate zu einer endgültigen Wirkung gebracht. Welcher der beiden Teutoburger Wald-Plakatentwürfe am wirkungsvollsten ist, soll die Detmolder Bevölkerung entscheiden. Die beiden Plakate, um die es sich handelt, sind mit Nr. 1 und 2 versehen. Wer Interesse daran hat, wird gebeten, bis Montag nächster Woche dem Städt. Verkehrsamt, Rathaus Zimmer 6 a, mitzuteilen, welchem der beiden Plakate der Vorzug zu geben ist. Es soll möglichst das Plakat zur Ausführung kommen, das die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Für diejenigen, die sich für dieses Plakat entschieden haben, sind fünf Preise ausgesetzt, und zwar Landschaftsaufnahmen, die von dem Photographen Beckmann dem Städt. Verkehrsamt geliefert werden. Die Gewinner werden ausgelost. Die Auslosung erfolgt unter Aufsicht des Städt. Verkehrsamtes und unter Ausschluß irgend welcher Rechtsansprüche.

— **Bildungsverein.** Zu dem heutigen Konzert der Frau Professor Lula Mysz-Gmeiner im Landestheater sei bemerkt, daß es pünktlich 8.15 Uhr beginnt, daß noch Karten für die Plätze 3. Rang 1 Mk., 2. Rang 2 Mk. und sonst 3 Mk. zu haben sind.

— **Eine nationalsozialistische Kundgebung** fand gestern abend auf dem Marktplatz statt. Vorher machte die Detmolder SA. einen Propagandamarsch durch die Straßen, wobei mittels eines großen Megaphons „alle Proleten, Betrogenen und Mittelständler" zu der Kundgebung eingeladen wurden. Von der Rathaustreppe sprachen dann Dr. Fuhrmann und Bracht-Schötmar über die Zielsetzung der lippischen Nationalsozialisten. Die Kundgebung verlief ohne Zwischenfälle.

— **Der Hausfrauenbund** bietet seinen Mitgliedern einen besonders interessanten Abend. **Am Dienstag, 20. Oktober, wird Frau Sauerländer aus Hiddesen im Gesellschaftshaus abends 8 Uhr über ihre Reiseeindrücke in Palästina ihren ersten Vortrag mit Lichtbildern halten. Sie wird von den Stätten des Heiligen Landes, von Galiläa und dem See Genezareth erzählen, was sie dort während eines längeren Aufenthaltes persönlich gesehen und erlebt hat. Zur Deckung der Unkosten wird für Mitglieder** und deren Angehörige das kleine Eintrittsgeld von 30 Pfg. erhoben, denn auch für unsere Männer wird der Vortrag wertvoll sein. Nichtmitglieder zahlen 50 Pfg. Die neue Schwesterngruppe aus Lemgo hat ihren Besuch zugesagt.

— **Der Filmkurier über „Das verfl . . . Geld"** Es ist von bedeutendem Interesse, den „Filmkurier", den schärfsten Kritiker des Theaters, über „Das verfl . . . Geld" zu hören: „Das beste Erfolgsrezept für Bühne und Tonfilm lautet: Lustspiel mit Gefühls-Appeal. Filmbeispiel: „Die Privatsekretärin". Jüngstes Bühnenbeispiel: Carl Rößlers kürzlich geborenes Geisteskind. Filmautoren attackiert nicht nur das Zwerchfell, sondern auch die Seele. Wenn ihr nicht wißt, wie's gemacht wird, seht euch dieses neue Stück an. Geht in euch und gesteht, daß euch dieser verfl . . . gerissene Bühnen-Routinier Rößler um Längen voraus liegt" — und dieses neue Lustspiel „Das verfl . . . Geld" von Carl Rößler, dem Verfasser der „Fünf Frankfurter", das so hoch eingeschätzt wird und sogar der „Privatsekretärin" vorgezogen wird, geht morgen, Freitag, 19.45 Uhr, im Landestheater in Szene, als erste Premiere in Deutschland nach der Berliner Uraufführung, womit wieder einmal die Direktion dem Detmolder Publikum die Kenntnis eines erfolgreichen Werkes in allerkürzester Frist vermittelt.

— **Kapelle Landgraf im Kaffee Brinkmann.** Seit dem 1. Oktober konzertiert in unserem führenden Konzertkaffee die Dortmunder Kapelle Landgraf mit größtem künstlerischen Erfolge. Herr Kapellmeister Landgraf, der längere Zeit in großen Kur- und städt. Orchestern am 1. Pult tätig gewesen, ist nicht nur ein Primgeiger von Rang; er beherrscht auch mit gleicher Virtuosität das Saxophon und versteht es mit seinem wohlklingenden, gutgeschulten Bariton, sich in die Herzen der Hörer einzufingen. Da auch die anderen 4 Herren seines Ensembles tüchtige Künstler auf ihren Instrumenten sind und ein tadelloses Zusammenspiel bieten, kommen sowohl die Konzertmusik wie auch die neuzeitlichen Schlager und Tanzmusik in hervorragender Weise zu Gehör. Es würde von den Musikfreunden gewiß dankbar anerkannt werden, wenn die Donnerstag-Sonderabende, die bisher größte Anziehung ausübten, von dieser Kapelle wieder aufgenommen würden.

— **Auf dem Fundbüro** (Zimmer Nr. 14 des Rathauses) sind folgende Gegenstände gemeldet worden: Gefunden: Geldbörse, Achsenbüchse, Damenuhr, Handtasche, Schürze, Brennschere, Taschenlampe, Handschuhe, Paket, Schuhe, Kindermütze, Schere, Uhr, Trauring, Brille, Luftpumpe, Mantel. — Verloren: Brosche, Geldbörse, Geldschein, Handtasche, Uhr, Kette.

Bad Salzuflen

— **Von der Salzufler Kunstgemeinde.** Die Einzeichnungen in die vorgelegten Mitgliederlisten sind nunmehr soweit vorgeschritten, daß nur noch wenige Plätze zur Verfügung stehen, die voraussichtlich auch noch besetzt werden dürften, sodaß selbst in dieser schweren Zeit eine recht erfreuliche Beteiligung an dieser echt volkstümlichen und idealen Zwecken dienenden Vereinigung der heimischen Kunstfreunde zu konstatieren ist. Alle, die sich als Mitglieder angemeldet haben, werden gebeten, ihre Karten am Freitag und Sonnabend an der Theaterkasse abzuholen, die zu den gewohnten Zeiten geöffnet sein wird. Um Irrtümer und Weiterungen zu vermeiden, empfiehlt es sich, diese Termine nicht zu versäumen und dafür zu sorgen, daß am Abend der als erste Veranstaltung vorgesehenen Aufführung von Hebbels „Judith" im Kassenbetrieb keine störenden Stockungen eintreten. Jeder sehe also zu, daß er schon vorher im Besitze seiner Karten ist und helfe an seinem Teil, daß die unumgänglich notwendigen Vorbereitungen reibungslos erledigt werden.

— **Kunstgemeinde Bad Salzuflen-Schötmar.** Die Mitglieder seien darauf aufmerksam gemacht, daß die bestellten Mitgliedskarten am Freitag oder Sonnabend an der Theaterkasse abgeholt werden müssen. Als erste Veranstaltung am Montag, 19. Okt., wird ein Gastspiel des Lipp. Landestheaters Detmold geboten. Zur Aufführung gelangt Friedrich Hebbels wirksames Schauspiel „Judith".

— **Vom Film in Bad Salzuflen.** Eine abenteuerliche Geschichte aus dem Leben eines jungen Mädchens, das Hände anderer Menschen solange pfleglich behandelt, bis es diejenige eines phantastisch reichen und sehr lieben jungen Mannes so fest hält, daß es zur Heirat kommt. Mit dem puritanisch strengen Vater und älteren Bruder des Ehemannes aber gibt es Konflikte, die schließlich nach allerlei betrüblichen Zwischenfällen und Auseinandersetzungen anscheinend glücklich gelöst werden. Wenigstens sieht man am Ende ein selig sich umarmendes Paar und einen versöhnten Schwiegerpapa, während die bange Frage, was mit dem grollenden Bruder werden soll, offen gelassen wird. Aber trotz dieser und anderer Schwächen in Aufbau und Entwicklung der Handlung ist das Werk schon durch die mitwirkenden Darsteller zu beachtlicher künstlerischer Qualität gehoben, so daß es mit Recht als sehenswert bezeichnet werden kann. Camilla Horn spielt ihre Rolle mit großem Geschick und leiht der äußeren Oberfläche, die selbstmurmelnd auch bei ihr die Hauptsache bleibt, einen nicht zu verachtenden inneren Wert. Mit ihr macht sich durch wohldurchdachtes und ansprechendes Spiel Willy Clever um den guten Eindruck des Ganzen verdient. Viel Ernst und charakteristische Vertiefung bringt Leopold v. Ledebour für die Rolle des einfach und gerade denkenden gestrengen Vaters auf, und auch Oskau Marion beweist, daß eine lebenswahre, von jeglicher Übertreibung freie Darstellung des von unversöhnlichem Haß gegen den weiblichen Eindringling in den Frieden der Familie erfüllten Bruders ihm von Anfang bis Ende am Herzen lag. Im Ganzen viel Licht und viel Schatten, wie es beim Film nun einmal nicht anders geht, aber doch Grund genug, das Gute aufrichtig anzuerkennen und den Besuch der Kammer-Lichtspiele zu empfehlen.

Schötmar

— **Ein Fiasko** erlebte am Dienstag der Tannenbergbund, der in Schötmar eine öffentliche Versammlung einberufen hatte. Kaum ein halbes Dutzend Zuhörer war erschienen. Dessen ungeachtet entwickelte aber der Referent die Ideen des Tannenbergbundes, der unter Führung Ludendorff's den Kampf gegen Jude, Jesuit und Freimaurer für die Rettung Deutschlands propagiert. Damit will man aber die Spaltung des religiösen Teils unseres Volkes und dadurch konsequenterweise den Kulturkampf, eine Absicht, die insbesondere unter Hinweis auf die schon tief eingegriffene politische Zerrissenheit unseres Volkes abgelehnt werden muß. [27

— **Eile mit Weile!** Ein überhastiger Radfahrer sauste gestern mittag gegen 12 Uhr gegen die auf dem Marktplatz aufgestellte Litfaßsäule, nachdem er vorher in rasendem Tempo einem Fuhrwerk knapp ausgewichen war. Das Vorderrad des Fahrrades wurde völlig zertrümmert, so daß der Bedauernswerte sein Vehikel schultern mußte, um es so nach Hause zu befördern. [27

Lage

— **Eine Bitte des Stadtbauamtes.** In dem vom Städtischen Bauamt erstatteten Bericht heißt es: Im Frühjahr stiftete Herr Gärtnermeister Beermann eine größere Anzahl in seinem Betriebe nicht mehr zu verwendender Dahlienknollen. Die Dahlien haben in der Grünfläche an der Schötmarschen Straße manchen Vorübergehenden erfreut. Herrn Beermann gebührt öffentlicher Dank für diese Spende. Wir sind aber überzeugt, daß jetzt im Herbst mancher Blütenstaudengarten von überstarkem Wuchs befreit wird. Die freiwerdenden Stauden wandern auf die Schutthaufen. Bei der Ausgedehntheit unserer öffentlichen Anlagen, vor allem infolge der Knappheit der Mittel kann der Blumenschmuck der Anlage nicht so sein, wie solches wohl wünschenswert wäre. Könnten diese überflüssigen Stauden nicht ganz gut zur Freude aller in den öffentlichen Anlagen weiterwachsen? Unsere Bitte geht daher dahin, uns Kenntnis zu geben, wenn derartige Stauden beseitigt werden, wir haben immer Verwendung dafür und sind gern bereit, sie abzuholen. (23

Oerlinghausen

— **Wer hat die Losnummer 2864?** Nachdem nun der zweitägige Kirmestrubel, durch keinen Zwischenfall gestört, vorüber ist, verläuft das Leben in unserer Bergstadt wieder in dem gewohnten Gleise. Mit großem Interesse wartet man noch auf den Besitzer der Losnummer 2864, der der glückliche Gewinner des 300-Mark-Preises geworden ist und bis zur Stunde noch kein Lebenszeichen von sich gegeben hat. Man nimmt an, daß das Los nach Asemissen gekommen ist, so daß also dort aller Wahrscheinlichkeit nach Fortunas Günstling zu finden sein wird. Das fette Schwein entfiel auf die Nr. 2358, während sich der Besitzer des Loses Nr. 3116 einer schönen Standuhr erfreuen darf. Wie in den vergangenen Jahren, so hatte sich der Schutzverband für Handel und Gewerbe auch in diesem Jahre bemüht, die Verlosung recht reichhaltig auszugestalten, um viel Freude spenden zu können. [50

— **Silberne Hochzeit** feierten am Dienstag die Eheleute Ludwig Hellkamp und Frau, Holter Straße. Nachträglich herzliche Glückwünsche! [50

— **Die Reihe der Alten!** Am Montag konnte Herr August Elges, Landerweg 10, in bemerkenswerter geistiger und körperlicher Frische seinen 82. Geburtstag begehen. — Am Mittwoch feierte Wwe. Johanne Windmann, Detmolder Straße, ihren 77. Geburtstag. — Küfer Simon Diekmann, Gehrenberg, konnte am gleichen Tage auf seinen 76. Geburtstag zurückblicken. Allen Geburtstagskindern unsere herzlichsten Glückwünsche! [50

— **Sitzung des Schöffengerichts.** In der am Mittwoch vormittag stattgefundenen Sitzung des Schöffengerichts standen vier Sachen zur Verhandlung. In drei Fällen zogen die Angeklagten ihren Antrag auf gerichtliche Entscheidung vor Eintritt in die Hauptverhandlung zurück. Der frühere Eisenwarenhändler u. jetzige Versicherungsagent St. aus Oerlinghausen war der Unterschlagung beschuldigt, weil er Versicherungsgelder eingezogen und für sich verbraucht hatte. Das Urteil lautete auf 300 RM. Geldstrafe. [50

Horn

— **Schwindler und Diebe** waren hier in den letzten Tagen wieder am Werk. Wie in Bad Salzuflen, so versuchte auch hier ein junger Mann sich Vorschuß auf angeblich äußerst günstige Kaffeelieferungen zu erschwindeln. Sein sicheres und gewandtes Auftreten bringt die Menschen leicht in Versuchung; es seien daher besonders die Frauen vor ihm gewarnt. — Vor dem Schlafengehen erinnerte sich eine Hausfrau, daß die am Tage zum Trocknen aufgehängte Wäsche versehentlich noch nicht abgenommen war. Um Dieben keine Gelegenheit zu geben, sollte die Wäsche noch schnell ins Haus geholt werden. Doch wie groß war der Schrecken, als man feststellte, daß bereits zwei gute Oberhemden des Hausherrn gestohlen waren. Von den Dieben hat man nichts wieder gesehen, ebenso nicht von den Oberhemden. [14

— **Ein Streit** ist zwischen der Reichspost und der Pesag entstanden. In den Fernsprechleitungen nach Detmold und Paderborn empfindet die Reichspost störende Geräusche, die angeblich durch Maschinen und Stromleitungen der Pesag entstehen sollen. In Detmold sollen ähnliche Störungen bestanden haben, die jedoch nach dem von der Pesag vorgenommenen Einbau von sogenannten Wellenfängern beseitigt wurden. Vertreter beider Parteien weilten mit Sachverständigen vorgestern hier und nahmen an Ort und Stelle Besichtigungen vor. Am oberen Tor und an der Detmolder Straße hatte die Reichspost Prüfstellen eingerichtet. Die Prüfungen sollten auch während der Nacht erfolgen. [14

Alte Hansestadt Lemgo

— **Eine Erwerbslosenversammlung**, an der sich etwa 200 Personen beteiligten, fand gestern nachmittag in der Jugendherberge am Kastanienwall statt. Nach einer Aussprache über die Winterbeihilfe wurde eine Kommission gewählt, die heute morgen beim Bürgermeister Gräfer wegen Kohlen- und Kartoffelbelieferungen vorstellig werden soll. [50

Schwalenberg

— **Unglücksfall.** Auf einem in der Nachbarschaft liegenden Hofe wurde ein Knecht durch einen Hufschlag eines Pferdes so schwer im Gesicht verletzt, daß der Bedauernswerte dem Landeskrankenhaus zugeführt werden mußte.

Erklärung

In der kürzlich stattgefundenen Generalversammlung der „Liviag" hat eine mir in Sachen dieser Gesellschaft gegnerisch eingestellte Persönlichkeit aus einem vertraulichen Geschäftsbriefe von mir Äußerungen verlesen, die sich auf Herrn Oberbürgermeister Dr. Peters bezogen, — obwohl diese Jahre zurückliegenden Äußerungen mit der zur Verhandlung stehenden Sache nichts zu tun hatten.

Das Urteil über die Gesinnung, aus der dieses undelikate Verfahren hervorging, durfte ich den auf Anstand haltenden Zeugen des Vorganges überlassen, solange dieser innerhalb des Rahmens einer privaten Versammlung blieb.

Inzwischen haben sich, soweit mir bekannt geworden, zwei Zeitungen des Vorganges bemächtigt, zu Zwecken, die mir fremd und unbekannt sind. Das veranlaßt mich — und, wie ich ausdrücklich bemerke, ohne jede Anregung von außen, — zu erklären, daß die verlesenen Äußerungen längst gegenstandslos geworden sind und daß ich im Laufe einer mehrjährigen Mitarbeit auf einem Teilgebiet der dem Herrn Oberbürgermeister obliegenden Aufgaben, nach anfänglichen Differenzen, seine Tätigkeit hochschätzen gelernt habe.

Otto Neumann-Hofer.

Erläuterungen zur Notverordnung

Das Landespräsidium hatte gestern nachmittag die Vertreter der lippischen Presse zu einer Konferenz eingeladen, um ihnen einige Erläuterungen der neuen Notverordnung zu geben. Außer Herrn Drake nahm auch Herr Oberregierungsrat Dr. Petri an dieser Besprechung teil, zu der sich die Pressevertreter in einer bisher noch niemals beobachteten Anzahl eingefunden hatten.

Herr Drake erinnerte zunächst daran, daß die seinerzeit dem Landtag unterbreitete Vorlage zurückgezogen wurde, weil keine Möglichkeit bestand, sie gemeinsam mit dem Landtag zu verabschieden. Die in der Öffentlichkeit aufgeworfene Frage, warum keine schnelle Erledigung der Dinge auf dem Verordnungswege erfolgt sei, beantwortete Herr Drake mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, die einzelnen Punkte vorher sorgfältig zu prüfen, namentlich hinsichtlich ihrer Rechtsbeständigkeit. Außerdem mußte die Veröffentlichung der Reichsnotverordnung abgewartet werden. Die Absicht war, durch Herbeiführung einer geschlossenen Verwaltung und einer Entlastung der oberen und obersten Verwaltungsstellen Ersparnisse zu erzielen und starke und leistungsfähige Verbände zu schaffen. Das geschieht durch die Neueinteilung des Landes in zwei Kreise nach preußischem Muster. Auf diese Weise soll das im Jahre 1927 mit der neuen Gemeindeverfassung begonnene Werk vollendet werden. Dabei war eine gewisse Beschneidung des Instanzenzuges nicht zu vermeiden. Die Grundlage der Reform ist die Reichsnotverordnung. Die Frage der Rechtsbeständigkeit ist genau geprüft worden. Die getroffenen Feststellungen haben jedoch ergeben, daß ein Zweifel nicht besteht und daß das Landespräsidium also tatsächlich befugt ist, die beabsichtigten Eingriffe vorzunehmen, nachdem der Landtag keine Geneigtheit bekundet habe, dabei mitzuwirken. In dem einen Punkt der Verlängerung der Aufrückungssperre hat das Landespräsidium jedoch gewisse Bedenken gehabt. Bekanntlich hat Preußen eine entsprechende Bestimmung wieder aufgehoben, nachdem das Reich diese Bestimmung in seine Verordnung nicht aufgenommen hat. Das Landespräsidium hat sich der Einsicht nicht verschlossen, daß in diesem Punkte vielleicht ein Zweifel bezüglich der Rechtsbeständigkeit vorliegt und darum darauf verzichtet, eine solche Bestimmung in die Notverordnung aufzunehmen. Auf andere von Preußen beschlossene Minderungen der Bezüge und Rechte der Beamten habe es aber Rücksicht nehmen müssen. Es hegt jedoch die Hoffnung, daß in einer hoffentlich nicht allzu fernen Zeit diese Minderungen wieder aufgehoben werden können.

Anhang: Erläuterungen zur Notverordnung.

Herr Drake ging sodann zu einer Erläuterung der einzelnen Teile der Verordnung über. Die bekanntlich in der dem Landtag unterbreiteten Vorlage geplante Vereinigung von Lemgo und Brake ist nicht weiter verfolgt worden, weil die zwischen beiden Gemeinden aufgenommenen Verhandlungen noch nicht zu einem Abschluß gekommen sind. Beide Gemeinden haben Wert darauf gelegt, zunächst abzuwarten, ob nicht ein freiwilliger Zusammenschluß zustande kommen kann. Bei Salzuflen und Schötmar lagen die Dinge aber so, daß ein Zusammenschluß erfolgen konnte. Bezüglich des Namens der neuen Stadtgemeinde soll den Wünschen Schötmars insofern entsprochen werden, daß der Stadtteil Schötmar die Bezeichnung „Bad Salzuflen-Schötmar" erhält. Ein wichtiger Punkt ist, daß den Bewohnern der abgelegenen Landesteile durch die Bestellung von Amtmännern entgegengekommen wird, die in gewissen Angelegenheiten (Fürsorge u. Polizei) funktionelle Verrichtungen erledigen sollen. Die Entscheidung darüber, welches Landesbauamt aufgehoben wird, ist noch nicht gefallen. Von der viel besprochenen und vielerorts befürchteten Aufhebung der kleinen Amtsgerichte wurde abgesehen, weil eine nennenswerte Ersparnis dabei nicht herauskommt, zumal da die Nachteile für die Bevölkerung viel größer sein würden. Die übrigen Einzelheiten der Verordnung ergeben sich aus dem an anderer Stelle veröffentlichten authentischen Text.

Was die durch die Maßnahmen erzielten Einsparungen betrifft, so läßt sich ein rechnerischer Überblick im einzelnen nicht geben, zumal da die Bestimmungen erst im Laufe der nächsten Monate durchgeführt werden. Immerhin wird eine nicht unerhebliche Ersparnis erwartet, die praktisch jedoch erst im nächstjährigen Etat in die Erscheinung treten wird. Bei der Justizverwaltung rechnet man mit einer Ersparnis von 20 000 RM., bei der Schule mit einer solchen von rund 150 000 RM. Erwähnt mag noch werden, daß die Eichamtsgeschäfte auf die zuständigen preußischen Stellen übertragen werden.

Herr Oberregierungsrat Dr. Petri ergänzte die Ausführungen noch nach der einen und anderen Seite, worauf beide Herren noch eine Reihe von Fragen aus dem Kreise der Pressevertreter beantworteten.

Und zum letzten!

Sind Zuschläge zur Bürgersteuer tragbar?

Als ich die gestrigen Ausführungen des Stadtverordneten K. gelesen hatte, habe ich mir die Frage vorgelegt, ob es überhaupt noch einen Zweck habe, darauf zu erwidern, und die Leser dieser Zeitung in Anspruch zu nehmen. Ich will ganz offen gestehen, daß ich zu einer erneuten Entgegnung anfänglich keine besondere Lust und Neigung verspürte, weil ich mir sagte, daß zwischen meiner Auffassung über die Verantwortlichkeit der Oeffentlichkeit gegenüber und der des Herrn K. ein so grundlegender Unterschied besteht, daß dieser durch eine bloße Diskussion in der Presse nicht aus der Welt geschafft wird.

Lediglich der Umstand, daß Herr K. nicht irgend eine x-beliebige Persönlichkeit ist, sondern als Stadtverordneter der Stadt Detmold und, wenn ich nicht irre, als Vorsitzender der Demokratischen Partei des Landes, in der Oeffentlichkeit steht, gibt mir Veranlassung, noch einmal in aller Kürze darzutun, worauf es mir bei meiner ersten Entgegnung am wesentlichen ankam.

Für die Tragbarkeit der Zuschläge zur Bürgersteuer hat Herr Oberbürgermeister Dr. Peters einwandfreies Zahlenmaterial beigebracht. Ich sagte schon, daß dieses Zahlenmaterial nicht willkürlich gegriffen sei, sondern anhand von Einkommens- und Steuerlisten genauestens festgestellt und errechnet sei. Es ist ganz ausgeschlossen, daß ein Mann wie Dr. Peters in seiner Stellung mit falschen und unrichtigen Zahlen operiert oder operieren könnte. Dieses Zahlenmaterial muß also solange als feststehend und beweiskräftig gelten, bis es durch andere Beweismittel, die das Gegenteil erhärten sollen, umgestoßen wird.

Herr K. verwendet zwar auch Zahlen, er spricht von einem Jahresaufkommen von 2000 Mk., oder von Monatseinkommen von 100, 150 Mk. oder weniger, aber in einer solch losen Verbindung und Zusammenhanglosigkeit gegenüber der Beweisführung des Oberbürgermeisters, daß mit diesen Zahlen beim besten Willen nichts gegen die Behauptung von Dr. Peters anzufangen ist. Es müßte meines Erachtens doch auch Herrn K. möglich sein, klipp und klar nachzuweisen, wie hoch heute die kleinen und mittleren Einkommen liegen, und daß für diese eine Belastung mit der Bürgersteuer nicht tragbar ist.

Ein Bürgersteuerbetrag von 18 Mk. pro Jahr bedeutet pro Tag knapp 5 Pfg. Sollten diese 5 Pfg. in Zeiten außerordentlicher Notstände, in denen es gilt, Millionen von erwerbslosen Volksgenossen über den Winter hinwegzubringen, für diejenigen, die noch im Erwerbs- und Berufsleben stehen, selbst nur bei einem Monatseinkommen von 150 Mk. wirklich untragbar sein?

Für die von Dr. Peters angegebenen Beispiele, und nur die standen ja zur Debatte, trifft das jedenfalls nicht zu. Das muß jeder objektiv denkende Mensch, der Verallgemeinerungen nicht liebt, ohne weiteres zugeben.

Gegenüber diesem Zahlenmaterial von Dr. Peters behauptet Herr K. auch gestern wieder:

> **„Der Herr Oberbürgermeister hat zwar mit Zahlen operiert, diese Zahlen sind aber in fast allen Fällen nicht zutreffend. Es hat also keinen Zweck, solches Zahlenmaterial als Grundlage zu benutzen."**

Gegen eine solche Argumentation verschlägt alle Logik. Ich will es mir daher versagen, dagegen noch besonders zu polemisieren. Ich glaube aber, es dem Urteil der Oeffentlichkeit überlassen zu können, zu prüfen, welcher Beweisführung der Vorzug zu geben ist, der des Herrn K. oder der des Oberbürgermeisters Dr. Peters.

Meine Bemerkung über die Mitteilung der Bewilligung einer Summe von 500 Mark für die Nothilfe der Stadt Detmold durch die Detmolder Schützengesellschaft bezog sich auf einen Vorgang nach der in Frage stehenden Stadtverordnetensitzung, bei dem ein hervorragendes Mitglied der Schützengesellschaft seiner Verwunderung darüber Ausdruck gab, daß eine Mitteilung in solch verbindlicher Form gegeben werden konnte, ohne daß eine entsprechende Beschlußfassung darüber vorlag. Ich wollte mit meinem Hinweis lediglich die Problematik von Behauptungen herausstellen, die nicht ohne weiteres kontrollierbar sind. Wenn die Dinge aber so liegen, wie sie Herr K. gestern dargestellt hat, stehe ich nicht an, zu erklären, daß sie dann in dem Rahmen meiner ersten Entgegnung gern entbehrt werden können.

Nicht aber trifft das zu auf meine Ausführungen über die Stellungnahme Ks. in der Stadtv.-Versammlung gelegentlich der Beratungen über die Bürger- und Biersteuer. **Damals erklärte Herr K., daß er zwar kein Freund neuer Steuern sei, daß er sich aber davon habe überzeugen lassen, daß die Stadt die Steuern nicht entbehren könne. Er habe den Mut, der Bürgerschaft gegenüber auch unpopuläre Steuern zu vertreten aus dem Gefühl der Verantwortung heraus, die für jeden Stadtverordneten maßgebend sein müsse.**

> Und wie sah dieser Mut zur Verantwortung 5 Minuten später aus? Herr K. enthielt sich der Stimme!

Ich bleibe auch heute noch dabei, daß dieser Vorgang in der Stadtv.-Versammlung damals allgemeine Heiterkeit auslöste, die sich auch in der Presse jener Tage widerspiegelte.

Wenn man auch über viele Dinge im öffentlichen Leben verschiedener Meinung sein kann, so sollte man sich doch in gewissen Grundsätzlichkeiten über Verantwortung, Widerlegung von Behauptungen usw. nicht allzu weit von einer für alle verbindlichen Norm entfernen, wenn man im öffentlichen Leben steht und mehr wie sonst der Kritik unterworfen ist.

Civis.

Ein Blick ins Wetter

Wetteraussichten für den 15. und 16. Oktober.

Am 15. Okt.: Frische abflauende nordwestliche nach West rückdrehende Winde; heiter, tags wolkig; noch vereinzelte Schauer; Mittagstemperaturen bis 12 Grad.

Am 16. Okt.: Schwache westliche Winde, Nachtfrost; tags heiter bis wolkig; Mittagstemperaturen um 12 Grad.

*

Witterungsübersicht vom 14. Oktober 1931.

Starker Luftdruckanstieg hat den hohen Druck weiter verstärkt, er bedeckt mit seinem Kerne heute Irland und dehnt sich bis nach Süddeutschland aus. Die norwegische Depression ist rasch ostwärts gedrängt worden und liegt heute über Finnland. Mit dem Hochdruckvorstoß war der Zustrom kälterer Luft verbunden, welcher infolge hoher Geschwindigkeit in höheren Schichten sehr rasch ostwärts vordrang und bereits die Weichsel im Osten und den Mittelrhein im Süden erreicht hat. In der polaren Seeluft, die jetzt unser Gebiet bedeckt, treten durch Erwärmung über der Nordsee Schauer auf. Die Verlagerung des Hochdruckgebietes nach Osten geschieht sehr rasch, gleichzeitig greift ein Wirbel über Island den nach Norden sich erstreckenden Hochdruckkeil an. Unser Gebiet kommt in die Nähe des Kernes. Mit abflauenden Winden, wieder stärkere Aufklarung und nächtlicher Abkühlung wird sich die Hochdrucklage auswirken.

*

16. 10. Sonnenaufgang 6.45 Uhr,
Sonnenuntergang 17..06 Uhr.

— **Vorsicht, Schlaglöcher!** Auf der Strecke Altewarte—Forsthaus geriet gestern ein Motorradfahrer mit Sozius in eines der vielen Schlaglöcher. Beide Fahrer stürzten. Der Sozius erlitt dabei einen Schultergelenkbruch und mußte sofort dem Krankenhaus zugeführt werden. Es erscheint angebracht, die Kraftfahrzeuglenker durch ein Schild auf die Gefahren der Straße hinzuweisen.

Amt Schötmar

Papenhausen, 14. Okt. Hohes Alter. Unsere älteste Einwohnerin, Frau Wwe. Brokmeier, feierte am vergangenen Sonntag ihren 82. Geburtstag. Nachträglich unsern herzlichen Glückwunsch!

Leopoldshöhe, 14. Okt. Kirchenkonzert. Am kommenden Sonntag, 18. Okt., wird der Salzufler ref. Kirchenchor unter Herrn Brenkers Leitung ein Konzert in unserer Kirche geben. Es werden Werke von Bach, Händel u. a. zu Gehör gebracht. Wir weisen schon deshalb heute auf diese frohen Stunden hin, da doch auch der Ertrag für Deckung des angeschafften elektrischen Orgelantriebes bestimmt ist.

Leopoldshöhe, 14. Okt. Vom Straßenbau. Vor einigen Wochen erhielt die Bielefelder Straße eine neue Schotterdecke. Zu gleicher Zeit war eine neue Festlegung der Fluchtlinien der Bürgersteige vorgenommen. Der damals am Ausgang des Dorfes aufgerissene Bürgersteig harrt noch immer der Instandsetzung. Bei den jetzt eintretenden dunklen Abenden und der fehlenden Beleuchtung können dort leicht Unglücksfälle eintreten.

Leopoldshöhe, 14. Okt. Vom Baumarkt. Der Erweiterungsbau des Herrn Sattlermeister Hammer schreitet der Vollendung entgegen. Das jetzt vollständig zweistöckig ausgebaute Haus schließt sich den andern am Marktplatz liegenden Gebäuden passend an. — Auf dem Brinkschen Holzplatz an der Oerlinghauser Straße hat man mit Ausschachtungsarbeiten für einen Neubau begonnen. Herr Hermann Brink läßt dort ein Wohnhaus errichten. Wie verlautet, soll der Bau nach Möglichkeit noch vor Eintritt ungünstiger Witterung unter Dach gebracht werden. Die Bauarbeiten werden ausgeführt vom Baugeschäft Witte, Leopoldshöhe.

Leopoldshöhe, 14. Okt. Schulkommissar. Da die hiesige Schulgemeinde in finanzieller Schwierigkeiten geraten war, ist von der Oberschulbehörde mit Genehmigung des Landespräsidiums ein Staatskommissar eingesetzt. Dieser, Herr Referendar Hunecke, weilte gestern in Leopoldshöhe. Wie bekannt geworden ist, soll der Besuch zunächst dazu gedient haben, sich über die Sache genau zu informieren.

Amt Brake

Lüdenhausen, 15. Okt. Aus der Gemeinde. Am heutigen Tage ist ein Jahr vergangen seit der Gründung der hiesigen Gemeindeschwesternstation. Die Einrichtung der Station entsprach einem dringenden Bedürfnis und manche segensreiche Auswirkungen sind seitdem von ihr ausgegangen. Wenn auch anfänglich mancherlei Bedenken gegen ihre Gründung ausgesprochen wurde, so sind doch jetzt wohl fast alle Bewohner der Kirchengemeinde Lüdenhausen der Meinung, daß die Station der Gemeinde auf jeden Fall erhalten bleiben muß. Hoffentlich gelingt es der gemeinsamen Anstrengung der Gemeindemitglieder und des Amtstages, die hiesige Schwesternstation weiterhin zu finanzieren und zu erhalten. (60

Bösingfeld, 14. Okt. Auch ein Rekord. Der Landwirt Behmeier erntete in seinem Garten zwei stattliche Kürbisse im Gewicht von 60 und 80 Pfund. Wohl bekomm's. (54

Bösingfeld, 14. Okt. Goldene Hochzeit. Beisitzer Wilhelm Söffker und Ehefrau feierten in körperlicher und geistiger Frische ihre goldene Hochzeit. Herzlichen Glückwunsch! (54

Almena, 13. Okt. Seine Gesellenprüfung im Bäcker- und Konditorengewerbe bestand Fr. Nolting, Sohn des Bäckermeisters Willi Nolting von hier, mit dem Prädikat „Sehr gut". [58

Almena, 13. Okt. Zwei schmucke Häuser, die durch den Eigenheimbund Niedersachsen finanziert wurden, sind fertiggestellt und von ihren Besitzern, Herrn Schneidermeister Grote und Herrn Döhrenberg, bezogen worden.

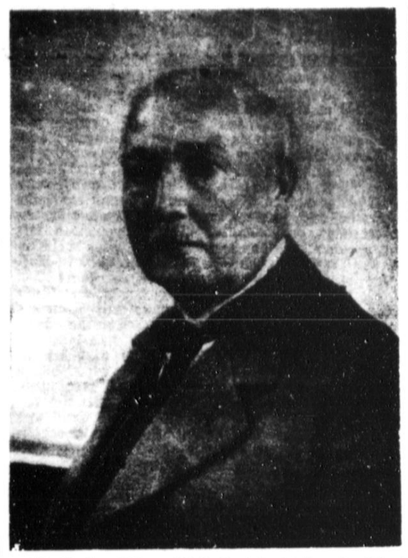
Amt Blomberg

Köterberg, 14. Okt. Parkplatz und gute Einnahme. Die kleine, etwa 100 Einwohner zählende Gemeinde Köterberg hat durch den regen Verkehr nach dem Berggasthaus des Köterberges vielfachen Nutzen gehabt. Nicht nur Wasserleitung und elektrisches Licht hat die Gemeinde erhalten, auch ein größerer Parkplatz ist angelegt worden. Jeder Wagen hat hier eine Gebühr von 50 Pfg. zu zahlen. Seit Himmelfahrt bis zum 1. Oktober d. Js. haben hier 1000 Wagen geparkt, wodurch der Gemeinde eine Einnahme von 500 RM. zugeflossen ist. Dazu kommen die vielen Autos, die vor dem Gasthause auf einem Privatplatz parken. [19

Brakelsiek, 15. Okt. Geschäftsjubiläum. Heute blickt eine im ganzen lippischen Südosten bekannte Persönlichkeit, Herr Schuhmachermeister Aug. Schriegel von hier, auf ein 45jähriges Bestehen seines Handwerksbetriebes zurück. Aus kleinen Anfängen heraus hat es der wackere Handwerksmeister verstanden, sich durch Fleiß und Geschick eine Existenz zu schaffen. Jahrelang berief ihn das Vertrauen seiner handwerkerlichen Kollegen zu dem ehrenvollen Amt eines Innungsobermeisters. Nebenbei fand der rastlos tätige Jubilar, ein Freund des unvergeßlichen Ziegeldichters Friedrich Wienke, Zeit, sich für die Verbreitung und den Nachrichtendienst der „Landes-Zeitung" tatkräftig einzusetzen. Wir sprechen dem geschätzten Handwerksmeister auch auf diesem Wege unsere herzlichsten Glückwünsche aus und hoffen, daß ihm noch viele Jahre emsigen Schaffens beschieden sein mögen.

Mit Bad Meinbergs Saisonschluß:

Betriebsleiter Bögeholz im Ruhestand



Welch herrliches Kleid hat in diesen strahlend schönen Tagen der alte Kurpark noch einmal angezogen! Es ist, als hätte er sich zu einem Feste geschmückt. Ist es ein Abschiedsfest für die Kurgäste, die seit Anfang Oktober immer weniger wurden, und deren letzte uns heute verlassen? Ohne Frage. Aber einem andern gilt diese festliche Pracht auch noch. Zu Ehren des alten Herrn Bögeholz hat sich der Park noch einmal so herrlich aufgeputzt, der so oft durch ihn gewandert ist und nun von ihm scheiden soll. Denn mit Schluß der diesjährigen Saison nimmt Herr Bögeholz Abschied vom Badebetrieb, dem er lange Jahre hindurch als Betriebsführer angehört hat. Zunehmende Kränklichkeit zwingt ihn, seinen Posten niederzulegen und einer neuen, frischen Kraft zu übergeben. Herr Bögeholz war auf das innigste mit dem Bade verbunden und hat sich um seine Entwicklung sehr verdient gemacht. Nicht zuletzt um die Trinkwasserversorgung, die lange Zeit große Schwierigkeiten gemacht hatte.

An diesem Tage, wo Herr Bögeholz von uns scheidet, gedenken wir aber auch in ganz besonders ehrender Weise seiner Lebensgefährtin. Was Herr Bögeholz für den äußeren Betrieb war, das ist Frau Bögeholz für den inneren gewesen. Mancherlei Last und Verantwortung hat all die Jahre hindurch auf ihr gelegen. Aber mit nie ermüdender Treue und immer gleichbleibender Freundlichkeit hat sie ihres Amtes gewaltet, als stetes Vorbild für alle, die im Badebetrieb tätig waren. Sie darf der Anerkennung aller gewiß sein. Daß sie noch weiter tätig bleiben kann und will, hören wir mit Freuden.

Dem scheidenden Herrn Bögeholz wünschen wir an der Seite dieser trefflichen Gehilfin einen langen und sonnigen Lebensabend!

Die Kirche zu Stapelage



In einem lieblichen Tale des westlichen Teutoburger Waldes liegt Stapelage. Vor uns sehen wir das idyllisch gelegene Dorfkirchlein im lichten Sonnenschein, umgeben von schattigen Bäumen und niedrigen Fliederbüschen. An der Turmseite sind die Baumkronen der 600jährigen, gesetzlich geschützten Linden sichtbar, die fast bis zur Turmspitze reichen. Die Kirche ist im romanischen Baustil gehalten. Durch Umbauten und Erneuerungen ist auch die Gotik berücksichtigt worden. So sind die Fenster selbst gotisch (Rose mit Kreuz), ebenso der obere Teil des Turmes.

Die Stapelager Kirche gehört zu den ältesten unseres Landes und hat früher eine bedeutende Rolle gespielt. Weit über die Grenzen unseres Landes hinaus war sie bekannt, hiervon legen die noch vorhandenen Urkunden beredtes Zeugnis ab. Die älteste dieser Urkunden stammt aus dem Jahre 1185. Hier wird uns mitgeteilt, daß die Brüder Widekind, Hermann, Volkwin und Heinrich von Schwalenberg die Kirche und den Meierhof zu Stapelage dem Kloster Marienfeld bei Gütersloh überweisen, und zwar vor dem Richter Thankbern zu Brakwede. Später wurden dem Kloster noch mehrere Bestätigungsschreiben ausgestellt, weil die früheren Besitzer und deren Nachkommen häufiger versuchten, die Schenkung gewaltsam wieder an sich zu reißen. So bestätigt ein Schreiben vom Bischof Bernhard von Paderborn aus dem Jahre 1188 dem Kloster den Besitz; ferner besteht eine Urkunde über die Schenkung aus dem Jahre 1194 vom Erzbischof Adolf von Köln. Am 12. Mai 1298 bestätigt sogar der Papst Innocenz III. dem Kloster den Besitz von Kirche und Meierhof zu Stapelage. In einer Urkunde vom 8. Juli 1321 wird allen denen 40tägiger Ablaß zugesagt, welche die der Jungfrau Maria und dem heiligen Petrus und Urbanus geweihte Pfarrkirche zu Stapelage an gewissen Tagen besuchen, hier beichten, ihr Lichter, Ornamente und dergl. schenken oder in Testamenten Gold, Silber, Gewänder u. a. vermachen. In den unruhigen Zeiten des Mittelalters ist der Kirchturm im Verein mit der benachbarten Bauernburg als Zufluchtsort und Verteidigungswerk benutzt worden. Darauf weist uns eine jetzt zugemauerte Schießscharte im Kirchturm hin.

Viele Jahre sind seit jenen bewegten Zeiten verflossen. Ruhig und friedlich liegt jetzt das Kirchlein in der landschaftlich reich gesegneten Gegend da. Und wenn in der Morgenfrühe des Sonntags das dumpfe, wuchtige Geläut der Kirchenglocken durch das Tal schallt, dann kommen von allen Seiten in sonntäglichen Kleidern die Kirchgänger herbei, um in stiller Andacht, fern von den Sorgen des Alltags, ihre Herzen zu erheben . . . .

Der Schäfer wacht



Dort draußen am Nordabhang des Teutoburger Waldes, auf den leeren Feldern um Stapelage, hält jetzt, nachdem fleißige Hände die Früchte des Sommers eingebracht haben, die Herde der Schafe große Nachlese. Inmitten seiner Schützlinge thront der Schäfer auf dem zweirädrigen Karren, der schon seinem bekannten Vorgänger Rolf jahrzehntelang als Wohn- und Schlafstätte diente, und wacht über seine blökende Schar . . . .

Der „Carl-Schünemann-Preis". Die Verteilung des Carl-Schünemann-Preises mußte um ein Jahr verschoben werden, da sich unter den in diesem Jahre vorgeschlagenen Werken keines befand, das den Absichten der Stiftung völlig entsprochen hätte.

Einen besonderen Auflagenrekord stellte in England ein Verlag auf, der ein Buch in nur zwei Exemplaren herausbrachte. Eines dieser Bücher aus dem Verlag des Herrn Eric Partridge ist bereits verkauft und für 2000 RM. nach Amerika gegangen.

Bielefelds Besoldungsreform beendet

Starke Reduzierung der höheren Gehälter

Bielefeld, 14. Oktober.

Der Kampf um die Besoldungsreform im Bielefelder Rathaus ist beendet. Die durch die neue Regelung erzielten Ersparnisse werden aber nicht den anfänglichen vielfach erwarteten Summen entsprechen, sondern sich etwa in der Höhe zwischen 60 000 und 65 000 RM. bewegen. Das Grundgehalt des Oberbürgermeisters, der bisher 24 000 Reichsmark bezog, wird für die ersten sechs Jahre seiner Amtstätigkeit auf 16 000 RM., für die zweiten sechs Jahre auf 17 000 RM. und für die laufende zweite Wahlperiode auf 18 000 RM. festgesetzt. Das Grundgehalt des Bürgermeisters, bisher 17 700 RM., beträgt in Zukunft 13 000 Reichsmark für die ersten 6 und 14 000 RM. für die zweiten 6 Jahre der Wahlperiode. Die stärkste Reduzierung wird sich der Oberbaurat, der mit zwei Beigeordneten eine qualifizierte Stadtratsstelle bekleidet, gefallen lassen müssen. Das Grundgehalt in dieser Gruppe beginnt mit 8 000 RM. und endet als Einzelgehalt in der zweiten Wahlperiode mit 13 000 RM. Die Gehälter der übrigen Stadträte und der ihnen gleichgestellten Beamten betragen 6 200 bis 9 000 RM. in der ersten und 10 600 RM. in der zweiten Wahlperiode. Im übrigen ist zu bemerken, daß Aufwandsentschädigungen in Bielefeld schon seit Jahren nicht mehr bezahlt worden sind.

*

. . . . . und 160 000 RM. Gehaltsersparnis beim Betriebsamt

Von großer Bedeutung ist der Beschluß, daß die beim städtischen Betriebsamt aufgrund der bisherigen Notverordnungen ersparten Gehaltssummen nicht mehr beim Betriebsamt verbleiben dürfen, sondern an die Kämmereikasse abzuführen sind. Die bisher ersparten Summen sollen rund 160 000 RM. betragen.

*

Trotzdem dreifache Bürgersteuer?

Diese Beschlüsse haben aber nicht den Erfolg gehabt, daß der städtische Fehlbetrag beseitigt oder auch nur wesentlich herabgemindert wurde. Der Regierungspräsident in Minden hat nun angedroht, zur Balancierung des Etats die Bürgersteuer um 200 Prozent zu erhöhen und die Getränkesteuer zu verdoppeln. Um ein solches Eingreifen der Aufsichtsbehörde zu vermeiden, war dem Magistrat der Vorschlag unterbreitet worden, dem Regierungspräsidenten mit einer 100prozentigen Erhöhung der Bürgersteuer entgegenzukommen. Dieser Vorschlag wurde jetzt vom Magistrat mit Mehrheit abgelehnt. Es ist wohl nicht daran zu zweifeln, daß nunmehr der Regierungspräsident von sich aus die Steuererhöhungen anordnen wird.

Aus den Nachbargebieten

Täglich neue Konkurse

Starkes Anwachsen in Niedersachsen

mc. **Hannover,** 14. Okt. Im Monat September wurden im Reichsanzeiger 1341 Konkurse und 743 gerichtliche Vergleichsverfahren bekanntgegeben. Die Anzahl der Konkurse ist gegenüber dem Vormonat um 25,9 Proz., die der Vergleichsverfahren um 22,4 Proz. gestiegen. Es kommen somit im September auf jeden Tag 56,6 Konkurse (im Vormonat 42,6) und 28,6 (24,3) gerichtliche Vergleichsverfahren. In Niedersachsen stieg die Zahl der Konkurse von 163 im Monat August auf 188 im September, also um rd. 30 Proz. Die Zahl der Vergleichsverfahren stieg von 80 auf 118, also um 47,5 Proz. Ein derartig starkes Ansteigen ist bisher wohl zu keiner Zeit beobachtet worden. Diese Zahlen charakterisieren die außerordentliche Notlage des Bezirkes.

*

Zusammenstöße in Bielefeld

mc. **Bielefeld,** 14. Okt. In den gestrigen Nachmittagsstunden kam es auf dem Schillerplatz und den angrenzenden Straßen zu größeren Zusammenrottungen. Etwa 300 bis 400 Kommunisten versuchten eine polizeilich nicht genehmigte Kundgebung zu veranstalten, so daß die Polizei gezwungen war, die Ansammlungen auseinanderzutreiben. Die Demonstranten zogen sich in die umliegenden Straßen zurück und versuchten sich immer wieder zusammenzuschließen. Auf dem Alten Markt kam es zu neuen Zusammenstößen mit der Polizei, die die Straßen mit Hilfe des Gummiknüppels gewaltsam räumte. Es ertönten Rufe „Nieder mit Brüning! Wir haben Hunger" usw. Insgesamt wurden 27 Personen zwangzgestellt, von denen jedoch nur 4 in Haft behalten wurden. Erst gegen 9 Uhr abends war die Ruhe wieder hergestellt.

Blutiger Kampf mit Einbrecher

Ein Einbrecher getötet.

mc **Minden,** 13. Okt. Zwei Motorradfahrer aus Wiedensahl erbrachen gestern nacht den Oeltank der Gastwirtschaft Kleine. Hierbei wurden sie gestört und flüchteten in den Garten, und als sie von einem Landjäger verfolgt wurden, entkamen sie unter Zurücklassung ihrer Motorräder an der Tankstelle. Dem Landjäger, dem es gelang, die beiden Täter zu stellen, setzten sie sich heftig zur Wehr. In dem Handgemenge ging ein Schuß aus der Pistole des Polizisten los und traf den einen der Einbrecher in den Oberschenkel. Der Verwundete ist auf dem Wege zum Krankenhaus gestorben, wie aber anzunehmen ist, nicht allein an der erlittenen Verletzung, sondern auch durch übermäßigen Alkoholgenuß.

*

Das Urteil im Falk-Prozeß.

Das Erweiterte Schöffengericht in Düsseldorf fällte das Urteil im Sachlieferungsprozeß gegen Kommerzienrat Falk und Genossen. Kommerzienrat Falk wurde wegen Betruges und Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung zu einem Jahr 10 Monaten Gefängnis, der Angeklagte Noblot wegen schwerer Urkundenfälschung, Betruges und Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Das gefährdete Burgtheater

Das berühmte Wiener Theater auf dem Aussterbe-Etat?

Die österreichischen Staatstheater stehen mitten im bittersten Daseinskampf. Der Staat will und kann das Millionendefizit, das ihre Haushalte aufweisen, nicht länger tragen. Den rigorosen Sparmaßnahmen sollen zuerst selbstverständlich die hohen Gagen der Schauspieler zum Opfer fallen. Darüber hinaus denkt man aber auch an die Schließung des Burgtheaters.

Das Wiener Burgtheater, das vor fünf Jahren übrigens sein 150jähriges Bestehen feierte, steht seit einiger Zeit im Meinungskampf. Es mehren sich die Stimmen derer, die auch das Fortleben des Burgtheaters aus kulturellen Gründen nicht mehr für wünschenswert halten. Das Burgtheater war immer eine Stätte edelster Sprechkunst; es hatte nicht den Ehrgeiz, lebensnahes Zeittheater zu sein. Die Werke der klassischen Dichter fanden in dem aristokratischen Theater immer eine treffende Wiedergabe. Jahrzehntelang war die Wiener Burg ein Bestandteil der deutschen Kultur. Berühmte Direktoren, wie Heinrich Laube, bildeten ganze Schauspielergenerationen aus. Seit dem Niedergang der klassischen Schauspielkunst verblaßte auch der Glanz der Wiener Burg. Das Theater, das vor dem Kriege dem Hofkreise eng verbunden war, verlor in der republikanischen Zeit seine Anziehungskraft. Das Defizit, das früher der Kaiser aus seiner Privatschatulle deckte, mußte jetzt aus der Staatskasse aufgebracht werden.

Auch in seiner äußeren Gestalt verleugnet das Burgtheater nicht seine höfische Herkunft. Es ist kein Volkstheater in unserem Sinne. In den prunkvollen Logen versammelten sich früher einmal die Mitglieder der Hofgesellschaft. Das böse Wort, daß man früher mehr auf die Logen blickte als auf die Bühne, trifft doch einigermaßen die Wahrheit. Das Wiener Burgtheater war eine Schaubühne der Kunst und — der guten Gesellschaft. Man kann ein solches Theater im Verlauf weniger Jahre nicht den Bedürfnissen des Publikums anpassen.

In den letzten Jahren machte man den Versuch, frisches Leben in die erstarrten Kräfte des Burgtheaters hineinzubringen. Von Berlin ging der berühmte Schauspieler Paul Hartmann an die Wiener Burg. Auf reichsdeutsche Blutzufuhr war das Burgtheater auch früher schon bedacht gewesen. Neuerdings äußert man in Wien den Wunsch, Käte Dorsch und Rudolf Forster an das Burgtheater zu verpflichten. Ob es dazu kommen wird, weiß man natürlich nicht. Der Direktor des Burgtheaters, der bekannte Dichter Anton Wildgans, weiß wohl, daß es diesmal um Sein oder Nichtsein geht. Die Angriffe, die von klerikaler Seite gegen Anton Wildgans erhoben werden, verlieren in einer Zeit, da die Existenz des Burgtheaters auf dem Spiele steht, ihre Bedeutung. In Wien ist die Volksstimmung über das Burgtheater geteilt. Den enthusiastischen Freunden der Burg stehen die sehr zahlreichen Oesterreicher gegenüber, die in der Schließung des Theaters keinen kulturellen Schaden sehen. Es wird sich bald entscheiden, wer in dem Kampf um das Burgtheater siegen wird: die Macht der Tradition oder der Zwang zur äußersten Sparsamkeit.

Johannsen wieder in Hamburg

Der Ozeanflieger Christian Johannsen ist an Bord des Motorschiffes „St. Louis" im Hamburger Hafen eingetroffen. Da die Ankunft des Schiffes wegen der Witterungsverhältnisse erst später erwartet wurde, konnten die vorgesehenen Empfangsfeierlichkeiten nicht stattfinden. Johannsen, der sich nach der Landung gleich in seine Wohnung begab, hatte angedeutet, daß er vielleicht im kommenden Frühjahr einen neuen Ozeanflug unternehmen werde.



Primo Carnera, der von Jack Sharkey (unten links) besiegt wurde.

Der mit Spannung erwartete Kampf der hervorragenden Schwergewichtler Primo Carnera und Jack Sharkey, die beide als Kandidaten für einen Weltmeisterschaftskampf gegen Schmeling in Frage kommen, endete, wie wir schon berichteten, nach 15 Runden mit einem klaren Punktsieg Sharkeys, der seinen 50 Pfund schwereren Gegner mehrfach zu Boden schickte.